

Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen

Eine Analyse der Agitation und Verbreitung rechtspopulistischer Orientierungen
in der Bevölkerung

Madlen Preuß

Denis van de Wetering

Andreas Zick

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



L P R Landespräventionsrat
Niedersachsen

Gesamtleitung Prof. Dr. Andreas Zick (IKG, Universität Bielefeld)

In Kooperation mit Prof. Dr. Beate Küpper (HS Niederrhein)

Bibliografische Angaben

Preuß, Madlen/ van de Wetering, Denis/ Zick, Andreas (2014): Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen. Eine Analyse der Agitation und Verbreitung rechtspopulistischer Orientierungen in der Bevölkerung. Institut für Konflikt und Gewaltforschung (IKG): Bielefeld.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung (Madlen Preuß und Andreas Zick)	7
1 Annäherungen an das Konzept des Rechtspopulismus und rechtspopulistische Orientierungen (Madlen Preuß)	10
1.1 <i>Eine Definition des Rechtspopulismus</i>	10
1.2 <i>Themen und Dimensionen rechtspopulistischer Propaganda.....</i>	13
1.3 <i>Rechtspopulismus und andere politische Orientierungen.....</i>	16
1.3.1 Rechtsextremismus	16
1.3.2 Linkspopulismus.....	18
2 Rechtspopulistische Parteien in Niedersachsen und Bremen (Denis van de Wetering).....	19
2.1 <i>Methodischer Ansatz und Vorgehen.....</i>	20
2.2 <i>Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen in Niedersachsen und Bremen – eine qualitative Betrachtung</i>	25
2.2.1 Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen – Eine Übersicht.....	26
2.2.2 Zwischenfazit	45
2.2.3 Weitere Skizzen rechtspopulistischer Vereinigungen und Gruppen.....	49
2.3 <i>Fazit: Kernthemen, politische Verortung und Mobilisierungspotential.....</i>	63
3 Rechtspopulistische Orientierungen in der Bevölkerung Niedersachsens und Bremens (Madlen Preuß).....	75
3.1 <i>Fokus der Sonderauswertung</i>	75
3.2 <i>Datengrundlage.....</i>	77
3.2.1 Auswertungsstrategie.....	79
3.2.2 Beschreibung der Stichproben Niedersachsen und Bremen.....	79
3.3 <i>Erfassung des Rechtspopulismus in der Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....</i>	80
3.4 <i>Ausmaß und Entwicklung des Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen (2002 – 2012).....</i>	85
3.4.1 Rechtspopulistische Einstellungsmuster in Niedersachsen und Bremen.....	85
3.4.2 Vergleich zu anderen Bundesländern.....	90
3.4.3 Die Entwicklung des Rechtspopulismus von 2003 bis 2012	91
3.5 <i>Demographisch anfällige Gruppen.....</i>	92
3.5.1 Geschlecht	92
3.5.2 Alter	93
3.5.3 Stadt/Land.....	94
3.5.4 Einkommen	94

3.5.5	Bildungsgrad.....	95
3.6	<i>Das Verhältnis zur Politik und Demokratie</i>	96
3.6.1	Politische Selbstverortung.....	96
3.6.2	Parteipräferenz.....	97
3.6.3	Demokratieentleerung.....	98
3.7	<i>Wie ‚rechts‘ sind Rechtspopulist_innen?</i>	100
3.7.1	Allgemeine Gewaltakzeptanz.....	100
3.7.2	Verharmlosung der NPD-Partei.....	101
3.7.3	Rassismus-Tendenzen.....	102
3.7.4	Haltung zu präventiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.....	103
3.8	<i>Werthaltungen in rechtspopulistischen Gewässern</i>	105
3.8.1	Religionszugehörigkeit und Grad der Religiosität.....	106
3.8.2	Soziale Dominanzorientierung.....	107
3.8.3	Die Befürwortung von Etabliertenvorrechten.....	108
3.9	<i>Feindseligkeit gegenüber ‚Leistungsschwachen‘</i>	110
3.9.1	Abwertung von (Langzeit-)Arbeitslosen.....	110
3.9.2	Behindertenabwertung.....	111
3.9.3	Ökonomistische Orientierung.....	112
3.9.4	Übersteigerte Gerechtigkeitsnorm.....	113
3.10	<i>Feindlichkeit gegenüber alternativen Lebensformen</i>	114
3.10.1	Feindseligkeit gegenüber Personen mit homosexueller Orientierung.....	115
3.10.2	Sexismus.....	116
3.10.3	Ablehnung von Sinti und Roma.....	116
3.11	<i>‚Deutscher und europäischer Stolz‘ unter Rechtspopulist_innen</i>	118
3.11.1	Nationalismus vs. Patriotismus.....	119
3.11.2	Europäer – ja oder nein?.....	120
3.11.3	Vorwurf der Deutschenfeindlichkeit an ‚die Fremden‘.....	121
4	Propaganda verstehen und Handeln (Denis van de Wetering und Andreas Zick)	123
	Literatur	134

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen

<i>Tab. 1:</i>	Zustimmung zu den Indikatoren des Rechtspopulismus in Niedersachsen und Gesamtdeutschland für 2003 und 2011 (in Prozent).....	86
<i>Tab. 2:</i>	Zustimmung zu den Indikatoren des Rechtspopulismus in Bremen für 2003 – 2011 (in Prozent).....	89
<i>Tab. 3:</i>	Einfluss des Rechtspopulismus auf die Abwertung schwacher Gruppen, ökonomistische Orientierung und übersteigerte Gerechtigkeitsnorm in Niedersachsen und Bremen	114
<i>Tab. 4:</i>	Einfluss des Rechtspopulismus auf Homophobie, klassischen Sexismus und die Abwertung von Sinti und Roma in Niedersachsen und Bremen.....	117
<i>Tab. 5:</i>	Einfluss des Rechtspopulismus auf nationalistische und patriotische Haltungen, europäische Identifikation und Deutschenfeindlichkeit in Niedersachsen und Bremen.....	122

Abbildungen

<i>Abb. 1:</i>	Vom Populismus zum <i>Rechtspopulismus</i>	12
<i>Abb. 2:</i>	Themenfelder des Rechtspopulismus.....	16
<i>Abb. 3:</i>	Logo der Partei <i>Die Freiheit</i>	26
<i>Abb. 4:</i>	Logo der Partei <i>Die Hannoveraner</i>	33
<i>Abb. 5:</i>	Wahlplakat der Partei <i>Die Hannoveraner</i>	36
<i>Abb. 6:</i>	Logo der <i>Bürgerbewegung Pax Europa</i>	49
<i>Abb. 7:</i>	Logo der <i>Bürgerbewegung pro Deutschland</i>	51
<i>Abb. 8:</i>	Logo der <i>Bürgerbewegung pro Deutschland - Niedersachsen</i>	52
<i>Abb. 9:</i>	„Mehr Bildung – Weniger Zuwanderung“	54
<i>Abb. 10:</i>	Aufkleber der <i>Bürgerbewegung pro Deutschland</i>	55
<i>Abb. 11:</i>	„RAUS aus dem EURO“	56
<i>Abb. 12:</i>	Logo der <i>Freie Wähler Bremen</i>	58

<i>Abb. 13:</i> Logo der <i>Bürger in Wut</i>	61
<i>Abb. 14:</i> Wahlplakat-Rhetorik <i>Alternative für Deutschland</i>	70
<i>Abb. 15:</i> Politische Verortung und Mobilisierungspotenzial rechtspopulistischer Parteien.....	74
<i>Abb. 16:</i> Das rechtspopulistische Einstellungsmuster in Niedersachsen	83
<i>Abb. 17:</i> Zustimmung zu den Indikatoren von Rechtspopulismus in Niedersachsen und Gesamtdeutschland für 2003 und 2011 (Mittelwertvergleich).....	88
<i>Abb. 18:</i> Ausmaß des Rechtspopulismus im Bundesländer-Vergleich	91
<i>Abb. 19:</i> Die Rechtspopulismus-Entwicklung in Niedersachsen, Bremen und dem übrigen Bundesgebiet im Vergleich, 2002 – 2011	92
<i>Abb. 20:</i> Rechtspopulismus nach Geschlecht in Niedersachsen und Bremen	93
<i>Abb. 21:</i> Rechtspopulismus nach Alter in Niedersachsen und Bremen	93
<i>Abb. 22:</i> Rechtspopulismus nach Gemeindegröße in Niedersachsen	94
<i>Abb. 23:</i> Rechtspopulismus nach Einkommen in Niedersachsen und Bremen	95
<i>Abb. 24:</i> Rechtspopulismus nach Bildungsgrad in Niedersachsen und Bremen.....	95
<i>Abb. 25:</i> Rechtspopulismus nach politischer Selbstverortung in Niedersachsen und Bremen.....	97
<i>Abb. 26:</i> Rechtspopulismus nach Parteipräferenz in Niedersachsen und Bremen.....	98
<i>Abb. 27:</i> Rechtspopulismus nach Demokratieentleerung in Niedersachsen und Bremen.....	99
<i>Abb. 28:</i> Rechtspopulismus und rechtsextreme Einstellungsmuster.....	103
<i>Abb. 29:</i> Rechtspopulismus und die Haltung zu präventiven Maßnahmen gegen ‚rechts‘ in Niedersachsen.....	105
<i>Abb. 30:</i> Rechtspopulismus nach Religionszugehörigkeit in Niedersachsen und Bremen	106
<i>Abb. 31:</i> Rechtspopulismus nach Religiositätsgrad in Niedersachsen und Bremen	107
<i>Abb. 32:</i> Rechtspopulismus, Soziale Dominanzorientierung und die Befürwortung von Etabliertenvorrechten.....	109

Einleitung

Madlen Preuß und Andreas Zick

„Endlich jemand, der sich traut, den Mund aufzumachen. Er hat doch recht, weshalb sollte man das dann nicht laut sagen dürfen? Gut, dass das jemand mal so unumwunden anspricht“, so nur ein prototypischer Ausschnitt aus Reaktionen auf den Bestseller von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“¹. Sarrazins Thesen brachten auch in Deutschland das Rad rechtspopulistischer Propaganda ins Rollen, da sie an zentrale Themen rechtspopulistischer orientierter Personen und Gruppen anknüpften. Es ging um die vermeintlich fehlgeschlagene Integration von ‚Ausländern‘, die schleichende Islamisierung, den Bestand der Deutschen und Zusammenhalt sowie die Blindheit und das Versagen der Mainstream-Politik. (vgl. u.a. Bauer, 2010). Das Buch war dabei weniger Ursache als Ausdruck weit geteilter rechtspopulistischer Mentalitäten in der Bevölkerung, die weder als rechtsextrem noch als Meinung von Frustrierten verstanden werden können.

Auch wenn einige Wissenschaftler_innen und Publizist_innen meinen, der Rechtspopulismus fände seinen Nährboden insbesondere in „wohlhabenden europäischen Ländern“ (Sturm, 2002: 783), blieb Deutschland lange mehr oder minder verschont von einer Etablierung starker rechtspopulistischer Gruppen, während in benachbarten Nationen wie Frankreich, Niederlande oder auch Italien, Belgien, Österreich und Schweiz beachtliche Wahlerfolge seitens der rechtspopulistischer Parteien erzielt werden konnten (vgl. Hartleb, 2011: 9). Dass das Potenzial jedoch auch in der Bundesrepublik gegeben ist, zeigt sich bereits an der Bereitschaft von 18 Prozent der deutschen Bevölkerung, eine Partei wählen zu wollen, welche sich primär der Integrationsunwilligkeit von Muslimen annehmen würde (vgl. Wielenga/ Hartleb, 2011: 8).

Der ‚Extremismus der Mitte‘, wie ihn Lipset schon in den 1950er Jahren konstatierte, schien sich vor allem in den Zeiten der Krise schnell und einfach in Gang zu setzen, wobei weniger die objektive Krise und damit einhergehende materielle Deprivationen ursächlich sind, sondern eher ein

¹ Reaktionen von Veranstaltungsbesucher_innen, die der damaligen Vorstellung des Buches *Deutschland schafft sich ab* von Thilo Sarrazin beiwohnten. (Adamek, Sascha/ Goll, Jo/ Siegmund, Norbert, 2012: Sarrazins Deutschland – Wie eine Debatte das Land spaltet. In: RBB, 10.01.2012)

kollektives Krisengefühl, dass sich vom Populismus lenken lässt. Ob hohe Arbeitslosigkeit, strukturelle und politische Wendepunkte, die individuelle wie auch kollektive Zukunftsangst oder generelle Verdrossenheit – die Empfänglichkeit für Simplifizierungen, Schuldzuweisungen und radikale Lösungen erweist sich in solchen Phasen als überaus hoch und ‚muss‘ nunmehr nur noch vom rechtspopulistischen Spektrum registriert und instrumentalisiert werden (vgl. u.a. Decker/Hartleb, 2006: 2011; ferner: Meyer, 2006: 82; Decker/ Lewandowsky, 2009: 1).

„So können es die ‚Leistungsverweigerung oder Faulheit der Armen‘, die ‚Integrationsunfähigkeit (...)‘ der Migrant_innen, eine Religion oder die ‚ethnisch-kulturelle Herkunft‘ sein, die entsprechende gesellschaftliche Probleme verursachen.“ (Stegemann, 2012: 6; Hervorh. im Original)

Doch Stammtischparolen finden sich auch unter etablierten Parteien, die ebenso erkannt haben, dass „es [sich einfach] lohnt, ‚Populismus zu machen““ (Decker, 2004: 277; Hervorh. im Original).² Bereits 1994 befürchtete Betz, Rechtspopulist_innen würden die Bildfläche gerade erst für sich erobern, anstatt von dieser zu verschwinden (a.a.O.: 189). Dass er Recht behielt, beweist der folgende Bericht nur allzu eindringlich.

Dabei scheint die rechtspopulistische Propaganda umso effektiver, wenn jene, die sich bedroht, verdrängt und missachtet fühlen und zugleich Anspruch auf Beachtung, mehr Unterstützung und etablierte Vorrechte erheben ‚vor Ort‘ abgeholt werden können; ‚Wut- oder Zornbürger‘ zeigen sich hier besonders empfänglich. Insofern empfiehlt es sich, trotz aller Globalisierung von politischen Strömungen und der Künstlichkeit geographischer Grenzen, nähere Regionen zu betrachten. Der Blick auf den Ort ermöglicht ein Verständnis der kollektiven Dynamik, die den Rechtspopulismus erzeugt. Rechtspopulismus ist ein kollektives Phänomen, selbst dann, wenn er vermeintlich von nur einer Person getragen wird. Er ist unbedeutend, wenn soziale Gruppen sich nicht als solche mit den Prototypen der Bewegung identifizieren können. Um Identitäten und Meinungsübernahmen zu erzeugen, bedarf es gewissermaßen einer Gruppendynamik und Kommunikationsstrategie, welche die Menschen vor Ort gewinnt und im Kampf gegen andere mitnimmt, seien es die Eliten oder Minderheiten, die für Krisen und Ängste verantwortlich gemacht werden.

² Erinnern wir uns nur der Aussagen eines Clements („Parasiten“) oder Westerwelles (Hartz IV-Debatte), vgl. u.a. Westerwelle, Guido, 2010: Gastbeitrag. An die deutsche Mittelschicht denkt niemand. In: Die Welt, 11.02.2010

Diesen Blick wagen wir im folgenden Bericht. Ganz im Sinne eines wissenschaftlichen Fernglases betrachten wir den Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen. Die Gläser des Fernrohrs werden hierfür zunächst separat genutzt, um anschließend einen offenen und uneingeschränkten Blick auf das Gesamtphänomen Rechtspopulismus zu richten. Zum einen führen wir eine qualitative Analyse von lokal besonders relevanten und prototypischen Parteien, Gruppen und Personen durch. Mit Bezug auf die spezifischen Inhalte und Argumentationsmuster gehen wir der Frage nach Themen, Agendasettings und Dynamiken nach. Kraft des anderen Glases erfassen wir die Meinungen in der Bevölkerung von Bremen und Niedersachsen. Dazu stellen wir eine Sekundäranalyse der repräsentativen Umfrage *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland* vor. Das Projekt führte von 2002 bis 2011 Umfragen in allen Bundesländern durch. Erstmals liegen nun Ergebnisse für die beiden ausgewählten Bundesländer vor.

Ein exaktes Fernglas kann nur funktionieren, wenn die Linse gut eingestellt ist und das Phänomen scharf beobachtet werden kann. Daher beginnen wir die Analyse mit einer Beschreibung dessen, was es zu beobachten gilt, den Rechtspopulismus. Eine herkömmliche Beschreibung gestaltet sich keineswegs einfach, da die stetige Veränderung seiner Form, seines Auftretens einerseits überaus kennzeichnend ist und andererseits auch immer wieder gleitende Übergänge zur bürgerlichen Mitte und in die rechtsextremen Szenen und Kontexte zu beobachten sind. Die Grenzüberschreitungen werden vom Rechtspopulismus bewusst gesucht, wie wir zeigen werden. Dies wiederum gelingt unseres Erachtens, weil er sich auf eine Schnittmenge bürgerlicher wie klar anti-demokratischer Mentalitäten beziehen kann: Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie bedient alle Lager und schafft zugleich identitäre Überschneidungsbereiche, die den Rechtspopulismus für die Demokratie gefährlicher machen als es gemeinhin angenommen wird.

Mit dem Ansatz, zum einen rechtspopulistische Gruppen, ihre Propaganda und Dynamik und zum anderen die Bevölkerung auf rechtspopulistische Orientierungen hin zu durchleuchten, kann es gelingen, eine umfassendes Bild zentraler Elemente des Rechtspopulismus zu schaffen.

Im Fokus des Berichts stehen die Analysen vorhandenen Datenmaterials, qualitativer wie quantitativer Natur. Bei Akzeptanz und Weiterentwicklung kann aus der Analyse heraus ein zuverlässiges Inventar der Kriterien zur Bestimmung rechtspopulistischer Propaganda und Anfälligkeiten gewonnen werden. Wir wagen im Fazit auch den Versuch, basierend auf den Ergebnissen, Ideen

für die Prävention und Intervention abzuleiten. Wir bleiben jedoch bei der Vermutung, dass die beste Prävention ein gutes Verständnis des Phänomens ist, dass verhindert werden soll.

1 Annäherungen an das Konzept des Rechtspopulismus und rechtspopulistische Orientierungen

Madlen Preuß

Das folgende Kapitel wird mithilfe einschlägiger Autoren der Frage nachgehen, was Rechtspopulismus im Allgemeinen ist und welche Charakteristika ihn im Besonderen kennzeichnen. Hierfür wird zunächst auf den eigentlichen Begriffsstamm Populismus eingegangen und der Übergang zur *rechten* Ausführung dargelegt, um nachstehend sowohl die Abgrenzung zum Rechtsextremismus als auch zum Linkspopulismus zu leisten. Der Vergleich des Rechtspopulismus mit dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit soll dieses Kapitel abschließen.

1.1 Eine Definition des Rechtspopulismus

Der Versuch, den Begriff Rechtspopulismus zu definieren, erfordert zunächst eine Betrachtung seines Kerns, des Populismus im Allgemeinen. Populismus, vom lateinischen *populus*, das Volk, abgeleitet, steht für die „Politik im Namen des [‘eigenen‘ oder auch ‚gemeinen‘] Volkes“ (Butterwegge, 2011: 9); das heißt, Populist_innen beabsichtigen, das Wort für die Bevölkerung zu ergreifen und ausschließlich deren Interessen zu vertreten (vgl. auch Hartleb, 2011: 19).

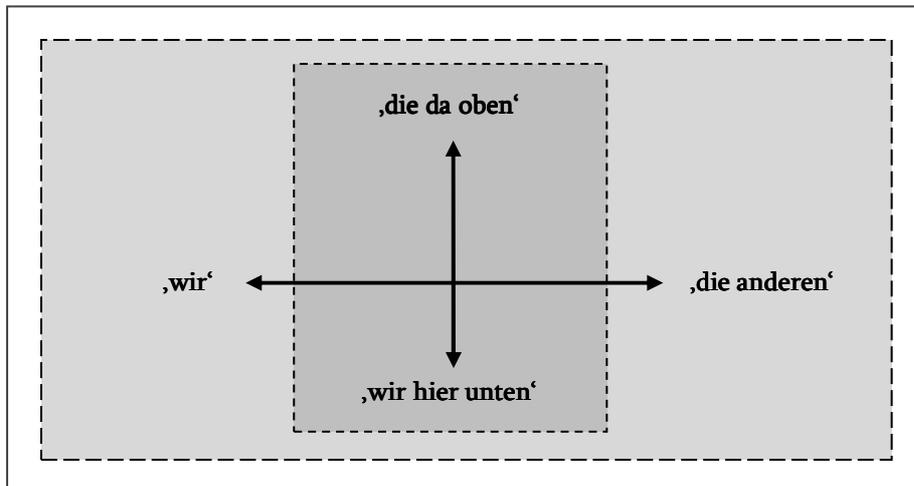
In der gegenwärtigen Populismus-Forschung wird dieser politische Ansatz nun in zwei verschiedene Richtungen gedeutet. Zum einen wird unter dem Populismus-Begriff ausschließlich die Art und Weise respektive ein gewisser Stil des ‚Politik-Machens‘ verstanden. Auf unmissverständlichem und simplifizierendem Wege sollen ‚dem Volk‘ politische Inhalte vermittelt werden. Zum anderen wird betont, dass der Populismus inzwischen selbst an inhaltlicher Substanz gewonnen hat. Der permanente Rekurs auf ‚das Volk‘, welches den ehrlichen, doch machtlosen Gegenpol zur vermeintlich herrschenden und korrupten Elite bildet, wird zum festen Charakteristikum (vgl. u.a. Decker, 2006: 11f; Geden, 2007: 8; Hafez, 2009: 36; Butterwegge, 2011; Bauer, 2012).

Decker fasst dies in einer ersten allgemein gültigen Definition wie folgt zusammen:

„Mit Populismus [wird] eine Haltung umschrieben, die für das sogenannte ‚einfache‘ Volk und gegen die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Eliten Partei ergreift. Hauptwesensmerkmal des Populismus ist mithin seine Anti-Establishment-Orientierung.“ (2011: 40; Hervorh. im Original)

Der hier konstruierte Antagonismus zwischen Volk und Elite gilt als generelles Kennzeichen jedweder populistisch agierenden Partei oder auch Gruppierung, gleich der politischen Ausrichtung. Zum Rechtspopulismus avancieren diese jedoch erst, wenn die vertikale Ebene des ‚wir gegen die da oben‘ durch die horizontale in Form der Ab- und Ausgrenzung nach ‚Außen‘ ergänzt wird. Diese ‚Anderen‘ werden zuvorderst durch Migrant_innen, Asylbewerber_innen präsentiert, deren ethnischer, kultureller oder auch religiöser Hintergrund einer Passung in die ‚eigene Nation‘ entgegen steht; sie sind anders und bleiben fremd. Das Zusammenspiel der Anti-Haltung gegenüber Elitismus wie Pluralismus gilt damit als Schlüsselmoment für die Begriffsbestimmung des Rechtspopulismus (vgl. u.a. Mudde, 2004: 543; Rensmann, 2006: 65; Boettcher, 2011; Hartleb, 2011: 21).

Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen zeichnen sich nach Betz durch die besondere Exklusivität aus, welche sie der Allgemeinheit und deren Bedürfnissen zukommen lassen (2001: 126). Das Establishment soll nunmehr für die Absenz der Befriedigung zur Rechenschaft gezogen werden. Unverfälscht und kompromisslos steht ‚der Rechtspopulist‘ stellvertretend für die traktierte Mehrheit ein und spricht unumwunden aus, was diese „denkt (oder fühlt)“ (Bauer, 2010: 6; Hervorh. im Original). Zum Repertoire gehören sowohl Tabubrüche als auch medienwirksame Inszenierungen der vermeintlich hiesigen Anhängerschaft (vgl. Adamek/ Goll/ Siegmund, 2012) und die Aufarbeitung wichtiger Themen zur Sozial-, Wirtschafts- wie Migrationspolitik, welche, so die Ansicht, ‚dank‘ der etablierten Parteien fortwährend nachteilig für ‚das Volk‘ ausfällt. Den Dreh- und Angelpunkt dessen stellt die Versicherung und Rekonstruktion der positiv besetzten eigenen Identität dar, die jedoch einzig für die deutsche „Abstammungsgesellschaft“ (Geden, 2009: 96) reserviert bleibt. Durch Migrant_innen und Asylbewerber_innen, deren Lebensweisen und Ansprüche, droht hingegen eine ‚Überfremdung‘ der eigenen Nation und Kultur (vgl. Hartleb, 2011: 7).

Abbildung 1: Vom Populismus zu **Rechtspopulismus**

Quelle: Eigene Darstellung

Zur gewählten Strategie der Rechtspopulist_innen, sich als ‚Sprachrohr‘ Gehör zu verschaffen, gehört ein Gemisch aus aggressiver Polemik und Empörung, dem Rekurs auf den normalen Menschenverstand, der Emotionalisierung und Zuspitzung der jeweiligen Themen, Verschwörungstheorien und Schwarz/Weiß-Schemata. Darüber hinaus agieren sie in einer scheinbaren Geradlinigkeit und nutzen pauschale Vereinfachungen komplexer Sachverhalte (vgl. u.a. Rensmann, 2006: 66; Meyer, 2006: 82; Bauer, 2010: 6).

Die Vertreter rechtspopulistischer Couleur setzen zum einen vor allem bei bereits ‚Betroffenen‘ an, die der politischen Elite mit Enttäuschung und Verdrossenheit begegnen und gegenüber verschiedenen Migrantengruppen Misstrauen und latente Ängste hegen. Zum anderen suchen sie mithilfe der genannten Strategie die Aufmerksamkeit neuer Sympathisanten zu gewinnen, indem sie politisch unbequeme Brandherde rekonstruieren und in der für sie typischen Manier (wieder) auf die Tagesordnung setzen. Als unbedingt notwendig erweist sich in diesem Kontext der stetige Bezug auf legitime Feindbilder jedweder Art, die zum Zwecke der berechtigten Entrüstung und Stärkung der ‚Solidargemeinschaft‘³ dienen (vgl. Geden, 2007: 14; des Weiteren: Hartleb, 2004: 125; Bauer, 2010: 6ff).

³ Holtmann, Krappidel und Rehse, 2006 weisen auf diese bedeutende Kausalität hin. Mithilfe des kreierte Feindbildes gewinnen die ‚Betroffenen‘ die verloren geglaubte Sicherheit zurück, indem mögliche Schuld, Schwächen oder ähnliches einfach nach außen verlagert wird. Und „wer ‚ohne eigenes Verschulden‘ zum Opfer (...) geworden ist“ (a.a.O.: 38), ist berechtigt, anzuklagen.

Ein weiteres zentrales Merkmal, das unter die Bezeichnung Rechtspopulismus fällt, ist auch, dass Personen und Gruppen, die wir als Rechtspopulist_innen verorten, sich selbst in der Regel nicht als solche bezeichnen. Mehr noch, viele Mitglieder der Gesellschaft weisen rechtspopulistische Überzeugungen auf, ohne in Gruppen oder Parteien Mitglied zu sein beziehungsweise diese zu wählen. Auch das bezeugt der ‘Fall Sarazin’. Ähnlich wie beim Rechtsextremismus gehen wir deshalb davon aus, dass es *rechtspopulistische Orientierungen* gibt, die viele Menschen vertreten, das heißt, auch die viel beschworene Mitte der Gesellschaft. Nur wenige Menschen weisen ein geschlossenes rechtspopulistisches Weltbild auf. Eine große Anzahl von Menschen stimmt aber Meinungen zu, die organisierte rechtspopulistische Personen propagieren. Darin weisen sie eine Überschneidung in ihren Orientierungen zu den Protagonist_innen der Rechtspopulist_innen auf. Anhand unserer Ergebnisse der Meinungsumfrage *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* werden wir die Bestimmungsmerkmale solcher Orientierungen aufweisen.

1.2 Themen und Dimensionen rechtspopulistischer Propaganda

Welche konkreten Inhalte lassen sich in rechtspopulistischer Agitation entdecken, welche Problematiken werden von Rechtspopulist_innen aufgegriffen? Im Folgenden wird zum einen die Vielschichtigkeit des Rechtspopulismus diskutiert und zum anderen wesentliche Themenfelder erfasst, denen er sich bedient.

Insbesondere Hartleb (2004) und Butterwegge (2011) erarbeiteten essenzielle Inhalte, an deren Thematisierung sich eine rechtspopulistische Partei oder Gruppierung erkennen lässt. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass erst die Verknüpfung der folgenden Elemente das „multifaktorielle Phänomen“ (Angenendt, 2003: 14) des Rechtspopulismus hervorbringt. Das vereinzelte Auftreten dieser lässt zwar auf gewisse Tendenzen hin zur rechtspopulistischen Couleur schließen⁴, doch erst das Konglomerat der nachstehenden Themenfelder erfasst berechtigterweise den Rechtspopulismus (vgl. ebd.). Zudem wird mit der hier zusammengetragenen Themenliste nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. So hebt unter anderem Decker hervor, dass die ‚inhaltliche‘ Ausrichtung kontextual zu betrachten ist, das heißt: Der jeweilige Grad des Rechtspopulismus ist sowohl

⁴ So finden sich etliche dieser Themen durchaus auch in Verlautbarungen anderer Parteien respektive Akteure wieder.

historisch, sozial als auch durch das spezifische Politik-System, innerhalb dessen er sich bewegt, determiniert (2004: 23ff).

Butterwegge identifiziert beispielsweise „idealtypisch vier Grundvarianten“ (2011: 10), welche in ihrer Gesamtheit den Rechtspopulismus bestimmen, die da wären:

- 1) *Sozialpopulismus*: Im Fokus steht hierbei die Anschuldigung verschiedenster sozialer Gruppen, die auf Kosten des ‚ehrlichen und rechtschaffenen Mannes‘ und ohne Berechtigung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen profitieren und die nationale Wirtschaft blockieren. Der ‚geschürte Sozialneid‘ trifft vornehmlich (Langzeit-)Arbeitslose, aber eben auch beispielsweise Asylsuchende, welche sich ohne Beitrag in die ‚soziale Hängematte schwingen‘.
- 2) *Kriminalpopulismus*. Häufig vernimmt man von Seiten der Rechtspopulist_innen Rufe nach härteren Strafmaßen und Abschreckungspolitiken. Der ‚anständige und einfache Bürger‘ wird den delinquenten Minderheiten gegenübergestellt. In den Mittelpunkt geraten hier insbesondere Sexualstraftäter, des Weiteren Drogenabhängige oder Obdachlose, deren Existenz der ‚aufrechten Mehrheit‘ in erheblichem Maße unangenehm aufstößt. Ähnliches gilt ebenso für Flüchtlinge, Migrant_innen oder Asylbewerber_innen, denen vor allem eine erhöhte Straffälligkeit oder die unrechtmäßige Nutzung sozialstaatlicher Leistungen unterstellt wird. Hier fordern Rechtspopulist_innen die sofortige Ausweisung. Bedient wird damit sowohl der Wunsch nach einer ‚alten‘ und grundanständigen Ordnung als auch das schlichte Gefühl der ganz eigenen physischen Bedrohung.
- 3) *Radikalpopulismus*. Rechtspopulist_innen versuchen vor allem jene Bürger mitzunehmen, welche bereits eine gewisse Enttäuschung und Verdrossenheit gegenüber politischen Entscheidungsinstanzen hegen und selbige der Korruption und reinen Eigennützigkeit verdächtigen. So wird sich in Stellung gebracht und gegen die jeweiligen Parteien sowie deren Politik und Repräsentanten Stimmung gemacht. Indem die permanente Nichtbeachtung des mehrheitlichen Interesses ‚aufgedeckt‘ wird, stellen sie die radikale Systemfrage. Das scheinbare Ziel besteht hier in einer Veränderung, gar Erneuerung des politischen Systems, welches die allmähliche ‚Verrottung‘ und zunehmende Entfremdung des Volkes gegenüber dem Regierungs- und allgemeinen Parteiensystem eindämmen soll.
- 4) *Nationalpopulismus*. Hier vollzieht sich die Abgrenzung auf horizontaler Ebene zwischen ‚Innen und Außen‘ und damit auch die strikte Anti-Haltung gegenüber dem Pluralismus; wobei

sich die Absage an den Multikulturalismus allerdings auch in einigen etablierten Parteien wiederfindet.⁵ Vor allem ethnische oder religiöse Minderheiten, deren äußere Erscheinung die vermeintliche Andersartigkeit und Fremdheit unterstreicht, lassen sich schnell und einfach als ‚nötiges‘ Feindbild konstruieren. Notwendig insofern, als dass sie als Sündenböcke für die stetige Benachteiligung der einheimischen Bevölkerung herhalten. Diese ‚muss‘ aufgrund der anhaltenden Einwanderung nicht nur um ihren Platz im Bildungsbereich, auf dem Arbeitsmarkt oder monetäre Ressourcen fürchten, sondern auch um die drohende Überfremdung der eigenen Kultur und Identität.

Hartleb (2004) geht hingegen stärker ins Detail und konkretisiert die oben aufgeführten Varianten des Rechtspopulismus. Seinen Kriterien zufolge sprechen sich rechtspopulistische Parteien oder Gruppierungen insbesondere für eine Law-and-order-Politik aus und nehmen eine Anti-Haltung gegenüber Immigration, Globalisierung, der Europäischen Union und mitunter auch gegen die USA ein. Diesen Attributen voran steht der bereits genannte Kern populistischer Agitation, die Einnahme der oppositionellen Position im Gegensatz zum (politischen) Establishment (vgl. a.a.O.: 46f, 142f).

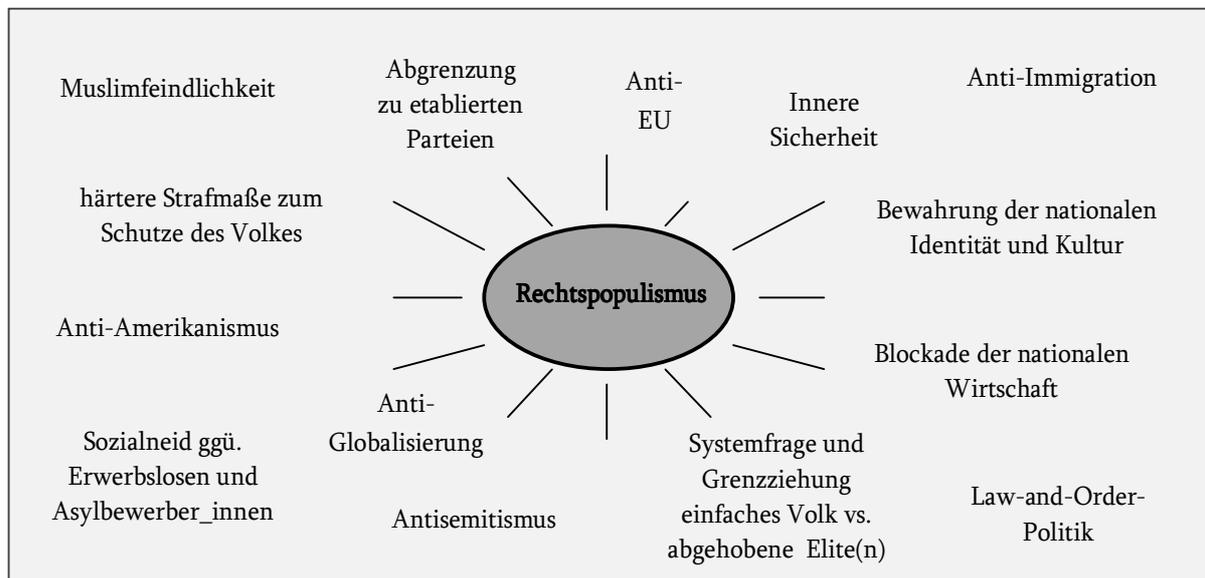
Im Kontext der genannten Anti-Immigration sei an dieser Stelle eine weitere Konkretisierung vorgenommen. Als ihr ‚prominentestes‘ Beispiel gilt nach wie vor die feindliche Haltung gegenüber der Gruppe der Muslime.

Muslime bilden für Rechtspopulisten „das geradezu ideale ‚defining other‘, das verunsicherten Teilen der Bevölkerung und damit psychische Sicherheit zu geben verspricht.“ (Pelinka, 2009: 6; Hervorh. im Original)

Die seit geraumer Zeit anhaltenden Aktionen gegen die Sichtbarkeit muslimischer Kultur wie Lebensweise, beispielsweise in Form von Demonstrationen gegen Moscheebauten oder Minarette, gelten aktuell als das „propagandistische Erfolgsrezept“ (Hafez, 2009: 20; des Weiteren: Klein/Heitmeyer, 2012).

⁵ Für Hellmuth (2002) halten Rechtspopulist_innen eine multikulturelle Gesellschaft gar für ein Hirngespinnst, eine Illusionen, der sich nur Sozialromantiker hingeben könnten. Sie bliebe gerade aufgrund der verschiedenen Kulturen völlig utopisch (a.a.O.: 30). Damit liegt er auf einer Linie mit unserer Bundeskanzlerin (o. A., 2010: Integrationsdebatte. Merkel: „Multikulturell ist absolut gescheitert.“. in: .de, 16.10.2010)

Abbildung 2: Themenfelder des Rechtspopulismus



Quelle: Eigene Darstellung; in Anlehnung an Hartleb, 2004 und Butterwegge, 2011

Sehr viel schwieriger gestaltet sich die Präsenz des Antisemitismus auf der rechtspopulistischen Agenda. Einige Autor_innen stellen sich angesichts der deutschen Vergangenheit und des generellen Misskredits gegenüber antisemitischen Aussagen gegen die Aufnahme des Antisemitismus als Element des Rechtspopulismus (vgl. u.a. Hartleb, 2004: 44). Andererseits bleibt die Frage nach einer gewissen Latenz bestehen, da sich Rechtspopulist_innen zwar israelfreundlich geben, dies jedoch vielmehr als „Stellvertreterkrieg‘ gegen ‚den Islam““ (Müller/Winkler, 2012: 21; Hervorh. im Original) verstanden wird – und nicht als Abkehr vom klassischen Antisemitismus. Unterstützung findet dieses Theorem auch in der empirischen Überprüfung. So können sowohl Schaefer, Mansel und Heitmeyer (2002) als auch Zick und Küpper (2009a) belegen, dass vor allem der Vorwurf, Juden würden die historische Vergangenheit zu ihrem eigenen Vorteil ausschöpfen, stetig Eingang in rechtspopulistische Agitation findet.

1.3 Rechtspopulismus und andere politische Orientierungen

1.3.1 Rechtsextremismus

„Rechtsextremismus light“ und „moderate Imitation rechtsextremistischer Propaganda“ sind nur einige Chiffren, mit denen der Rechtspopulismus in der breiten Öffentlichkeit beschrieben wird. Doch trotz einer großen inhaltlichen Schnittmenge der Themen, wie sie bereits anhand der Krite-

rien zu vermuten ist, wird nicht selten vor einer unreflektierten Gleichstellung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gewarnt (Hartleb, 2004: 18; Geden, 2007: 8; Häusler, 2008: 41).

Rechtspopulist_innen können durchaus extremistische und sehr radikale Haltungen hervorbringen,

„allerdings ist [ihr] Weltbild (...) meist weniger geschlossen, bleibt ihre Ideologie flexibler und anpassungsfähiger, als jene der extremen Rechten, die ihre Anhänger nicht nur verführen, sondern auch bekehren wollen.“ (Bauer, 2010: 5f)

Anders als Rechtsextremist_innen stellen Rechtspopulist_innen das (demokratische) System wie Gleichheitsprinzipien und Fundamentalrechte nicht in Abrede, sondern zur Diskussion, innerhalb derer „sie das ‚Wie‘, nicht das ‚Ob‘“ (Hartleb, 2011: 34; Hervorh. im Original) anzweifeln; gleichwohl es an tatsächlichen und umsetzbaren Lösungsvorschlägen zum Soll-Zustand mangelt.⁶ Damit fehlt ihnen ein wichtiger Baustein, der sich im Rechtsextremismus findet: Die ‚Politik‘ der Rechtspopulist_innen widmet sich einzig gegenwärtigen und akuten Problemlagen, statt dass sie eine „radikale Umwälzung der Werteordnung“ (Bauer, 2010: 6) und der Staatsordnung anstrebt (vgl. auch: Schönfelder, 2008: 26; Bauer, 2012: 9; Mudde, 2004: 548). Gemeinsam ist beiden Formen, bei aktuellen Ängsten und Bedrohungsgefühlen in der Bevölkerung anzusetzen, aus denen sie ihre Programmatik ziehen. Um jedoch der Brandmarkung einer extremen Rechten zu entgehen, wählen die Rechtspopulist_innen jene Rhetorik, die sogenannte Stammtischparolen bedient und ‚wohl noch gesagt werden darf‘. Dies zeigt sich insbesondere im ‚Nationalpopulismus‘, innerhalb dessen das verpönte Wort ‚Rasse‘ tunlichst vermieden wird und stattdessen die Wahrung der eigenen ‚kulturellen‘ und ‚nationalen‘ Identität in den Mittelpunkt gerückt wird. Vordergründig gilt es, die Verschiedenheit der Kulturen, auch in ihrer Vielfalt, zu tolerieren und deren Fortbestand zu sichern, was laut Bauer nur das folgende impliziert: „Österreich den Österreichern“, ‚die Türkei den Türken“ (Bauer, 2010: 9; Hervorh. im Original) und eben auch ‚Deutschland den Deutschen‘. Nichtsdestotrotz sollte die erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber („noch“) rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen nicht abreißen, wie eines der prominentesten Beispiele,

⁶ Vgl. dazu: die Auswertung von van de Wetering in diesem Bericht

Geert Wilders, nur allzu deutlich offenlegt: „Eines der Dinge, die zu sagen uns nicht mehr erlaubt wird, ist, dass unsere Kultur bestimmten anderen Kulturen überlegen ist.“ (2010)⁷

1.3.2 Linkspopulismus

Politikverdrossenheit, Enttäuschung und Gefühle der Ungerechtigkeiten in der Bevölkerung werden nicht nur von rechtspopulistischen Bewegungen aufgefangen und instrumentalisiert. Auch linksgerichtete Parteien, allen voran *Die Linke*, erreichen durch populistische Agitation eine steigende Anzahl an (mindestens) potenziellen Wähler_innen (vgl. Seils, 2012: 2; Decker/ Hartleb, 2006: 192). Zunächst ist festzuhalten, dass beide Formen des Populismus, sowohl der links- als auch rechtsgerichtete, dieselbe Art und Weise des ‚Politikmachens‘ teilen. Ihr Stil basiert auf aggressiver und polemischer Rhetorik, inszenierten Tabubrüchen wie extrem simplifizierender ‚Politikvermittlung‘. Der wesentliche Unterschied besteht stattdessen in ihrer inhaltlichen Orientierung. So argumentieren Linkspopulist_innen keinesfalls reaktionär oder stellen Momente der Aufklärung, beispielsweise die Frauenemanzipation oder das Prinzip der Gleichheit in Frage, wie man es häufig in rechtspopulistischen Sphären findet. Vielmehr geht es um die Kritik „moderner Mittel“ (vgl. u.a. Hartleb, 2004: 25), von denen das Establishment profitiert, während der ‚brave Bürger‘ zumeist das Nachsehen hat.

Mit Rekurs auf die oben genannten Kriterien, welche den Rechtspopulismus kennzeichnen, lassen sich wiederum Gemeinsamkeiten in der Anti-Haltung gegenüber einer als bedrohlich gekennzeichneten Globalisierung und den USA feststellen. Dementgegen vertreten Linkspopulist_innen jedoch eine eher pazifistische Ausrichtung und sprechen sich gegen Faschismus und Rassismus aus (vgl. Hartleb, 2004: 46). Dies bleibt insofern interessant zu beobachten, als dass sich innerhalb der damaligen Hartz IV-Debatte, 2005, auch Lafontaine⁸ einschaltete und mit überaus fremdenfeindlichen Aussagen für seine Partei warb: ‚Die Regierung habe dafür zu sorgen, dass (deutsche) Familienväter und Frauen wegen der vielen Fremdarbeiter, welche für Billiglöhne arbeiten würden, nicht um ihre Arbeitsplätze bangen müssen‘ (vgl. u.a. Stanicic, 2005; Höge, 2012). Damit lässt sich

⁷ Das ganze Interview des Vorsitzenden der niederländischen Partei für die Freiheit findet sich unter: <http://diefreiheit.org/home/2010/10/geert-wilders-rede-im-wortlaut/>

⁸ Ehemaliger Vorsitzender der Linkspartei

eine weitere Verschiedenheit des Links- zum Rechtspopulismus ergänzen. Letztere rücken, vor allem aktuell, die drohende Islamisierung und Überfremdung Deutschland in den Fokus, hingegen richten die Linkspopulist_innen ihr Augenmerk eher auf die Stellung der Beschäftigten und ergreifen für diese das Wort (vgl. Decker/Lewandowsky, 2009: 1).

2 Rechtspopulistische Parteien in Niedersachsen und Bremen

Denis van de Wetering

Im letzten Kapitel wurde eine erste Definition des Phänomens Rechtspopulismus vorgenommen. Wesentliches Merkmal des Rechtspopulismus ist, dass die Agitation sowohl auf einer vertikalen, als auch auf einer horizontalen Abgrenzung aufbaut. Populismus im Allgemeinen kennzeichnet eine vertikale Abgrenzung des Volkes gegen das Establishment. Diese Abgrenzung wird vom Rechtspopulismus um eine horizontale Abgrenzung, die auf der Abwertung und Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen beruht, erweitert (vgl. Hartleb, 2011: 20f.; Geden, 2006: 20). Diese Ausgrenzung negiert den typischen Interessen- und Wertepluralismus moderner demokratischer Gesellschaften. Dies bringt für demokratische Akteur_innen, die sich im Zuge der demokratischen Entscheidungsfindung in ihren Städten, Kommunen und Gemeinden mit rechtspopulistischen Sichtweisen konfrontiert sehen, eine gewisse Problematik mit sich. Oftmals fehlt es an Hintergrundwissen, weshalb die unterschiedlichen rechtspopulistischen Gruppen und Parteien nicht adäquat eingeordnet werden können. Erfahrungsgemäß mangelt es zudem an Argumentationshilfen für die politischen Auseinandersetzungen mit solchen zunächst demokratisch erscheinenden, jedoch undemokratische Standpunkte vertretenden, Sichtweisen. Um die Frage nach Interventionsmöglichkeiten gegen Aktivitäten rechtspopulistischer Gruppen und Parteien befriedigend beantworten zu können, bedarf es unserer Meinung nach einer wissenschaftlich fundierten und kritischen Auseinandersetzung mit den Inhalten von rechtspopulistischen öffentlich kommunizierten Texten und Reden, sowie mit ihrem öffentlichen Auftreten. Demnach stehen folgende Fragen im Mittelpunkt des vorliegenden Untersuchungsabschnitts:

Welche rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen agieren in Niedersachsen und Bremen? Welche thematischen Schwerpunkte versuchen sie auf die öffentliche Agenda zu heben? Welche

Gesellschaftsbeschreibungen fertigen sie an? Was sind die Folgen der Kommunikation rechtspopulistischer Realitätskonstruktionen für ein auf Anerkennung und Gleichwertigkeit basierendes Zusammenleben? Welche Gefahr stellen rechtspopulistische Realitätskonstruktionen für das demokratische Miteinander in Niedersachsen und Bremen dar? Wo lassen sich rechtspopulistische Parteien politisch verorten? Wie kann rechtspopulistischen Tendenzen begegnet werden?

Bevor wir uns den aufgeführten Fragen widmen können, gilt es im Folgenden zunächst den methodischen Ansatz und das wissenschaftliche Vorgehen für die Untersuchung darzustellen. Darauf folgt eine Übersicht als rechtspopulistisch eingestufter Gruppen und Parteien in Niedersachsen und Bremen. Hierbei wird vertiefend darauf eingegangen, welche Themen sie besetzen, welche gesellschaftlichen Probleme sie konstruieren, welche Lösungen sie für diese Probleme anstreben, welches Gesellschafts- und Menschenbild sie propagieren und welche Kommunikationsstrategien sie anwenden. Der Beitrag widmet sich ebenfalls den Gefahren, die von rechtspopulistischen Ansichten und Meinungen für demokratische Gesellschaften ausgehen. Anhand von empirischen qualitativen Daten wird beschrieben, wie rechtspopulistische Ansichten und Gedanken in die demokratische Gemeinschaft einsickern, indem öffentliche rechtspopulistische Schriften und verbale Äußerungen die Bedeutung des Demokratiebegriffs ins Undemokratische umdeuten und dadurch verschieben. Dabei gilt es außerdem zu untersuchen, wie sich die Grenze rechtspopulistischer und demokratischer Parteien hinsichtlich ihrer Themen und Standpunkte gestaltet. Zum anderen wird der Grad der Durchlässigkeit der Grenze zwischen rechtsextremen Ansichten und rechtspopulistischen Meinungen thematisiert. Der Beitrag schließt mit der Formulierung erster Handlungsvorschläge zum Umgang mit rechtspopulistischen Gruppierungen in lokalen Stadtgesellschaften.

2.1 Methodischer Ansatz und Vorgehen

In der aktuellen wissenschaftlichen Literatur finden sich zahlreiche Studien zu rechten Gruppierungen und Parteien in städtischen und ländlichen Räumen. Die dabei verwendeten empirischen Methoden zur Analyse zielen in der Regel einerseits auf die Erschließung des subjektiv gemeinten Sinns der untersuchten Akteur_innen und Akteursgruppen. Andererseits wird zur Erschließung des sozialen Phänomens auf dichte Beschreibungen des kulturellen Bedeutungsgewebes rechtsextremer Parteien zurückgegriffen. Problematisch an dieser wissenschaftlichen Methodik ist das

Ungleichgewicht zwischen sozialer Realität und Poesie (vgl. hierzu exemplarisch Sacks, 1992). Zumeist bleibt bei dieser Vorgehensweise unklar, was in die gewonnenen Daten hineingelesen wurde und was tatsächlich beobachtet werden konnte. Um diesen Verlust der empirischen Erdung zu vermeiden, wird in der vorliegenden Untersuchung ein anderes Verfahren verwendet: In diesem Sinn geht es weniger um Interpretation, sondern um konkret beobachtbare Sachverhalte.

Im Mittelpunkt stehen die in Niedersachsen und Bremen agierenden rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen, ihre Beschreibungen von Gesellschaft, die Art und Weise der öffentlichen Darstellung und die Präsentation ihrer Realitätskonstruktionen. Durch diese Perspektive geraten ebenfalls die von rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien hergestellten Feindbilder sowie die gesellschaftlichen Problemfelder, in denen Rechtspopulist_innen sich betätigen, in den Fokus der Untersuchung. Darüber hinaus wird das Zurückwirken rechtspopulistischer Realitätsbeschreibungen auf das demokratische und friedliche Zusammenleben in Niedersachsen und Bremen thematisiert. Doch mit welcher Methodik lassen sich die interessierenden Aspekte wissenschaftlich untersuchen?

Zur Beantwortung der Fragen widmen wir uns den von rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien publizierten Texten. Der Textbegriff wird dabei, ganz allgemein, als Beschreibung verstanden. Zur Anfertigung einer solchen Beschreibung gesellschaftlicher Realität ist der Begriff demgemäß nicht zwingend an die Verwendung von Schrift gebunden. Rechtspopulistische Gesellschaftsbeschreibung, ihre Problemkonstruktionen, sowie die als notwendig erachteten Problemlösungen werden prinzipiell als Resultate eines rechtspopulistischen Kommunikationssystems verstanden. Dementsprechend können sie auch schriftlos beziehungsweise mündlich angefertigt und verbreitet werden.

Zur wissenschaftlichen Untersuchung der fokussierten Texte wird eine modifizierte Form der Semantikanalyse verwendet. In Kombination mit den üblichen Überblicksdarstellungen der Texte konzentriert sich diese Analyse auf Textpassagen, die exemplarisch sowohl für das Rechte, als auch das Populistische im Rechtspopulismus stehen. Hierdurch gewinnt unsere Lektürewiese einen herausragenden Stellenwert: Statt vorschnell auf eine allgemein übliche Bedeutung der Texte zu schließen, interessiert, wie in den einzelnen Textpassagen Verschiebungen und Umdeutungen jener allgemein üblichen Sinninhalte vorgenommen werden. Diese Vorgehensweise verschafft darüber hinaus Aufschluss über die Verführungskraft der rechtspopulistischen Texte.

Ziel ist folglich das Phänomen Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen in seiner ganzen Bandbreite und Variation zu untersuchen. Dabei interessiert in besonderem Maße, wie in rechtspopulistischen Texten die Bedeutung demokratischer Begriffe unterschwellig in demokratiefeerne Botschaften verschoben wird. Um diese Besonderheit rechtspopulistischer Bedeutungsverschiebung tiefgreifend auszuloten, wird die klassische Semantik- um einige Aspekte der Diskursanalyse ergänzt. Diese Ergänzung bietet weitere Vorteile: Einerseits geraten die rechtspopulistischen Strategien, die breite Öffentlichkeit zu erreichen, in den Untersuchungsfokus. Darüber hinaus ermöglicht die Kombination von Semantik- und Diskursanalyse die Beantwortung der Frage, wie die rechtspopulistischen Sichtweisen sukzessive in das demokratische Zusammenleben einsickern und zentrale Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens unterwandern können.

Die sozialwissenschaftliche Literatur warnt vor der Systematisierung des semantisch-diskursanalytischen Ansatzes. In dieser Untersuchung haben wir dennoch Verfahrensschritte entwickelt, die es ermöglichen, Verschiebungen der ursprünglichen Bedeutungen der Textsprache zu identifizieren.

Wesentliches Merkmal der einzelnen Verfahrensschritte ist die Wahrung der Distanz zum Text, um eine möglichst wissenschaftlich genaue Sichtweise auf den Text zu ermöglichen. Dies wird erreicht, indem der Text, und nicht die von ihm bezeichneten Gegenstände, im Mittelpunkt der Untersuchung steht. In diesem Sinn finden folgende Aspekte bei unserer sozialwissenschaftlichen Semantik-Diskursanalyse Beachtung (vgl. Stäheli, 2007):

- *Institutioneller Rahmen / Kontext* (z. B. Autor_in, Medium, Ereignishintergrund)
- *Text-Oberfläche* (Gestaltung, Sinneinheiten, Strukturierung angesprochener Themen)
- *Sprachlich-rhetorische Mittel* (Analyse der Argumentationsstrategien, Implikationen und Anspielungen, Logik und Komposition, Kollektivsymbolik, Bildlichkeit, Redewendungen, Wortschatz, Stil, Referenzbögen)
- *Inhaltlich-ideologische Aussagen* (Menschenbild, Gesellschaftsbild, Vorstellungen von Zukunft, etc.)
- *Systematische analytische Darstellung* eines Textfragments nach der Aufbereitung des Materials (dabei werden die einzelnen Textelemente aufeinander bezogen, was der Herausarbeitung der Kommunikationsmuster, der Verschiebung und Umdeutung der ursprünglichen Bedeutungen und Sinninhalte dient)

Das Untersuchungsziel unserer Forschung besteht nicht nur in der Erarbeitung eines Überblicks rechtspopulistischer Gruppierungen und Parteien in Niedersachsen und Bremen. Mithilfe der herangezogenen Texte soll vielmehr eine Theorie über rechtspopulistische Realitätskonstruktionen und ihre Konsequenzen für das demokratische Miteinander erstellt werden. Diese Theoriebildung kann allerdings nur gelingen, wenn eine auf Dauer gestellte Reflexion und Analyse über den Untersuchungsgegenstand stattfindet. Als Forscher_innen machen wir uns also selbst auf die Suche nach Theorien. Ein zentrales Prinzip unserer Forschung ist die generelle Offenheit gegenüber dem Untersuchungsgegenstand. Diese Offenheit ist jedoch nicht mit Willkür und Beliebigkeit zu verwechseln. Vielmehr meint Offenheit in diesem Kontext eine durch die dargestellte systematische Vorgehensweise angeleitete Neugier. Ziel ist es, möglichst viel Erkenntnis über den Gegenstand zu gewinnen. Gleichzeitig geht es im Forschungsvorgang um die reflexive Berücksichtigung der systematischen Vorgehensweise und zentraler theoretischer Vorannahmen. Dies gilt sowohl für die Frage, welche Texte in die Untersuchung einfließen, als auch für die empirisch kontrollierte Überprüfung der im Untersuchungsverlauf aufgestellten Vermutungen über den Forschungsgegenstand. Was bedeutet dies speziell für diese Untersuchung?

In einem ersten Schritt wurde die lokale Presse beobachtet. Im Fokus standen Berichte und Pressebeiträge, die rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen thematisierten. Daneben wurden ebenfalls Berichte und Beschreibungen von Watchblogs herangezogen. Diese kritischen Beobachter_innen informieren im Internet über politische Akteur_innen, die eine Ungleichwertigkeit von Menschen öffentlich propagieren und Stereotype verbreiten. Die Dokumente und Berichte der Watchblogs und der Printmedien dienten als erste Orientierung im Untersuchungsfeld. In diesem Sinne ist die mediale Berichterstattung als Ausgangspunkt zur Anfertigung einer Sammlung potentiell rechtspopulistischer Gruppierungen und Parteien in Niedersachsen und Bremen zu verstehen (vgl. Mietke, 2012). Selbstverständlich wurden die in unserer Untersuchung behandelten Gruppierungen und Parteien nicht als rechtspopulistisch eingestuft, weil sie als solche in der medialen Berichterstattung bezeichnet wurden. Die Frage, ob eine in der Öffentlichkeit agierende Gruppierung oder Partei als rechtspopulistisch einzustufen ist, verlangt nach einer Rückbindung an einen theoretischen Referenzpunkt. So wurden öffentlich operierende Gruppen und Parteien erst dann als rechtspopulistisch bezeichnet, wenn ihre veröffentlichten Texte sowohl einen Gegensatz zwischen einer herrschenden und korrupten Elite und dem einfachen Volk (vertikale

Abgrenzung), als auch zwischen dem deutschen Volk und „den Anderen“ (horizontale Abgrenzung), konstruieren und hervorbringen.

In einem zweiten Schritt wurden die Texte (Dokumente und öffentliche Wortbeiträge) der als rechtspopulistisch eingestuften Gruppen gemäß der oben dargestellten systematischen Verfahrensweise untersucht. Während der Analyse der einzelnen Texte der jeweiligen Gruppierung respektive Partei galt es, Hypothesen über rechtspopulistische Kommunikationsmuster und die damit verknüpften Bedeutungsverschiebungen zu formulieren. Merkmal besagter Kommunikationsmuster ist, dass sie in unterschiedlichen Texten verschiedener Parteien beziehungsweise Gruppierungen vertreten sind. Kommunikationsmuster sind für den wiederholten Gebrauch geschaffen – sie sind als Strukturen zu verstehen und stellen demnach das Grundgerüst für rechtspopulistische Realitätskonstruktionen dar. Um der methodischen Reflexivität zu genügen, galt es die aufgestellten Hypothesen über die Kommunikationsmuster wiederholt durch die Hinzunahme neuer Texte empirisch herauszufordern. Während der Auswertung war die Frage, was es alles über rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien in Niedersachsen und Bremen zu sagen gibt, stets präsent. Die Untersuchung wurde beendet nachdem, trotz der Hinzunahme weiterer Texte, keine neuen Informationen mehr gewonnen werden konnten.

Im Folgenden werden zunächst die in die Untersuchung eingeflossenen rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien vorgestellt. Dabei werden vor dem Hintergrund der aufgeführten systematischen Vorgehensweise ihre wesentlichen Themen, Problembeschreibungen und Problemlösungen und das darin enthaltene Gesellschafts- und Menschenbild herausgearbeitet. Dabei werden ebenfalls die von rechtspopulistischen Autor_innen verwendeten Strategien berücksichtigt, die ihren Realitätsvorstellungen und Gesellschaftsbeschreibungen in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen. In einem zweiten Schritt werden auf einer allgemeinen Ebene die in den rechtspopulistischen Texten enthaltenen Kommunikationsmuster und Bedeutungsverschiebungen des Demokratieverständnisses diskutiert und zu einer Theorie zusammengefasst. Im Anschluss gilt es dann, die Konsequenzen rechtspopulistischer Kommunikationsmuster und die damit verbundenen Bedeutungsverschiebungen demokratischer Begriffe für eine auf Freiheit und Demokratie beruhende lokale Gesellschaft kritisch zu besprechen. Die qualitative Untersuchung schließt mit der Formulierung erster Handlungsvorschläge zum Umgang mit rechtspopulistischen Sichtweisen und Realitäten.

2.2 Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen in Niedersachsen und Bremen – eine qualitative Betrachtung

Das vorliegende Kapitel des qualitativen Teils unserer Untersuchung beschäftigt sich mit den gegenwärtig agierenden rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen in Niedersachsen und Bremen. Die von uns vorgenommene Einstufung der hier thematisierten politischen Kollektive erfolgte vor dem bereits erwähnten theoretischen Referenzpunkt. Eine politische Gruppe oder Partei wird dann als rechtspopulistisch eingestuft, wenn ihre Texte sowohl auf einer vertikalen Abgrenzung zwischen dem „einfachen Volk“ gegenüber einer „herrschenden und korrupten Elite“ als auch auf einer horizontalen Abgrenzung, die eine Abwertung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vornimmt, beruhen. Im Folgenden wird dargelegt, wie die Texte der untersuchten Parteien die besagten Teilungsdimensionen produzieren und anschließend verwenden. Es wird gezeigt, wie rechtspopulistische Parteien unter einem demokratisch erscheinenden Deckmantel undemokratische Botschaften öffentlich kommunizieren. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls nachgewiesen, dass die untersuchten Texte rechtspopulistischer Gruppierungen das Demokratieverständnis fast unmerklich umdeuten. Statt auf Freiheit, Vielfalt und Wertpluralismus beruht das rechtspopulistische Demokratieverständnis auf menschenfeindlichen und menschenverachtenden Einstellungen. Hiermit werden gleichzeitig Abwertungen bestimmter Menschen der Gesellschaft normalisiert und propagiert. In einem zweiten analytischen Schritt wird aufgezeigt, wie rechtspopulistische Parteien sich im politischen Niemandsland zwischen demokratischen und rechtsextremen Parteien und Gruppierungen positionieren. Im Zusammenhang mit dieser Selbstverortung rechtspopulistischer Parteien können wir zeigen, wie die Grenzen zu den demokratischen und rechtsextremen Lagern zunehmend verwischen.

2.2.1 Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen – Eine Übersicht

a) Die Freiheit – Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie – Landesverband Niedersachsen

Abbildung 3: Logo der Partei „Die Freiheit“



Quelle: <http://diefreiheit.org/home>

Die sich selbst als Bürgerrechtspartei bezeichnende Partei „Die Freiheit“ wurde im Oktober 2010 gegründet. Die Gründung erfolgte im Nachgang des Ausschlusses des Berliner Landtagsabgeordneten René Stadtkewitz aus der CDU-Fraktion. Der Ausschluss Stadtkewitzs erfolgte, nachdem er den niederländischen Politiker und Vorsitzenden der rechtspopulistischen PVV, Geert Wilders, zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel *Der Islam als Integrationshindernis* nach Berlin eingeladen hatte. Das ehemalige CDU-Fraktionsmitglied kündigte daraufhin, zusammen mit Marc Doll (damals ebenfalls noch CDU-Mitglied) und Aaron (Stefan) Koenig (bis Mai 2010 Bundesvorsitz der Piratenpartei), die Gründung einer neuen Partei an. Das Grundsatzzprogramm dieser Partei, so die Selbstausskunft, fordert mehr direkte Demokratie und verschreibt sich der Verteidigung von Bürger- und Freiheitsrechten (vgl. Die Freiheit, 2012a). Da die Mitgliederzahlen deutschlandweit schnell anstiegen, erfolgte ab Juli 2011 die Gründung von Landesverbänden der Freiheit in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Sachsen und Thüringen durch ehemalige CDU-, CSU- und FDP-Funktionäre. Die Gründung von Landesverbänden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erfolgte im Oktober 2011. Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen ist Marco Rey Sander.

Im Jahr 2012 hielt die Partei in Emden und Hannover Infostände ab. Die Infostände und die dort verteilten Flyer thematisieren und positionieren sich gegen den, als Rettungsschirm bekannten und weiterhin kontrovers diskutierten, Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Die auf der Internetseite der Partei einzusehenden Beschreibungen und Fotos des Infostandes vermitteln zunächst das Bild einer „normalen“ demokratischen Partei: eine Partei, die nach dem demokrati-

schen Grundsatz Probleme definiert, Lösungen anbietet und Menschen vor Ort informiert. So bemerkt der Vorsitzende des Landesverbandes:

„Auch wenn wir als kleine Partei noch nicht wirklich etwas bewirken können, so ist es wichtig Gesicht zu zeigen. Mit kleinen Schritten, Schritt für Schritt, und einer Menge Geduld kommen wir vorwärts und unserem Ziel immer näher. Mit diesen Aktionen, direkt bei den Menschen vor Ort, werden wir wahrgenommen, erkannt und hoffentlich sogar wiedererkannt werden. Und darauf kommt es uns an; den Menschen aufzeigen das eine Alternative zum bestehenden <Parteieneinheitsbrei> existiert. Mit der Flyeraktion wollen wir Denkanstöße liefern. Die Menschen müssen aufgeklärt werden. Es war erschreckend zu hören, dass viele Passanten mit dem Begriff <ESM> nichts anfangen konnten. Ja, noch nicht einmal etwas darüber gehört haben. Dies ist sehr bedenklich, da unser aller Zukunft massiv beeinflusst wird. Das zeigt aber auch, dass unsere politische Führung großes Misstrauen in das eigene Volk hat. Andernfalls hätte sie sicherlich schon weit mehr darüber informiert. Die, die wir erreicht haben waren neugierig, offen unseren Argumenten gegenüber und versprochen im Internet mehr über das Thema zu erfahren.“ (Die Freiheit, 2012b)

Die Verwendung des Begriffs *Parteieneinheitsbrei*, sowie die Behauptung, dass die politische Führung ein Misstrauen gegenüber dem eigenen Volk hat, sind zwar auffällig, sagen zunächst jedoch wenig über die politische Verortung der Partei aus. Dahingegen finden politische Gruppen und Parteien aus Lüneburg und Hannover eine klare Bezeichnung zur Verortung der Partei „Die Freiheit“:

Im Februar 2012 mobilisierten Antifaschist_innen aus Lüneburg gegen einen geplanten Infostand der Partei. Die Aktivist_innen riefen dazu auf, gegen den *rechten Infostand* und gegen den öffentlichen Auftritt der *Rassist_innen und Rechtspopulist_innen* der Partei *die falsche Freiheit* zu demonstrieren (vgl. indymedia, 2012). Die Lüneburger Stadtverwaltung reagierte dahingehend mit dem Verbot des Infostands. Der Infostand fand nicht statt und „Die Freiheit“ verzichtete auf eine Klage beim Verwaltungsgericht, bezog jedoch online Stellung: In polemischem Argumentationsstil wird zunächst darauf verwiesen, *dass es zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehört gegen einen genehmigten Infostand zu demonstrieren* (Thiedig, 2012). Die Partei „Die Freiheit“ kritisiert allerdings die undemokratische Art und Weise der Demonstration – so wird argumentiert, dass die Aktivitäten und Methoden gegen „Die Freiheit“ nicht den grundlegenden Prinzipien einer freien und demokratischen Gesellschaft entsprechen. Stattdessen werden die Aktivitäten und Methoden mit denen verglichen, derer sich die Berliner SA in der Weimarer Republik bediente, um ihre Gegner zum Schweigen zu bringen. Ebenso wehrt sich die Partei gegen die Vorwürfe der angeblichen Vertreter der Demokratie, SPD und Grüne. Laut „Die Freiheit“ *näherten sich SPD und*

Grüne ihren faschistischen Gegenspielern immer mehr an (Thiedig, 2012). Zu den Letztgenannten gehöre sie, die Bürgerrechtspartei „Die Freiheit“, so der Verlauf der Polemik, und unter Verweis auf die Aussagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, allerdings nicht (vgl. ebd.).

Im gleichen Atemzug richten sich die scharfen und direkten Äußerungen gegen den Oberbürgermeister Mägde als Verantwortlichen des Verbots. Mägde sei nicht nur einem *undemokratischen Geist verfallen*, sondern habe außerdem Angst, dass die von der Partei „Die Freiheit“ *aufgeklärten Bürger vor die dortigen Politbüros von Linke bis CDU ziehen und unangenehme Fragen über die kommenden Billionen-Zahlungen im Rahmen des ESM (Europäischer Rettungsschirm) stellen* (ebd.).

Auch in der Landeshauptstadt Hannover provozierten die Aktivitäten der Partei einen Protest demokratischer Parteien. Im Mittelpunkt stand in diesem Fall der Bundesparteitag, den „Die Freiheit“ Ende Juli 2012 im Hannover Congress Centrum abhalten wollte. Die Stadt- und Kreisverbände von SPD, CDU, Grüne, FDP, Links- und Piratenpartei reagierten darauf mit einer gemeinsamen Pressemitteilung, in der sie verkündeten, *dass Die Freiheit in Hannover nicht willkommen sei*. In der Pressemitteilung heißt es weiter, dass *die selbsternannte Bürgerrechtspartei versuche mit populistischen Methoden Stimmung zu machen und zudem Muslim_innen pauschal als schlecht und böswillig verunglimpfe*. Darüber hinaus forderte ein Grünen-Stadtverbandsvorsitzender und Mitautor des parteiübergreifenden Protestschreibens eine öffentliche Diskussion darüber, *welche Hürden geschaffen werden könnten, um Veranstaltungen von Organisationen zu verhindern, die öffentlich gegen Minderheiten hetzen*. Die Partei „Die Freiheit“ gibt sich gegenüber den geäußerten Vorwürfen ahnungslos. So verweist Niedersachsens Parteisprecher Ralf Kriesinger darauf, dass die Partei ihren *bürgerlich-konservativen Ansatz* durch die Kritik *in eine eigenartige Ecke gedrängt* sieht. Das Hauptanliegen von der Partei finde sich in der *Wahrnehmung von Bevölkerungsinteressen, die bei den etablierten Parteien unterentwickelt sei*. Zudem ginge es thematisch weniger *um den Islam als vielmehr um die Eurokrise*. (vgl. Havlicek, 2012)

Mit der obigen im Interview hervorgebrachten Selbstbeschreibung stellt sich „Die Freiheit“ als eine Partei dar, die im politischen Feld zwar am Rand steht, sich jedoch dem Wohle des Volkes widmet, um diesem wieder eine Stimme zu geben. Neben dieser Selbstpräsentation als doppelter Außenseiter, der politisch am Rand steht und sich zudem von anderen Parteien unterdrückt sieht, sind weitere Punkte bemerkenswert. Die Gegenargumentation der Freiheit zeichnet sich durch

eine harsche Polemik und Dramatisierung, die auch vor Tabubrüchen (Stichwort SA-Vergleich) nicht zurückschreckt, aus. Zudem ist die Argumentation strikt konfliktorientiert. Deutlich hervorzuheben ist ebenfalls, dass die Reaktionen der etablierten Parteien nicht nur als undemokratisch, sondern überdies als Selbstabschottung gegenüber dem „Volk“ und dessen Interessenvertretung, die in diesem Fall „Die Freiheit“ repräsentiert, dargestellt werden. Hierbei zeigt sich außerdem, wie die Reaktionsstrategien etablierter Parteien und die damit einhergehende mediale Aufmerksamkeit von der Partei instrumentalisiert wird, um sich als einzige wirklich demokratische Partei zu produzieren.

Mit dieser Reduzierung der politischen Realität auf einen Gegensatz zwischen dem Volk und der politischen Führung erfüllt „Die Freiheit“ die wissenschaftlichen Kriterien, um als populistische Partei eingestuft zu werden. Inwieweit sie allerdings auch als rechtspopulistische Partei eingestuft werden kann, lässt sich zu diesem Zeitpunkt nur vermuten. Ein Blick in das Parteiprogramm verspricht Abhilfe (vgl. Die Freiheit, 2012a).

Das Parteiprogramm definiert und thematisiert eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände sowie Maßnahmen, von denen die Partei sich die Lösung dieser Probleme verspricht. Als Hauptproblem identifiziert „Die Freiheit“ die Gefährdung und Bedrohung der Identität des deutschen Volkes. Interessant ist, dass die von ihr angesprochene Identitätsgefährdung mit dem Islam verknüpft ist, der wiederum im weiteren Programmverlauf nur noch als „Die Islamisierung“ thematisiert wird. Die Islamisierung beziehungsweise der Islam, so die Argumentationslogik im Parteiprogramm, bekämpft die deutsche Verfassung sowie den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. In dieser Konsequenz zeigt die Partei im Parteiprogramm, dem Selbstverständnis der Partei entsprechende, mögliche Maßnahmen auf. Um die deutsche Identität zu schützen und vor einer Islamisierung zu bewahren, müssten alle Ausländer in die deutsche Kultur integriert werden. Die Partei schlägt außerdem vor, bei Integrationsverweigerung die Sozialleistungen zu entziehen, wohingegen bei Gesetzesbrüchen mit sofortiger Abschiebung zu reagieren sei (vgl. Die Freiheit, 2012a).

Der von der Partei „Die Freiheit“ in ihrem Parteiprogramm abgedruckte Problem/Lösungs-Zusammenhang zeichnet sich in erster Linie durch seine Unklarheit, Unschärfe und durch starke Vereinfachungen respektive Reduktionen aus. In der Lesart besteht kein Unterschied zwischen Islam und Islamismus. Es ist sicherlich richtig, dass der Islamismus sich auf den Islam beruft und diese Religion ein Kernelement für die Identitätsbildung des Islamismus darstellt. Nichtsdestotrotz

ist der Islamismus nur eine mögliche und nicht die einzige Deutung des Islams. Zudem zeigt der libanesische Soziologe Halim Barakat in seinen Studien, dass die Absolutsetzung des Islams als Lebens- und Staatsordnung ein von Menschen formulierter Anspruch ist, der allerdings keine universelle Gültigkeit beanspruchen könne (vgl. Barakat, 1993). „Die Freiheit“ verengt jedoch ihre Perspektive mit dem Resultat, dass der Islam mit Islamismus und somit mit der Darstellung des Islams als Imperativ, als Lebens- und Staatsordnung identisch erscheint. Mit dieser unterschwellig in das Parteiprogramm eingeführten Definition versetzt sie sich in die Lage, dem Islam eine Frontstellung gegen die Normen und Regeln des modernen demokratischen Verfassungsstaates zu attestieren. Gleichzeitig erklärt „Die Freiheit“ jede Muslim_in zur Islamist_in, deren wesentliches Ziel darin besteht, ihr Umfeld, sei es nun durch Präsenz im Alltagsleben, sei es durch Gewalt, zu islamisieren. Dies entspricht jedoch weder der Realität in westlichen, noch in muslimischen Gesellschaften. Die Partei treibt die Reduzierung der sozialen Realität auf stereotypische Feindbilder allerdings noch weiter auf die Spitze.

So weitet sie die von ihr formulierte Frontstellung der Muslim_innen gegen die Normen und Regeln des modernen demokratischen Verfassungsstaates auf alle Menschen aus, die eine andere Herkunft haben als die deutsche. In diesem Sinn erklärt sie alle Migrant_innen zu Feinden des modernen demokratischen Verfassungsstaates. Darüber hinaus stellt „Die Freiheit“ Migrant_innen als Menschen dar, die prinzipiell von Sozialhilfe leben und zu Gesetzesbrüchen bereit sind. Mit diesen fernab der sozialen Realität liegenden Darstellungen wird ein Vorwurf an die etablierten demokratischen Parteien gerichtet. Dieser Vorwurf beklagt, dass die Interessen des Volkes nicht wahrgenommen werden. Stattdessen werden verfassungs-, freiheits- und demokratiefeindliche Ausländer_innen belohnt und die deutsche Identität zunehmend unterwandert. Die Partei „Die Freiheit“ produziert sich in diesem Zusammenhang einerseits als Sprachrohr des Volkes beziehungsweise als Partei, die sich für den Volkswillen einsetzt. Neben dieser vertikalen Gegenpositionierung gegen die regierenden Parteien schafft die Partei allerdings noch eine zweite, horizontale Abgrenzung. Letztgenannte fabriziert die Vorstellung einer Spaltung zwischen dem deutschen Volk und Migrant_innen. Diese Gegenpositionierung platziert Migrant_innen und besonders Muslim_innen außerhalb der Gesellschaft. Mit Hilfe dieser vertikalen Gegenpositionierung schürt „Die Freiheit“ diffuse Ängste vor einer Bedrohung der Werte und Normen der nationalen Kultur und Identität. Diese Ängste werden wiederum auf stereotypisch konstruierte Feindbilder über

Migrant_innen und Muslim_innen gelenkt und an sie gebunden. Mit der Erweiterung der vertikalen Gegenpositionierung (Volk – regierende Elite) um eine horizontale Abgrenzung (deutsches Volk – Migrant_innen), kann die Partei „Die Freiheit“ als rechtspopulistische Partei eingestuft werden.

Mit Blick auf den weiteren Verlauf des Parteiprogramms zeigt sich, dass „Die Freiheit“ ihre horizontale Abgrenzung zu einer horizontalen Teilungsdimension ausbaut, die zwischen dem deutschen Volk und weiteren, als Bedrohung der Identität des deutschen Volkes dargestellten, Menschen unterscheidet (vgl. Die Freiheit, 2012a). So spricht sich „Die Freiheit“ zum Beispiel explizit für mehr Privilegien für heterosexuelle Kleinfamilien aus. Die Partei begründet diese Maßnahme mit der gegenwärtig als demografischer Wandel diskutierte Bevölkerungsentwicklung. Um einem Bevölkerungsrückgang zu begegnen, so „Die Freiheit“ gilt es, die Geburtenrate zu erhöhen und bedarf es einer kinder- und familienfreundlichen Politik. Die Problem- und Lösungsformulierung der Partei scheint auf den ersten Blick an den gesellschaftlich-politischen Diskurs des demografischen Wandels anzuschließen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass der demografische Wandel lediglich auf den Aspekt des Geburtenrückgangs der letzten Jahrzehnte reduziert wird (vgl. Die Freiheit, 2012a). Dahingegen werden wesentliche Faktoren, die ebenfalls mit dem demografischen Wandel im Zusammenhang stehen – wie zum Beispiel Zusammenhalt der Generationen, Städteentwicklung, Rentensicherung und neue Formen der Arbeitswelt – vollkommen ignoriert. Stattdessen wird die heterosexuelle Kleinfamilie als die wesentliche soziale Form der Gesellschaft beschrieben. Mit dieser stark reduzierten Sichtweise werden gleichzeitig andere Formen der Lebensführung und der Sexualität diskriminiert und als Lebensweisen dargestellt, die nicht zur Steigerung der Geburtenrate beitragen und somit die Gesellschaft bedrohen.

In einer ähnlichen Art und Weise baut „Die Freiheit“ ebenfalls stereotypische Feindbilder der Hartz-IV- Empfänger_innen auf. Letztgenannte sorgen für einen Zusammenbruch deutscher Sozialsysteme und bedrohen somit die nationalstaatliche Autonomie (vgl. ebd.). Mit dieser einseitigen Darstellung der Realität werden die Dynamiken und Konjunkturrisiken kapitalistischer globaler Märkte und die damit verbundene verhaltene Nachfrage nach Arbeitskraft nationaler Ökonomien vollkommen ausgeblendet. Stattdessen werden die typischen Hartz-IV-Empfänger_innen als schmarotzende und sozialleistungsmissbrauchende Menschen dargestellt, die zudem ihre Situation selbstverschuldet haben. Auf diesem selbstkreierten Stereotyp aufbauend schlägt „Die Freiheit“

dann auch vor, ungeachtet der benötigten Qualifikationen und der aktuellen Nachfrage nach neuen Mitarbeiter_innen in dem Sektor, Hartz-IV-Empfänger_innen in der sozialen Arbeit einzusetzen. Dies, so die weitere Argumentation, in erster Linie zur Entlastung der Sozialkassen und um Missbrauch zu beenden.

Resümierend lässt sich über „Die Freiheit“ folgendes berichten:

Die sich selber als Bürgerrechtspartei bezeichnende „Die Freiheit“ ist unter Verwendung wissenschaftlicher Kriterien als rechtspopulistische Partei einzustufen. Mit ihren stark reduzierten und wesentliche Faktoren unterschlagenden Darstellungen sozialer Realitäten und politischer Verhältnisse suggeriert „Die Freiheit“ eine Abgrenzung des Volkes gegen die etablierten demokratischen Parteien. Die Partei „Die Freiheit“ stellt sich hierbei selbst als Außenseiter dar, der für das Volk den Kampf gegen das politische Establishment aufnimmt. Letztgenanntes handelt nicht im Interesse ihrer Wählerschaft und ist in dieser Sichtweise als undemokratisch zu verstehen. Die Partei „Die Freiheit“ stellt sich selbst als einzig verbleibende, jedoch vom Establishment unterdrückte demokratische Partei dar. Die Partei nutzt die Reaktionsweisen der etablierten Parteien und zudem jede mediale Gelegenheit, um in einer polemischen und provozierenden Art und Weise ihr Selbstbild zu inszenieren und ihre stark vereinfachte Sichtweise des Verhältnisses zwischen Wählerschaft und den demokratischen Parteien öffentlich zu kommunizieren. Dabei schreckt sie auch nicht vor stark überzeichneten und nicht zutreffenden Analogien hinsichtlich des Verhaltens der Parteien des demokratischen Spektrums zurück. Die Partei „Die Freiheit“ ergänzt den von ihr vorgenommenen vertikalen um einen horizontalen Gegensatz. Damit imaginiert „Die Freiheit“ sich neben dem Feindbild der egoistisch und undemokratisch agierenden etablierten Parteien weitere Feindbilder von gesellschaftlichen Minderheiten, die von der politischen Elite ungerechtfertigt und unverdient bevorzugt werden. In diesem Sinn baut sie Feindbilder von Muslim_innen, Migrant_innen, von Menschen, deren Lebensweisen von der Norm der heterosexuellen Kleinfamilie abweichen und von Menschen, die gezwungen sind Sozialleistungen zu beziehen (Hartz IV) auf. In den Darstellungen der Partei „Die Freiheit“ werden diese Menschen als Personen dargestellt, die die nationale und kulturelle Identität des deutschen Volkes sowie die nationalstaatliche Autonomie bedrohen. Mit der öffentlichen Kommunikation dieser Feindbilder versucht „Die Freiheit“ an aktuellen Ängsten der Gesellschaft anzuschließen und diese für ihre Zwecke strategisch zu verstärken.

Die Analyse der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ diente hauptsächlich dazu, eine Einordnung der Partei vorzunehmen. Daran anschließend standen die in dem Parteiprogramm verwendeten Kommunikationsmuster der Partei im Mittelpunkt der Untersuchung. Im nächsten Untersuchungsschritt gilt zu klären, inwieweit es sich bei den bislang analytisch bestimmten um typische rechtspopulistische Kommunikationsmuster handelt. Hierzu wenden wir uns der rechtspopulistischen Partei „Die Hannoveraner“ zu.

b) Die Hannoveraner – Unabhängige Wählergemeinschaft

Abbildung 4: Logo der Partei „Die Hannoveraner“



Quelle: http://www.pro-d-tunnel.de/tl_files/bilder/logo-hannoveraner.jpg

Die sich als unabhängige Wählergemeinschaft bezeichnende Partei „Die Hannoveraner“ gründete sich im Februar 2011. Im Nachgang eines Streites innerhalb der Wählergemeinschaft „Wir für Hannover“ (WfH) formierte sich die Partei um Jens Böning. Böning hatte sich mit der WfH überworfen, nachdem er den Vorsitzenden der türkischen Gemeinde in Niedersachsen und damals frisch gewählten Parteichef der lokalen SPD Alptekin Kirci als „orientalischen Facharbeiter“ bezeichnete und verunglimpfte (vgl. Harbart, 2011b; Schinkel, 2011).

Die Gruppe „Die Hannoveraner“ beschreibt sich selbst als wertkonservativ. Im September 2011 ist sie erstmals zur Kommunalwahl angetreten. Dabei erreichte sie sowohl im Rat der Stadt Hannover (3,3%, 2 Mandate) als auch bei der Regionalversammlung der Region Hannover (2,3%, 2 Mandate) Fraktionsstärke (vgl. Stadt Hannover, 2011). Damals ist die Gruppe nicht zur Wahl der Stadtbezirksräte angetreten. Durch einen Wechsel von Michael Sylvester von der Piratenpartei zu „Die

Hannoveraner“ Anfang 2013, sitzt die Gruppe um Jens Böning allerdings im Bezirksrat Mitte. Hierzu bemerkt Marc Herrmann, Ratsherr der Piraten Hannover Döhren/Wülfel, in einem Pressestatement der Piratenpartei:

„Dass Michael Sylvester Kontakt zu Mitgliedern von die Hannoveraner hat, ist mir seit etwas über einem Jahr bekannt. Mir tun vor allem die Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirks Hannover Mitte leid, die sich mit ihren Stimmen bei der Kommunalwahl 2011 bewusst gegen die rechtspopulistische Partei entschieden hatten. Daher kann ich Michael Sylvester für seine politische Zukunft auch nicht alles Gute wünschen. Denn ich wünsche mir für die Stadt Hannover eine Zukunft ohne Rechtspopulisten und Neonazis.“ (Die Piraten, 2013)

Eine von den Grünen, der FDP, SPD, CDU sowie den Linken verfasste Presseerklärung schlägt in die gleiche Kerbe. So heißt es, dass die Wähler_innen ihre Stimme der Piratenpartei gegeben haben, jedoch nicht beabsichtigten, den rechten Rand zu wählen. Die etablierten Parteien kündigten zudem an, jede Zusammenarbeit mit den Hannoveranern im Bezirksrat abzulehnen, da die Partei rechtspopulistische sowie fremdenfeindliche Positionen bezieht und bekannte Verbindungen ins rechtsextreme Milieu hat (vgl. Die Hannoveraner, 2013a).

Die Wählergemeinschaft „Die Hannoveraner“ machte im Verlauf der Kommunalwahl 2011 von sich reden, da sie mit vagen Parolen wie *Opferschutz vor Täterschutz* und *Integration fördern und fordern* für sich warb (Schinkel, 2011). Jens Böning sieht das Alleinstellungsmerkmal der Gruppe darin, Tabuthemen anzusprechen (vgl. ebd.). Mit dem Wahlerfolg 2011 mehrten sich kritische Stimmen aus dem Lager etablierter demokratischer Parteien. So findet Nils Tilsen (FDP) es unerhört, *dass die rechtsradikale Truppe mehr Stimmen erhält, als eine ehrliche demokratische Partei* (Bohnenkamp, 2011). Auch Stephan Weil, damaliger Oberbürgermeister der Stadt Hannover und jetziger Landesvorsitzender der niedersächsischen SPD, kritisiert „Die Hannoveraner“ stark. So bemerkt Weil nach der Kommunalwahl 2011, dass er *das gute Abschneiden der Hannoveraner bedauere* (ebd.). Viele Wähler hätten zudem nicht gewusst, dass die Gruppe Träger rechtsextremen Gedankengutes ist. Daneben häufen sich Pressemitteilungen, die darauf hinweisen, dass „Die Hannoveraner“ im Zuge der Kommunalwahlen ihre Stimmen und Unterstützer gezielt im rechtsextremen Milieu gesucht haben (vgl. Harbart, 2011a). Darüber hinaus wird auf einer Internetseite namens *Politically Incorrect* (PI) positiv konnotiert über „Die Hannoveraner“ berichtet (vgl. PI-News, 2013a). Ferner finden sich regelmäßig Nachrichten der „Hannoveraner“ auf der Internetseite *www.reconquista-europa.com*. Laut dem niedersächsischen Verfassungsschutz sind beide

Internetseiten deutlich islamkritisch und teilweise klar islamfeindlich. Zudem arbeiten die Internetseiten im Kern mit dem Motiv der Fremdenfeindlichkeit (vgl. Harbart, 2011). Die Seite „Politically Incorrect“ streitet, so ihre Selbstbeschreibung, *gegen die Islamisierung Europas und für Grundgesetz und Menschenrecht* (PI-News, 2013b).

Jens Böning wehrt sich öffentlich gegen diese Vorwürfe. So sei es zwar richtig, dass er und sein Parteikollege Gerhard Wruck den Republikanern angehört haben. Für Böning sind das jedoch *alte Geschichten, die 20 Jahre her sind*. Gleichzeitig bemerkt er, in den letzten Jahren sehr wohl Fehler gemacht zu haben. Dazu gehöre sicherlich auch die Beleidigung von Alptekin Kirci. Böning beteuert, dass er sich nun *seine Hörner abgestoßen* habe und *auch ruhiger geworden* sei (Bohnenkamp, 2011). Im Bezug zu den Veröffentlichungen auf den beiden genannten Internetseiten erwähnt Böning, dass „Die Hannoveraner“ die Veröffentlichung bei „reconquista“ nicht veranlasst habe und sie darüber hinaus ablehne. Dahingegen steht der Parteichef zu den Inseraten der Partei auf der Seite PI. Die Gruppe „Die Hannoveraner“ wisse, dass die PI-Seite nicht unumstritten sei, dennoch halte man sie für *richtig und notwendig* (Hartbart, 2011a).

Interessanterweise finden sich auf der PI-Seite ebenfalls Internetlinks zu der Wählergemeinschaft „Wir für Hannover“. Zudem pflichtet die Partei „Die Freiheit“ Jens Böning bei. So informiert „Die Freiheit“ im November 2011 auf ihrer Internetseite darüber, dass sie mit ihrem Gast Jens Böning über *die aktuelle, verleugnende Pressekampagne gegen die Wählergemeinschaft Die Hannoveraner* gesprochen habe (Die Freiheit, 2011). Ferner heißt es in diesem Internet-Dokument, dass „Die Freiheit“ Niedersachsens und „Die Hannoveraner“ weiterhin zusammen agieren und sich gegenseitig unterstützen wollen.

Ein flüchtiger Blick auf das Wahlprogramm zeigt lediglich auf, dass „Die Hannoveraner“ sich gegen jede Form von Extremismus aussprechen. Und auch auf den Plakaten der „Hannoveraner“ zur Kommunalwahl des Jahres 2011 lassen sich auf den ersten Blick keine rechtspopulistischen Botschaften erkennen.

Abbildung 5: Wahlplakat der Partei „Die Hannoveraner“



Quelle: <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Hannoveraner-werben-ganz-rechts>

Um „Die Hannoveraner“ politisch einordnen zu können, wendet sich die Untersuchung im Folgenden vertiefend dem Parteiprogramm der Kleinstpartei um Jens Böning zu (vgl. Die Hannoveraner, 2013b).

Eine Forderung aus dem Parteiprogramm der Partei „Die Hannoveraner“ ist die Forderung nach einer „mutigen Politik für Hannover“ (ebd.). Unter diesem Themenschwerpunkt entwirft „Die Hannoveraner“ ein Bild, wonach Politiker machen was sie wollen, was in der Konsequenz zu einem völligen Desinteresse der Bürger am Thema der Politik und zur Wahlenthaltung führt. Die Partei „Die Hannoveraner“ möchte diesen Umstand der Politikverdrossenheit ändern. Die Partei verspricht in diesem Zusammenhang, offensichtliche Probleme nicht mehr zu beschönigen. Sie, „Die Hannoveraner“, haben den Mut zur unbequemen Wahrheit und werden in diesem Sinn auch nicht vor einer ideologisch aufgeladenen politischen Korrektheit einknicken. Die Partei wird in der politischen Auseinandersetzung sachlich, aber in der Sache hart vorgehen. Im Gegensatz zu ihren politischen Gegnern wird sie in der politischen Debatte von Beleidigungen oder Diffamierungen absehen. Zur Behebung der Politikverdrossenheit fordert die Partei, dass für die Besetzung von kommunalen Ämtern das Können und nicht das Parteibuch ausschlaggebend sein soll (vgl. ebd.).

Auch wenn die Beschreibung der „Die Hannoveraner“ hinsichtlich des Verhältnisses zwischen etablierten Politiker_innen und Bürger_innen sich in erster Linie durch vage Andeutungen auszeichnet, schafft die Partei es trotzdem, einen gewissen Eindruck entstehen zu lassen. Mit der Formulierung des Problems der Politikverdrossenheit und der dazugehörigen Lösung entwirft die Partei „Die Hannoveraner“ ein Szenario, in dem sich die etablierten Politiker nicht mehr um wesentliche Probleme der Bürger_innen kümmern, sondern sich in ihrem Handeln in erster Linie durch eine ideologische politische Korrektheit leiten lassen. In diesem Sinn hat es den Anschein, dass das Verhältnis zwischen der Politik und den potentiellen Wähler_innen sich durch eine prinzipielle Abgrenzung zwischen den beiden Akteursgruppen auszeichnet. Die Politik handelt nicht mehr im Sinn der Bürger_innen, indem sie einerseits unbequeme Themen und Probleme ausblendet und andererseits Parteien, die sich dieser Themen annehmen möchten, beleidigt und diffamiert. Analog zu der Partei „Die Freiheit“ reduziert auch „Die Hannoveraner“ die politische Realität auf einen Gegensatz zwischen den Bürger_innen und der politischen Führung. Und genau wie „Die Freiheit“ stellt sich „Die Hannoveraner“ in ihrem politischen Programm als Außenseiterin dar, die zwar von den etablierten Parteien unterdrückt wird, jedoch den Kampf mit der politischen Elite für die Bürger_innen aufnimmt. Demnach lässt sich „Die Hannoveraner“ zumindest als populistische Partei einstufen. Im Folgenden wird gezeigt, wie die Partei „Die Hannoveraner“ in ihrem Parteiprogramm weitere gesellschaftliche Realitäten imaginiert und warum sie als rechtspopulistische Partei bezeichnet werden kann.

In ihrem Parteiprogramm greift „Die Hannoveraner“ das Thema Kriminalität auf (vgl. Die Hannoveraner, 2013b). Was „Die Hannoveraner“ dabei genau unter Kriminalität versteht, bleibt dabei unklar. Es fehlt an einer klaren Definition. Im weiteren Verlauf des Parteiprogramms wird das Thema mit der Forderung nach einer „Null-Toleranz-Strategie“ gegenüber Gewalttäter_innen und Intensivtäter_innen, nach Dominanz des Opferschutzes gegenüber dem Täterschutz, sowie einem härteren Vorgehen gegen Diskriminierung, verknüpft. Trotzdem bleiben alle verwendeten Begriffe nahezu inhaltslos und leer. Eine genaue Bestimmung der Begriffe ist für die Zwecke der Partei nicht zwingend notwendig. Vielmehr schließt „Die Hannoveraner“ mit ihren Forderungen an eine aufs Heftigste entzündete und emotional aufgeladene gesellschaftliche Debatte an. Dabei wird von den Bürger_innen zumeist eine deutliche Verschärfung der Gesetze zur nachträglichen Sicherheitsverwahrung verlangt. Konträr dazu warnen Jurist_innen und Wissenschaftler_innen

davor, Gesetze zur Sicherheit und zum Opferschutz zu überdehnen und damit die zentralen Prinzipien eines Rechtsstaates zu unterwandern.

Während sich der gesellschaftliche Diskurs um eine demokratische und auf den Prinzipien des Rechtsstaates beruhende Lösung bemüht, benutzt „Die Hannoveraner“ in perfider Art und Weise die Debatte für ihre Zwecke. Perfide in dem Sinn, dass sie eine generell in der Gesellschaft verankerte Kriminalitätsfurcht, das tatsächliche Leid der Opfer und die Emotionalität der Debatte nutzt, um stereotype und undifferenzierte Realitäten bezüglich anderer Kulturen aufzubauen und zeitgleich versucht mit diesen Realitäten einen politischen Einfluss auf ebenjenen Diskurs zu gewinnen. Perfide ist diese Vorgehensweise auch deshalb, da „Die Hannoveraner“ den Aufbau besagter Feindbilder schleichend und sehr verdeckt gestaltet.

In einem zweiten Schritt fordert die Partei in ihrem Programm ein härteres Vorgehen gegen Diskriminierung. Dazu, so das Parteiprogramm, gehört die Deutscheindlichkeit ebenso wie die Ausländerfeindlichkeit (vgl. ebd.). Hiermit erweckt „Die Hannoveraner“ allerdings den Eindruck, dass Deutsche in gleichem Maße von Diskriminierungsphänomenen und Vorurteilen betroffen sind, wie Menschen anderer Herkünfte. Mit sozialer Realität hat dieses Bild allerdings nicht viel gemein. So zeigen Studien des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in einer europaweiten Befragung, dass 24,4% der Europäer_innen einen zu großen Einfluss der Jüd_innen in ihrem Land annehmen. 54,4 % der Europäer_innen glauben, dass der Islam eine Religion der Intoleranz ist. Fast ein Drittel (31,3 %) der Europäer_innen stimmen eher oder voll und ganz zu, dass es eine „natürliche Hierarchie zwischen Schwarzen und Weißen“ gibt (vgl. Zick/ Küpper, 2009b). Solcherlei Einstellungen und Vorurteile weist das IKG mit der Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch für Deutschland nach. So sind 47% der befragten Menschen in Deutschland der Meinung, dass zu viele Ausländer_innen in Deutschland leben, 29 % stimmen der Aussage „wenn die Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer_innen, wieder in ihre Heimat zurückschicken“ zu. Ferner stimmen 22% der befragten Menschen der Aussage zu, dass Aussiedler_innen, da sie deutscher Abstammung sind, besser gestellt werden sollten als Ausländer_innen (vgl. Heitmeyer, 2012: 38). Zur sogenannten „Deutscheindlichkeit“ liegen indes nur sehr wenige gesicherte Erkenntnisse vor. Bislang stützen sich die Beschreibungen des Problems auf Zeitungsberichte über einzelne Beschimpfungen und Übergriffe. Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersach-

sen gibt Hinweise auf feindliche Handlungen von jugendlichen Migrant_innen gegenüber Deutschen, „weil sie Deutsche sind“ (vgl. Baier et al., 2009). Auf der Einstellungsebene scheint eine Feindlichkeit gegenüber Deutschen dagegen nicht nachweisbar zu sein. Im Gegenteil: Die Frage, ob Deutsche als Nachbar_innen akzeptiert sind, ergibt bei jugendlichen Migrant_innen einen Mittelwert und bei türkischen Jugendlichen eine überdurchschnittliche Befürwortung.

Die oben aufgeführten Ergebnislagen wissenschaftlicher Studien zeigen, dass das von der Partei „Die Hannoveraner“ erwähnte Phänomen der Deutschfeindlichkeit wissenschaftlich nicht nachgewiesen werden kann. Dass sich die Partei weniger für wissenschaftlich abgesicherte Fakten und andere Anliegen interessiert zeigt sich im Folgenden. Indem „Die Hannoveraner“ die Deutschfeindlichkeit mit der Fremdenfeindlichkeit gleichsetzt, relativiert sie die Diskriminierung von Menschen, die eine andere Herkunft als die deutsche haben. Der trügerische Vorgang des Ab- und Aufwertens wird im Verlauf des Parteiprogramms um ein weiteres Täuschungsmanöver ergänzt. So setzt „Die Hannoveraner“ die Fremdenfeindlichkeit in ihrer Bedeutung als gesellschaftliches Problem nicht nur herab, sondern blendet feindliche Handlungen gegenüber Menschen mit einem nichtdeutschen Herkunftshintergrund vollkommen aus. Stattdessen lenkt sie den Blick auf kulturell oder religiös motivierte Straftaten und fordert ein konsequentes Vorgehen u.a. gegen Genitalverstümmelung und Zwangsehen – Straftaten gegen Frauen die vorwiegend in muslimisch geprägten Staaten im Norden Afrikas, in Kurdistan, im Oman, im Iran, in Malaysia und Indonesien oder bei denen die Opfer aus stark religiösen Familien stammen praktiziert werden.⁹

⁹ Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sind weltweit etwa 150 Millionen Frauen und Mädchen davon betroffen. Genitalverstümmelung wird vorwiegend in muslimisch geprägten Regionen Afrikas und in geringerem Ausmaß auch in Asien und im Nahen Osten praktiziert (vgl. Conrad, 2013; Wettig, 2013). Die Studie der Hamburger Lawaetz-Stiftung, die vom Bundesministerium in Auftrag gegeben wurde, zeigt ferner, dass fast zwei Drittel der Opfer von Zwangsehen (59,4%) aus stark religiösen Familien stammen (vgl. Mirbach, 2011: 34).

Im Jahr 2007 hat die Bundesregierung einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verabschiedet, der mehr als 130 Maßnahmen gegen jegliche Form von Übergriffen – häusliche und sexuelle Gewalt, Stalking, Frauenhandel, Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung – festschreibt (vgl. BMFSFJ, 2013). Im Mai 2013 beschließt die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf, wonach Genitalverstümmelung nicht mehr als Körperverletzung, sondern als eigener Strafbestand gilt, der eine Haftstrafe zwischen einem und 15 Jahren vorsieht. Der Entwurf soll noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden. Die Opposition kritisiert die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als unzureichend und fordert Gesetzesänderungen zum Schutz der Opfer. Und auch der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ahndung von Genitalverstümmelungen wird kritisiert.

Das Beunruhigende an dem Parteiprogramm sind neben einem schleichenden Kleinreden und Ausblenden sozialer Wirklichkeiten die versteckten Andeutungen sowie die im Ungefähren verbleibenden Ausführungen. Diese führen letztlich zu einer sich nahezu unmerklich vollziehenden Zurechnung der Straftaten gegen Frauen auf Muslime beziehungsweise den Islam. Tatsächlich ist Zwangsheirat jedoch ein Thema, das in traditionell strukturierten Gesellschaften, egal, welcher Religion oder Kultur, vorkommt (vgl. Benz, 2012: 59). Ferner führt „Die Hannoveraner“ in ihrem Programm, sozusagen unter der Hand, eine Verengung des Kulturbegriffs mit sich. Demnach verkürzt die Partei den Kulturbegriff auf Religion. Hiermit wird es ihr überhaupt erst möglich, verabscheuungswürdige archaische Gebräuche einer regionalen Kultur wie die Beschneidung von Frauen in Afrika als zwingende Gebote der islamischen Religion erscheinen zu lassen. Fakt ist allerdings, dass die islamische Religion die Verstümmelung von Frauen nicht vorschreibt (ebd.). Die Partei „Die Hannoveraner“ benötigt jedoch dieses klischeehafte Bild des Islams, um den Eindruck zu erwecken, dass das von ihr thematisierte Problem der Kriminalität hauptsächlich auf Straftaten beruht, die in der muslimischen Kultur und Religion fest verankert sind.

Diese Vorgehensweise der Verknüpfung, Reduktion, Ausblendung und Andeutung wird auch im weiteren Verlauf des Parteiprogramms verwendet und führt im Resultat zur Verfestigung des imaginierten stereotypischen Feindbilds des Islams und Migrant_innen als Projektionsfläche für die Ängste der Bürger_innen im Zusammenhang mit realen Problemlagen und gesellschaftspolitischen Defiziten. So widmet sich „Die Hannoveraner“ dem Kampf gegen Extremismus. Im Parteiprogramm fordert sie die verantwortliche Politik und Justiz im Kampf gegen den Extremismus und seine fanatischen Anhänger zur einer „Null-Toleranz-Strategie“ auf. In diesem Zusammenhang spricht „Die Hannoveraner“ sich gegen Islamismus, Links- und Rechtsextremismus aus.

Es ist zwar richtig und wichtig, dass eine wehrhafte Demokratie sich gegen Bedrohungen des Verfassungsstaates schützen muss. Sie ist darauf angewiesen, das Gefahrenpotential demokratiefeindlicher Bestrebungen zu erkennen. Dazu braucht es aber in erster Linie Analysekatégorien und Begrifflichkeiten, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden können (vgl. hierzu auch Neugebauer, 2010). Davon kann allerdings im hier untersuchten Parteipro-

So fordert Terre des Femmes, dass Genitalverstümmelungen in den Katalog der Auslandstraftaten aufgenommen werden (vgl. Der Spiegel, 2013).

gramm nicht die Rede sein. Der Partei genügt es, verschiedene Formen des politischen Extremismus aufzuzählen und dann ihre Perspektive auf den Islamismus zu verengen. In ihrem politischen Programm stellt „Die Hannoveraner“ im Zusammenhang mit dem gesellschaftspolitischen Extremismuskurs dann auch nur zwei Forderungen. Erstens sollte Ausländer_innen, die sich extremistischen Organisationen anschließen, die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden. Zweitens sollten islamistische Vereine und Organisationen konsequent verboten werden. Mit diesen Forderungen erfolgt eine Ausblendung und Reduktion der sozialen Realität im doppelten Sinn. Zum einen die Zuschneidung des Extremismus als ein Problem, das praktisch hauptsächlich mit islamischen Migrant_innen zusammenhängt. Zum anderen die Irreführung, dass Islamismus die einzige und nicht nur eine mögliche Lesart des Islams darstellt. Mit diesem oberflächlichen Lösungsangebot täuscht die Partei eine Bekämpfung organisierter Aktivitäten, durch die die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigt respektive in ihrer Form beeinträchtigt werden soll, jedoch lediglich vor. Problematisch dabei ist, dass sie mit ihrer Unschärfe, ihren Andeutungen und Ausblendungen einen unter demokratischen Vorzeichen ablaufenden gesellschaftlichen Diskurs untergräbt. In dieser notwendigen gesellschaftlichen Debatte geht es darum, ein Verständnis über die Grundrechte und basalen Notwendigkeiten eines friedlichen Zusammenlebens von Menschen verschiedener Herkünfte und sozialer Hintergründe, unterschiedlicher sexueller Orientierung und Präferenzen der Lebensführung herzustellen. Statt diesem Diskurs konstruktiv beizupflichten, wendet sich „Die Hannoveraner“ gegen das Zusammenspiel zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteur_innen zur Begegnung extremistischer Einstellungen und unterwandert so die Stärkung der Demokratie.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass „Die Hannoveraner“ in ihrem Parteiprogramm ein verhängnisvolles Blendwerk angefertigt hat. Verhängnisvoll, da sie vorgibt, konstruktiv an einer gesellschaftlichen Debatte, im Kontext einer wehrhaften Demokratie, teilzunehmen. Dieser Diskurs wird jedoch lediglich parasitär genutzt, um das stereotype Feindbild der Muslim_innen beziehungsweise des Islams herzustellen und damit im gleichen Atemzug die Debatte für rechtspopulistische Ziele zu beeinflussen.

Doch auch wenn „Die Hannoveraner“ auf Textebene den Islam beziehungsweise die Muslime als wesentliches Moment der Kriminalitätsentwicklung identifiziert und zudem das gesellschaftliche Problem des politischen Extremismus vollkommen auf den Islamismus (oder ist hier dann doch

der Islam insgesamt gemeint?) zurechnet, ist das von der Partei entworfene Feindbild noch nicht gänzlich fertiggestellt. Zur Vollendung ihres Blendwerkes greift „Die Hannoveraner“ in ihrem Parteiprogramm auf die Thesen von Thilo Sarrazin zurück (vgl. Die Hannoveraner, 2013b).

Sarrazin trägt in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ drei Hauptargumente vor. Vor dem Hintergrund eines völkischen Staats- und Gesellschaftsverständnisses problematisiert er den Rückgang der Geburtenrate autochthoner Deutscher, da so nicht genügend Kinder zur Bestandserhaltung geboren werden. Zweitens bekommen die Angehörigen der Intelligenz zu wenig und das Prekariat zu viele Kinder. Dies, so die Argumentationslogik, führt wiederum zu einer Gefährdung der Humankapitalausstattung Deutschlands. Diese Situation wird drittens durch die Zuwanderung von Unqualifizierten verschärft (vgl. Sarrazin, 2010). Spätestens an dieser Stelle wird Sarrazins Buch auch für Rechtspopulisten interessant. Auf der Tatsache aufbauend, dass viele Migrant_innen sich zu dem Islam bekennen, zieht Sarrazin zwar fehlerhafte, jedoch ins rechtspopulistische Bild passende Schlüsse. Sarrazin baut seine Argumentation, seine Thesen und Schlussfolgerungen unter Berufung auf Statistiken auf. Er kommt zu dem Schluss, dass die mangelnde Qualifikation bei Muslim_innen wesensimmanent ist. Zudem geht Sarrazin davon aus, dass die von ihm identifizierte Rückständigkeit, Integrations- und Bildungsverweigerung von Migrant_innen milieuunabhängige Konstanten sind und somit als wesentliche Merkmale einer Ethnie zu verstehen sind (vgl. Sarrazin, 2010). Mit der Ethnisierung des von Sarrazin beobachteten Problems gewinnt er für Menschen, die Ressentiments gegen den Islam haben und zudem die Muslim_innen als eine auf Religion und Kultur reduzierte Bevölkerungsgruppe wahrnehmen, wesentlich an Bedeutung (vgl. Benz, 2012: 93, vgl. Bühl, 2010:149). Und das obwohl seine Ergebnisse aus einer wissenschaftlichen Perspektive betrachtet als unvalid einzustufen sind (vgl. hierzu auch Bühl, 2010: 146ff.).

Eine Forschungsgruppe an der Humboldt-Universität attestiert Sarrazin, dass ihm bei der Quellenlektüre Fehler unterlaufen sind und er das verwendete statistische Material zu Gunsten seiner Thesen formt und verbiegt (vgl. Foroutan, 2010). Ungeachtet dieser Tatsache nutzen fremdenfeindliche Rechtsextremist_innen und Rechtspopulist_innen die unzuverlässigen Aussagen, um in der Öffentlichkeit ihre völkisch geprägte Gesellschaftsvorstellung sowie ihre Feindbilder von Migrant_innen zu verfestigen und zu verteidigen. Die Kleinstpartei „Die Hannoveraner“ bildet hier keine Ausnahme. Auch sie ignoriert, dass Sarrazins Aussagen auf Statistiken beruhen, die

nicht die Realität widerspiegeln und dass die von ihm angewandten Untersuchungsmethoden nicht dem Stand der Wissenschaft entsprechen. Stattdessen fordern sie in ihrem Parteiprogramm eine mutigere Integrationspolitik, die offensichtliche Probleme nicht länger ignoriert oder beschönigt und die Beherzigung der warnenden Worte Sarrazins (vgl. Die Hannoveraner, 2013b). Hiermit aktiviert und verstärkt „Die Hannoveraner“, ebenso wie Sarrazin zuvor, ein verbreitetes Unbehagen der Bürger_innen gegenüber einer durch Migration veränderten Lebenswelt. Die Partei „Die Hannoveraner“ täuscht mit ihren verkürzten und nicht zu der komplexen sozialen Realität in Bezug stehenden Forderungen jedoch lediglich vor, die Antworten auf die Ängste der Bürger_innen zu kennen. Beim genaueren Hinsehen zeigt sich schnell, dass die Leistung der Partei in erster Linie darin besteht, islamische Migrant_innen und insbesondere die ihnen zugeschriebenen negativen kulturellen Praktiken anzugreifen. Die Partei kanalisiert die, von ihr zum Teil selbst hervorgebrachten, Ängste der Bürger_innen vor kultureller Überfremdung und lenkt sie auf ein von ihr selbsterschaffenes und klischeehaftes Feindbild muslimischer Migrant_innen.

So fordert die Partei „Die Hannoveraner“ die sachlich formulierte Kritik an dem Islam oder am Verhalten von bestimmten Migrant_innengruppen nicht länger zu tabuisieren und zu ächten, eine Deutschpflicht auf Schulhöfen und in Freizeiteinrichtungen, die Streichung von Geldern nachweislich fruchtloser Integrationsprojekte, ein Burkaverbot in öffentlichen Einrichtungen, die Ablehnung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer sowie die Integration von Zuwander_innen (vgl. Die Hannoveraner, 2013b). Diese undifferenzierten und vagen Forderungen runden das, im Parteiprogramm der „Die Hannoveraner“ schrittweise aufgebaute, Feindbild ab. In den ersten beiden Schritten erklärt die Partei die Islamisierung – womit sie gleichzeitig auch den Islam und prinzipiell die Gruppe der „Ausländer_innen“ meint – als Grundproblem der Kriminalität und des politischen Extremismus. Mit den, vor dem Hintergrund der Grundannahmen Sarrazins, formulierten Forderungen ergänzt sie ihr stereotypes Feindbild um Bildungsdefizite, mangelhafte Sprachkompetenz, fehlendes Sozialverhalten und Integrationsunfähigkeit und -unlust; was in der Konsequenz zur Ausbildung von Parallelgesellschaften führt.

Genau wie in den vorherigen Schritten zum Feindbildaufbau wird auch in diesem letzten Schritt mittels Reduktion, Ausblendung, Andeutung, Täuschung und Faktenignoranz eine nicht im Verhältnis zur sozialen Realität stehende Fiktion geschaffen. So negiert „Die Hannoveraner“ in ihrem letzten Schritt wesentliche Ergebnisse der Migrationsforschung. Diese Ergebnislagen zeigen deut-

lich auf, dass Parallelgesellschaften keine statischen Gebilde sind. Sie sind vielmehr als Übergangsphänomene zu verstehen (vgl. Benz, 2012: 112). Demnach kann auch nicht von einer feindlichen Abgrenzung der Minderheit von einer Mehrheit die Rede sein. Zudem hängt, und das blenden rechtspopulistische Parteien besonders hartnäckig aus, die Dauer der jeweiligen Parallelgesellschaft auch von den Integrationsangeboten und -möglichkeiten des Einwanderungslandes ab. So brachte die Transformation einer güterproduzierenden Gesellschaft zu einer Wissens-, Informations-, und Dienstleistungsgesellschaft in den letzten Dekaden eine Reduktion gering qualifizierter Arbeitsplätze mit sich. Aufgrund ihrer zumeist geringeren Qualifikation beziehungsweise der nicht oder nur eingeschränkten Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse sind von dieser Entwicklung vor allem Arbeitsmigrant_innen betroffen (vgl. Bell, 2004: 21; Friedrichs/ Blasius, 2001: 50; Heitmeyer, 2007: 174). Darüber hinaus ergeben sich Integrationshürden aus dem Umstand, dass Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund des oftmals nicht gewährten Wahlrechts politisch nur unzureichend repräsentiert sind, was durch die zumeist mangelhafte Präsenz von Politik in benachteiligten Stadtquartieren nochmals deutlich verstärkt wird (vgl. Heitmeyer 2007: 174). Beide Desintegrationsfaktoren können zum Rückzug in eine Parallelgesellschaft respektive in homogene Netzwerke und so zur Verstärkung der Ausgrenzung führen. So zeigen Marth und van de Wetering in ihrer Analyse von ethnischen Konstellationen in benachteiligten Sozialräumen auf, dass die nicht-deutsche Bevölkerung in benachteiligten Stadtvierteln signifikant stärker von fehlenden Anerkennungs- und Unterstützungspotentialen betroffen ist als deutsche Viertelbewohner (vgl. Marth/ van de Wetering, 2012: 121ff).

Wie mehrfach aufgezeigt, sind nach dem Stand der Wissenschaft durchgeführte Studien, die auf einen Erkenntnisgewinn und nicht auf die Bestätigung vorher festgelegter Wunschergebnisse abzielen, bei der Partei „Die Hannoveraner“ weniger beliebt. Sie bemüht sich lediglich darum, an gesellschaftlichen Debatten, die zumeist emotional aufgeladen und von Ängsten gekennzeichnet sind, anzuschließen. Die Partei beteuert in ihrem Programm immer wieder ihre Treue zum Grundgesetz, wendet sich jedoch im Endeffekt gegen die Konfliktlösungsmodi einer liberalen Verhandlungsdemokratie. Sie formuliert keine Lösungen, die Probleme moderner Demokratien beheben könnten. Vielmehr unterminiert sie demokratische Aushandlungen zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen, indem sie lediglich versucht, neue Ängste zu generieren und schon vorhandene Vorurteile zu verstärken. Sie stemmt sich in dem Sinn gegen die Formulie-

rung demokratischer Lösungen, indem sie eine fiktionale Scheinrealität schafft, die einen grundsätzlichen ethnischen aber vor allem religiös-kulturellen Antagonismus zwischen einer zugewanderten islamischen Minderheit und der deutschen Mehrheit suggeriert. So heißt es dann auch im Parteiprogramm, dass „Die Hannoveraner“ sich für den Erhalt unserer christlich abendländischen Kultur als Grundlage aller westlichen Werte und unserer freiheitlichen Grundordnung einsetzt. Realiter ist die Vorstellung zementierter Parallelgesellschaften und die Bedrohung der christlich abendländischen Kultur durch religiös-kulturelle islamische Praktiken jedoch ein islamophobes Konstrukt.

2.2.2 Zwischenfazit

Die Untersuchung der rechtspopulistischen Parteien in Niedersachsen und Bremen wurde von den Fragen angeleitet, welche Themen besagte politische Gruppen auf die öffentliche Agenda heben, welches Gesellschafts- und Menschenbild sie anfertigen und welche Folgen und Gefahren sich aus rechtspopulistischen Realitätskonstruktionen ergeben. Zur Beantwortung dieser Fragestellungen wurden bislang verschiedene mediale Quellen und Parteiprogramme von den niedersächsischen rechtspopulistischen Kleinstparteien „Die Freiheit“ und „Die Hannoveraner“ herangezogen.

Die Analyse zeigt auf, dass die untersuchten Parteien viele gemeinsame Berührungspunkte und Schnittmengen besitzen. So verwenden beide Parteien sowohl eine vertikale Abgrenzung zwischen dem deutschen Volk und den etablierten politischen Parteien als auch eine horizontale Abgrenzung zwischen dem deutschen Volk und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen als Gerüst für ihre sozial-politischen Realitäten. Beide Parteien stellen sich in ihren Selbstbeschreibungen als „Sprachrohr des Volkes“ dar und wollen sich gegen die etablierten politischen Parteien und für den „Volkswillen“ einsetzen. Ergänzend hierzu klagen beide Parteien an, dass bestimmte gesellschaftliche Minderheiten unberechtigt und unverdient von dem politischen Establishment bevorzugt werden. Sowohl „Die Freiheit“ als auch „Die Hannoveraner“ versuchen an aktuelle gesellschaftspolitische Konflikt- und Problemfelder anzuschließen und einen Einfluss auf den jeweiligen Diskurs zu gewinnen. In diesem Zusammenhang lassen sich auch auf der kommunikativ-strategischen Ebene viele Gemeinsamkeiten ausmachen.

Die untersuchten Parteien versuchen, in aktuellen gesellschaftspolitischen Konfliktfeldern und Debatten Ängste und Unsicherheiten zu aktivieren respektive zu verstärken. Hierzu werden in stark komplexitätsreduzierender Art und Weise soziale, politische und ökonomische Problemkonstellationen personifiziert, indem angeblich für diese Probleme verantwortliche gesellschaftliche Gruppen angeklagt werden. Sie entwerfen bestimmte stereotype Feindbilder, womit es ihnen möglich wird, simple und auf den ersten Blick als demokratisch erscheinende Lösungen anzubieten und durch klare Schuldzuschreibungen Orientierungsmöglichkeiten bereitzustellen. Beide Parteien zeichnen sich dadurch aus, dass sie politische Debatten sehr emotional und polemisch austragen, dabei auf Beschimpfungen zurückgreifen und versuchen, an bereits existierende oder von ihnen selbst geschürte Ängste und Ressentiments gegen bestimmte gesellschaftliche Minderheiten der Bürger_innen anzuknüpfen. In der Öffentlichkeit stellen sich sowohl „Die Freiheit“ als auch „Die Hannoveraner“ als Partei dar, die auch „unbequeme“ Themen anspricht. Beide nutzen die Reaktionsstrategien der demokratischen Parteien und der Medien, um Tabubrüche zu inszenieren und sich als Opfer darzustellen, dem von den etablierten Parteien auf undemokratische Art und Weise der Mund verboten wird.

Die Analyse bringt neben den Gemeinsamkeiten ebenfalls wesentliche Unterschiede hervor. Diese Unterschiede finden sich in den jeweiligen Problemfeldern, in denen sich die Parteien betätigen. So versucht „Die Hannoveraner“ sozusagen in einem demokratischen Gewand einen kultur-religiös verklauulierten Rassismus in die Debatte über Kriminalitätsentwicklung und -schutz zu tragen. Dies mit dem Ziel, die vorhandenen Ängste der Opferwerdung von Kriminalität und tatsächliche Opfererfahrungen für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Durch überzogene Simplifizierungen, Ausblendungen, das Kleinreden sozialer Realitäten sowie durch versteckte Andeutungen und vage Ausführungen erstellt „Die Hannoveraner“ ein Feindbild des Islams. Auf das Feindbild Islam können besagte Unsicherheiten und Ängste projiziert beziehungsweise der Islam kann für die wahrgenommenen Probleme verantwortlich gemacht werden. Das von ihr erstellte Feindbild bringt sie ebenfalls in dem gesellschaftspolitischen Problemfeld des politischen Extremismus und in der gesellschaftlich geführten Integrationsdebatte in Stellung. Die Partei versucht mit der unterkomplexen Projektionsfläche des Feindbildes einen Einfluss auf die jeweiligen Diskurse zu gewinnen. Dazu verknüpft sie in einer perfiden Art und Weise reale Problemlagen und gesellschaftspolitische Defizite mit Handlungsoptionen, die auf einem völkisch geprägten

Gesellschaftsverständnis sowie einem ethnisch-kultur-religiös verschlüsselten Rassismus aufrufen. Hiermit unterminiert sie die Konfliktlösungsmodi von Verhandlungsdemokratien und wendet sich zugleich gegen das interkulturelle friedliche Miteinander.

Die Partei „Die Freiheit“ verfährt in recht ähnlicher Weise wie „Die Hannoveraner“. So schließt sie zunächst an die Debatten um Integrationsdefizite an und verknüpft die dort verhandelten Problemlagen mit ethnisch-kulturellen Untergangsszenarien („Die Identität des deutschen Volkes ist gefährdet“). Ebenso wie „Die Hannoveraner“ versucht „Die Freiheit“ sozusagen als Trojaner einen völkisch basierten antimuslimischen Rassismus (Islam = Eroberung = Unterwanderung = Überfremdung = Zersetzung) in die Integrationsdebatte zu tragen und damit demokratische Verhandlungs- und Kommunikationsmuster zu unterwandern und zugleich gegen eine multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft zu mobilisieren (vgl. hierzu auch Häußler, 2011). Ebenso wie „Die Hannoveraner“ bedient „Die Freiheit“ mit ihren rechtspopulistischen Aussprüchen sowie unterkomplexen Problem- und simplifizierten Lösungsformulierungen mehrere gesellschaftspolitische Problemfelder. Genau hier liegt jedoch der wesentliche Unterschied. Während „Die Hannoveraner“ das jeweilige Problemfeld mit dem Islam als simple Feindbildprojektion politisch besetzt und an Ressentiments der politischen Mitte anzuknüpfen versucht, stellt „Die Freiheit“ für die von ihr jeweils fokussierte demokratische Debatte ein spezifisches Feindbild her. Sie besetzt das Problemfeld des demografischen Wandels mit Feindbildern von Lesben und Schwulen. Diesem Feindbild wird von der Partei eine wesentliche Rolle in ihrem völkisch geprägten Untergangsszenario „Die Deutschen sterben aus!“ zugesprochen. In ähnlicher Art und Weise verfährt sie im Zusammenhang mit einer sozialökonomisch geführten Debatte um die Stabilität der Sozialsysteme. Hier bringt sie die Feindfigur der Hartz-IV-Empfänger_innen als rechts-populistisches Kalkül ins Spiel. Sie bedient sich der Angst vor einem sozialen Abstieg in einer zunehmend durchökonomisierten sozialen Lebenswelt. Sie will die bereits bestehenden Ressentiments der Bevölkerung, dass Menschen, die auf Hartz-IV angewiesen sind die Entwicklung der nationalen Ökonomie hemmen, nutzen, um ihre undemokratischen Forderungen als demokratische Lösungen für gesellschaftspolitische Konflikte erscheinen zu lassen.

Das politische Programm der Partei „Die Hannoveraner“ kennzeichnet sich durch einen muslimfeindlichen Populismus. Dieser zeichnet sich durch die Parole „Abendland gegen Morgenland“ aus. Mit dem Aufbau und der öffentlichen Kommunikation ihres Feindbildes des Islams bezie-

ungsweise der Bevölkerungsgruppe der Migrant_innen täuscht sie vor, verschiedene gesellschaftliche Herausforderungen sozusagen auf einen Streich lösen zu können. Das Programm der Partei „Die Freiheit“ charakterisiert sich ebenfalls durch einen muslimfeindlichen Populismus, der den Schlachtruf „Freiheit statt Islam“ in demokratischen Debatten als Problemlösung propagiert. Daneben konstruiert sie aber auch ein Repertoire an weiteren Feindbildern, die sie explizit für das jeweilig von ihr anvisierte gesellschaftliche Diskursfeld als Lösungsvortäuschung bereithält.

Neben den diskutierten Kleinstparteien „Die Freiheit“ und „Die Hannoveraner“ wurden insgesamt noch fünf weitere rechtspopulistische Gruppierungen, die in Niedersachsen und Bremen agieren, untersucht. Ein Vergleich der Kommunikationsmuster sowie der Herstellungspraktiken der Feindbildkonstruktion der beiden schon diskutierten – „Die Hannoveraner“ und „Die Freiheit“ – und die der verbleibenden fünf rechtspopulistischen Parteien zeigte keine wesentlichen Unterschiede auf. Das bedeutet, dass alle hier untersuchten Parteien nicht nur ein nahezu identisches Gesellschafts- und Menschenbild vertreten, sondern sich zudem sehr stark hinsichtlich ihrer Kernthemen- und Kardinalproblemfelder ähneln. Demnach erscheint für die weitere Analyse der noch verbleibenden fünf rechtspopulistischen Parteien in Niedersachsen die Einnahme einer anderen Perspektive als der bisherigen als gewinnbringender. Diese neue Untersuchungsperspektive nimmt die von rechtspopulistischen Parteien besetzten Kernthemen und Problemfelder stärker in den Blick. Dabei steht die Frage im Vordergrund, welchen Einfluss die Politisierung vermeintlich kultureller Konflikte durch etablierte politische Parteien auf die Themen- und Problemfeldwahl rechtspopulistischer Parteien in Niedersachsen ausübt. In diesem Zusammenhang interessiert ebenfalls, in welchem Verhältnis die thematische Ausrichtung der rechtspopulistischen Parteien und die Emotionalisierung respektive Dramatisierung politischer Sachverhalte durch die Mainstream-Medien stehen. Zudem wird die Untersuchung durch die Frage angeleitet, welche Konsequenzen die politische Verortung des Rechtspopulismus zwischen bürgerlichen Parteien und Wahlgruppierungen der extremen Rechten für sein Mobilisierungspotential hat.

Zur Klärung der aufgeworfenen Fragen erfolgt zunächst ein Überblick der Themen- und Problemfelder der noch verbleibenden fünf Parteien. Im Anschluss erfolgt die Diskussion der aufgeworfenen Fragen vor dem Hintergrund der Themen- und Problemfelder der rechtspopulistischen Parteien in Niedersachsen und Bremen.

2.2.3 Weitere Skizzen rechtspopulistischer Vereinigungen und Gruppen

a) Bürgerbewegung Pax Europa – Landesverband Nord

Abbildung 6: Logo der „Bürgerbewegung Pax Europa“



Quelle: <http://www.paxeuropa.de>

Der sich als Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) bezeichnende rechtspopulistische Verein gründete sich im Jahr 2008. Die Vereinsgründung ist das Ergebnis einer Fusion des im Jahr 2007 von Udo Ulfkotte gegründeten Vereins Pax Europa mit dem 2003 gegründeten Bundesverband der Bürgerbewegung e.V. (BDB). Anfang Dezember 2008 verlässt Ulfkotte den Verein aufgrund dessen „zunehmend extremistischen Kurses“ sowie der Verbreitung, so der Vereinsgründer, rassistischer und volkverhetzender Bilder im Stürmer-Stil (vgl. Stoldt, 2008).

Ebenso wie „Die Freiheit“ und „Die Hannoveraner“ steht der Verein Pax Europa der Internetseite Politically Incorrect ideologisch nahe und nutzt den Blog als Kommunikationskanal (vgl. PI-News, 2013b). Ferner bestehen auf Bundesebene enge Verbindungen zwischen dem Verein und der Partei „Die Freiheit“. So ist nicht nur der Vorsitzende der Partei „Die Freiheit“ René Stadtkewitz prominentes Mitglied des Vereins, sondern auch auf der Internetseite des Landesverbandes Niedersachsen der Partei „Die Freiheit“ finden sich Hinweise einer engen Kooperation und Vernetzung zwischen den erwähnten politisch motivierten Gruppierungen. Außerdem ist auf dieser Internetseite die Anfang Februar 2013 von Geert Wilders gehaltene Rede in Bonn abgedruckt. In der Wilders seinen Dank an Pax Europa und an das Team der PI-Webseite ausspricht, die beide den niederländischen Rechtspopulist_innen die Möglichkeit eingeräumt haben, in

Deutschland zu sprechen und sich zudem im Kampf der Befreiung muslimischer Frauen aus der islamischen Unterdrückung verdient gemacht haben (vgl. PI-News, 2013c).

Laut den Grundsätzen des Vereins ist die BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA e.V. eine gemeinnützige privatrechtliche Körperschaft und Menschenrechtsorganisation. In den Grundsätzen des Vereins wird darauf hingewiesen, dass der Verein Mitglied der Liste der eingetragenen Verbände des deutschen Bundestages und als Nicht-Regierungsorganisation anerkannt ist. Zudem wird darauf verwiesen, dass der Verein BPE an Konferenzen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) teilnimmt (vgl. Pax-Europa, 2013b). In den Grundsätzen finden sich ebenfalls Textpassagen, die über die Ziele des Vereins eine Auskunft geben:

Unser Ziel ist die Bewahrung des freiheitlichen demokratischen und säkularen Rechtsstaates und der europäischen Kultur auf der Grundlage der christlich-jüdischen Tradition sowie der Werte der Aufklärung.

Der Verein will die Öffentlichkeit über die Gefahren einer europaweiten, politisch begünstigten Islamisierung aufklären, welche die freiheitliche demokratische Grundordnung in Frage stellt und bedroht (Pax-Europa, 2013a).

Ein vertiefender Blick auf das Grundsatzprogramm zeigt, dass der Verein in nahezu identischer Art und Weise wie „Die Freiheit“ und „Die Hannoveraner“ ein Feindbild über muslimische Migrant_innen erstellt. So reduziert der Verein BPE den Islam auf eine schleichende Islamisierung, die Gesellschaftsstrukturen von innen heraus durch Einflussnahme zersetzt und zerstört. Laut dem Verein BPE zeigt sich die Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der Existenz islamisch geprägter Parallel- und Gegengesellschaften und dem aggressiven Einfordern von Sonderrechte für Moslems in Deutschland (vgl. Pax-Europa, 2013c).

Auch die Argumentationslogik des Vereins BPE weist deutliche Parallelen zu denen der schon besprochen rechtspopulistischen Parteien auf. So entwirft der Verein BPE durch Faktenausblendungen, Realitätsreduktionen und Simplifizierung ein ethnisch-kulturelles Untergangsszenario und imaginiert sich auf der Grundlage eines antimuslimischen Rassismus eine Realität, in der der Islam gleichgesetzt wird mit Eroberung, Unterwanderung, Überfremdung und Zersetzung der Errungenschaften der abendländischen Kultur. Und genau wie „Die Freiheit“ und „Die Hannoveraner“ findet der Verein BPE die Verantwortlichen für den von ihr entworfenen Islamisierungsprozess in der Politik der etablierten Parteien. Dessen willfährige und in höchstem Maße

unver-antwortliche und fahrlässige Politik, so die Forderung des Vereins BPE, muss sofort beendet werden (vgl. Pax-Europa, 2013, c)

Das Grundsatzprogramm des Vereins BPE charakterisiert sich durch einen muslimfeindlichen Populismus, der sich durch die Parole „Abendland gegen Morgenland“ auszeichnet. Der Verein entwirft seine gesellschaftliche Realität vor dem Hintergrund einer doppelten Gegenpositionierung, die sich sowohl gegen den Islam, muslimische Migrant_innen und Vertreter_innen einer multikulturellen Gesellschaft als auch gegen die Vertreter_innen der etablierten politischen Parteien wendet. Der Verein schafft ein Feindbild des Islam beziehungsweise der muslimischen Migrant_innen, um damit Ängste der Bürger_innen vor einer kulturellen Überfremdung zu schüren und zu bündeln. Ebenso wie die schon diskutierten Parteien „Die Freiheit“ und „Die Hannoveraner“ unterwandert der Verein BPE demokratische Verhandlungs- und Kommunikationsmuster und mobilisiert zugleich gegen eine multikulturell verfasste Einwanderergesellschaft respektive gegen ein vielfältiges Europa.

b) Bürgerbewegung pro Deutschland

Abbildung 7: Logo der „Bürgerbewegung pro Deutschland“



Quelle: <http://www.pro-deutschland-online.de>

Die sich selbst als Bürgerbewegung bezeichnende Kleinpartei pro Deutschland gründete sich Ende Januar 2005 in Köln. Als Bundesvorsitzender amtiert der proKöln-Schatzmeister und ehemalige Kandidat der rechtsextremen Parteien DLVH und NPD Manfred Rouhs (vgl. Hohl, 2013; pro Deutschland, 2013a). In Niedersachsen existieren zwei Ableger der Kleinpartei auf Kreisebene. Der Kreisverband Hildesheim gründete sich im Juni 2012. Als Kreisvorsitzender fungierte das ehemalige Mitglied der Republikaner Jorg Böttcher. Schon Ende September 2012 tritt Böttcher

sowohl als Kreisvorsitzender des Kreisverbandes als auch aus dem Bundesvorstand der Bürgerbewegung pro Deutschland zurück. An seiner Stelle führt Michael Meyer die Geschäfte als Kreisvorsitzender weiter (vgl. pro Deutschland, 2012a). Am 16. Dezember wurde in Hannover der Kreisverband Region Hannover gegründet (vgl. pro Deutschland, 2012b). Die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ stellt für die Oberbürgermeisterwahl in Hildesheim im September 2013 den Kandidaten Andreas Tute auf. Andreas Tute hat die nötige Zahl von 230 gültigen Stimmen bei der Stadt eingereicht. Er ist auch auf der Landesliste der Bewegung für die Bundestagswahl (vgl. pro Deutschland, 2013b).

Abbildung 8: Logo der „Bürgerbewegung pro Deutschland – Niedersachsen“



Quelle: <https://www.facebook.com/proDeutschlandNDS>

Seit Anfang 2013 veranstaltet die Kleinpartei „Bürgerbewegung pro Deutschland“ in Peine, Hannover, Sarstedt, Hildesheim (Drispenstedt, Ochtersum und Nordstadt) und Bremen Infostände, verteilt Zeitungen und Petitionskarten, um Unterstützungsunterschriften für den Wahlantritt zur Bundestagswahl und die Aufstellung des OB-Kandidaten Andreas Tute zu sammeln (vgl. pro Deutschland, 2013c). Bundesweit sammelte die Kleinpartei genug Unterschriften, um auf 13 Landeslisten kandidieren zu können (nicht in Hamburg, Schleswig-Holstein und Thüringen) (vgl. Lpb, 2013). Bei seinen Aktionen in Niedersachsen und Bremen erhält der Kreisverband Hildesheim Unterstützung von dem ehemaligen DVU-Mitglied und momentanen Landesvorsitzenden von pro Berlin, Lars Seidensticker (vgl. pro Deutschland, 2013e). Laut der Selbstauskunft des Kreisverbandes Hildesheim wurden einige Stände von Mitgliedern der, vor allem im Internet

aktiven, Identitären Bewegung besucht und unterstützt (vgl. pro Deutschland, 2013d). Die Identitäre Bewegung, so der Soziologe Häusler, gehört zu den muslimfeindlichen neuen Rechten. Sie kämpft gegen die Islamisierung Europas und vor allem gegen die Entstehung multikultureller Gesellschaften (vgl. Janzen, 2013). Der Leiter des Bremer Verfassungsschutzes, Hans-Joachim von Wachtern, bemerkt zu der Gruppe, dass sie Anhängern der NPD als eine alternative Aktionsform diene (vgl. Radio Bremen, 2013).

Laut den Beschreibungen der Kleinpartei kam es bei den Infoständen und den Unterschriftensammlungen zu Protesten. Laut den Darstellungen des Kreisverbandes „pro Hildesheim“ griffen am 16. März 2013 in Hannover „linke Chaoten“ sowie „Leute von der DGB und der IGM“ den Infostand an und bedrängten die Aktivisten von „pro Hildesheim“ (vgl. pro Deutschland, 2013d). Am 17. April 2013 störte, so die Darstellung des Kreisverbandes, die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Hildesheim, Ruth Seefels von den Grünen zusammen mit einigen Gegendemonstrant_innen von der Partei die Linke, den genehmigten Infostand in der Hildesheimer Innenstadt (vgl. pro Deutschland, 2013f). Auf der Internetseite des Kreisverbandes berichtet die Kleinpartei ebenfalls darüber, dass ihr Oberbürgermeister Kandidat in der Hildesheimer Wochenzeitung „Kehrwieder“ keine Erwähnung fand, sondern nur Kurt Machens und Dr. Ingo Meyer als Kandidaten vorgestellt wurden (vgl. pro Deutschland, 2013g). Die beiden Kandidaten Machens und Meyer verweigerten zudem, an einer Podiumsdiskussion mit Gymnasiast_innen teilzunehmen, wenn Tute ebenfalls auf dem Podium sitzen würde (vgl. pro Deutschland, 2013h).

In sehr ähnlicher Weise wie die schon vorgestellten rechtspopulistischen Gruppierungen, nutzt auch die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ die Reaktionsweisen ihrer politischen Gegner, um sich selbst als unterdrückter Außenseiter darzustellen, der es für die Bürger_innen beziehungsweise für das Volk mit der etablierten Politik aufnimmt. Die Kleinpartei nimmt die Ereignisse zum Anlass, um in polemischem Stil aufzuzeigen, dass sie letztendlich eine echte Demokratie repräsentiert, die sich um die Belange der Bürger_innen sorgt. Dahingegen charakterisieren sich die Gewerkschaften, Medien sowie die Vertreter_innen der etablierten Parteien durch ein undemokratisches und bürgerfernes Verhalten. In diesem Zusammenhang ist dann auch in der Argumentation des Kreisverbandes Hildesheim von massiver Wahlbehinderung, politischer Erpressung sowie der Beschneidung der freien Meinungsäußerung die Rede. Besonders der zuletzt genannte

Vorwurf wird dazu genutzt, um vage Analogien zu Ereignissen der deutschen Geschichte zu konstruieren.

Wird nun der Blick auf das politische Programm der Kleinpartei „Bürgerbewegung pro Deutschland“ gerichtet, zeigt sich schnell, dass hier bestimmte Menschen von politischen und sozialen Teilhaberechten ausgeschlossen werden (vgl. pro Deutschland, 2013i). Der Partei „Die Hannoveraner“ nicht unähnlich konstruiert sich auch die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ unterschiedliche Feindbilder, die wiederum im Verhältnis zu bestimmten gesellschaftlichen Problemfeldern stehen. So fordert die Kleinpartei zwar vehement und polemisch demokratische Grundrechte für die Bürger_innen, die nicht nur garantieren, dass politische Teilhabe für jede_n möglich ist, sondern ebenfalls, dass „unbequeme“ Ansichten toleriert werden. Dies gilt allerdings nicht für Migrant_innen, die von der Kleinpartei als Integrationsverweiger_innen und Sozialsystemausnutzer_innen dargestellt werden (vgl. ebd.). Die Kleinpartei verknüpft Einwanderung und Arbeitsmarkt miteinander und konstruiert sich daraus ein Hauptthema ihrer Politik. Sie argumentiert auf einer sehr oberflächlichen Ebene, dass die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht nach mehr Zuwanderung, sondern nach mehr Bildung verlangt.

Abbildung 9: „Mehr Bildung - Weniger Zuwanderung“



Quelle: http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=629:stand-der-unterschriftensammlung&catid=20:top-themen

Mit ihrem Slogan „mehr Bildung, weniger Zuwanderung“ erweckt die Kleinpartei unterschwellig den nicht realistischen Eindruck, dass mit der Ausweitung des Arbeitsangebotes durch Migration sinkende Löhne und Arbeitslosigkeit für Einheimische einhergehen. Realiter, so eine aktuelle Studie des Arbeitsmarktforschers Herbert Brücker, bringt die Zuwanderung von Migrant_innen positive Effekte für die Wachstumsrate der Volkswirtschaft. Zudem ist in offenen Volkswirt-

schaften, so die Schlussfolgerungen der Studie, zu erwarten, dass die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Migration sich weitgehend neutral auf Löhne und Arbeitslosigkeit auswirken (vgl. Brücker, 2013: 19). Im Zusammenhang mit der Migrationsdebatte zeigt sich, mit Blick auf das politische Programm der „Bürgerinitiative pro Deutschland“, dass besonders muslimische Migrant_innen ein Dorn im Auge der hier diskutierten politischen Gruppierung sind (vgl. pro Deutschland, 2013i). Wie schon bei den vorherig diskutierten Parteien reduziert auch die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ den Islam auf einen Islamismus, der den Okzident und seine Errungenschaften unterwandert und bedroht. Dies bringt sie nicht nur in ihrem politischen Programm zum Ausdruck, in dem sie den Islam mit Islamisierung beziehungsweise mit fanatischen Hasspredigten und politischem Extremismus gleichsetzt, sondern ebenfalls mit symbolträchtigen Motiven, die als Aufkleber bestellt werden können.

Abbildung 10: Aufkleber, der bei der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ bestellt werden kann

Das Original!

Ein mittlerweile weltweit (!) bekanntes Motiv. Der Klassiker - seit 2005. Ohne Veränderung neu aufgelegt im Jahr 2013.

Ausführung in wetterfestem PVC für den Außeneinsatz. Durchmesser: 9,2 Zentimeter. Jetzt kostenfrei anfordern!

Quelle: http://www.pro-deutschland.de/index.php?option=com_content&view=article&id=586

Neben dem muslimfeindlichen findet sich im politischen Programm der Kleinpartei ebenfalls ein Kriminal-Populismus, der sich die Angst der Bürger_innen vor Kriminalität zu eigen macht. Besonders für Sexualstraftäter und Kinderschänder sollen die zu beschützenden Errungenschaften eines modernen demokratischen Rechtsstaates nicht gelten. Vielmehr sollte die Tätergruppe, so das politische Programm, härter bestraft werden und in den Gefängnissen arbeiten, um ihre Haft zu finanzieren (vgl. pro Deutschland, 2013i). Und auch schwule und lesbische Menschen sollen nicht an den von der Kleinpartei so vehement eingeforderten demokratischen Grundrechten teilhaben. Vielmehr gilt es die heterosexuelle Kleinfamilie zu privilegieren (vgl. ebd.).

Neben dem Kernthema der Migration findet die Kleinpartei ein weiteres politisches Hauptthema in den Vertragsbeschlüssen zum europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Zu dem am 27. September 2012 in Kraft getretenen Vertragswerk zur Unterstützung verschuldeter Mitgliedstaaten der Eurozone bemerkt die „Bürgerinitiative pro Deutschland“, dass die deutschen Steuerzahler_innen die Zeche für EU-Pleiteländer zahlen. Der ESM-Vertrag wird in der Rhetorik des politischen Programms gleichgesetzt mit Inflation und Vernichtung der Rentenansprüche und Sparguthaben (vgl. ebd.). Dieser Argumentationslogik folgend fordert die Kleinpartei dann auch in plakativer und polemischer Manier:

Abbildung 11: „RAUS aus dem EURO!“



Quelle: http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=686:raus-aus-dem-euro&catid=20:top-themen

Mit der Thematisierung des ESM-Vertrags schließt die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ an eine erhitzte und zumeist auch angstbesetzte gesellschaftliche Debatte über die Krise der Europäischen Union und den Lösungswegen aus der Problemlage an. Sowohl dieser gesellschaftliche Diskurs, als auch die wirtschaftliche Lage der Eurozone werden benutzt, um ein Bild in die Debatte einzubringen, wonach die makellosen fleißigen Deutschen als Zahlmeister Europas herhalten müssen. Dieses Bild impliziert gleichzeitig die Verkopplung eines Überlegenheitsgedanken, der auf der im Vergleich zu den übrigen EU-Staaten positiven wirtschaftlichen Lage Deutschlands aufruht, mit Ressentiments gegen wirtschaftlich weniger gut gestellte südeuropäische Menschen. Dieses Bild ermöglicht zugleich, sich selbst beziehungsweise das eigene Land als Vorbild zu konstruieren, mit dem andere EU-Staaten respektive deren schwache Volkswirtschaften nicht mithalten können. Gleichzeitig wird das imaginierte Bild genutzt, die schon vorhandenen Sorgen der Bürger_innen zuzuspitzen und neue Ressentiments gegenüber anderen Menschen der EU-Zone zu erzeugen.

Die Kleinpartei „Bürgerbewegung pro Deutschland“ erzeugt ebenfalls, wie die anderen hier schon diskutierten und vorgestellten rechtspopulistischen Parteien, eine doppelte Gegenpositionierung. In diesem Sinne wendet sie sich in ihrem politischen Programm gegen die etablierten Parteien und stellt sich selbst als Sprachrohr und Kämpferin für die betrogenen Bürger_innen dar. Dabei pocht sie vehement und polemisch auf die Umsetzung und Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien, schließt dabei jedoch bestimmte Bevölkerungsgruppen aus. Die Kleinpartei greift massiv islamische Migrant_innen an und versucht über die Verknüpfung der Migrationsdebatte mit Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit, aber auch das Schüren von Ängsten vor einer kulturellen Überfremdung und Kriminalität, gegen eine multikulturelle Gesellschaft zu mobilisieren. Sozusagen nebenbei greift sie lesbische und schwule Menschen an und versucht vorhandene Resentiments gegen andere Lebensformen als die heterosexuelle Kleinfamilie zu schüren und zu verstärken. Die von der Kleinpartei in ihrem politischen Programm verwendeten Kommunikationsmuster, Rhetoriken und hervorgebrachten Feindbilder sind nahezu identisch mit denen der hier schon vorgestellten rechtspopulistischen Parteien. Auffällig ist allerdings, dass die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ neben einem muslimfeindlichen ebenfalls einen ESM-Populismus hervorbringt und somit nicht nur die Migrationsdebatte, sondern ebenfalls den gesellschaftlichen Diskurs der „Eurokrise“ als eines ihrer Kernproblemfelder für sich entdeckt. Und noch ein Aspekt ist an der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ von wesentlicher Bedeutung.

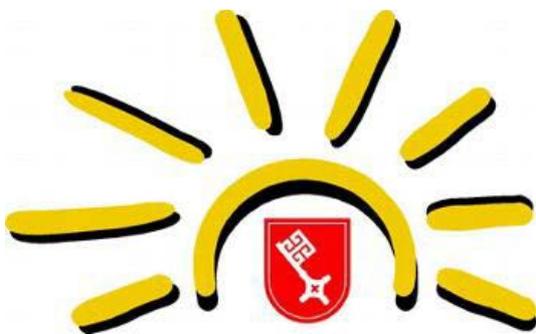
Auch wenn die Kleinpartei aufgrund der von ihr hervorgebrachten doppelten Gegenpositionierung als rechtspopulistische Partei eingestuft werden kann, findet der Soziologe Häusler eine andere Bezeichnung für die politische Gruppierung. So argumentiert Häusler, dass die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ als eine Form des Rechtsextremismus eingestuft werden kann, der sich mit einer rechtspopulistischen Hülle umgibt (vgl. Häusler, 2011: 2f.). Wie aufgezeigt, entstammen die Gründer der Partei auf Bundes- als auch auf Kreisebene rechtsextremer Parteien. Zudem finden sich eine Vielzahl inhaltlicher Übereinstimmungen zwischen rechtsextremen Positionen und den Inhalten der „Bürgerbewegung pro Deutschland“. Sowohl die extreme Rechte als auch die sich als Bürgerbewegung bezeichnende Kleinpartei konstruieren Realitäten und Zukünfte, die nationalistisch und rassistisch geprägt sind. Sie favorisieren beide die Ablehnung des Gleichheitsprinzips und die Diskriminierung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen. Zudem ethnisieren und nationalisieren beide soziale und ökonomische Problemlagen. In

diesem Sinn gleichen sich ihre Feindbilder, wobei sich ihr gemeinsames zentrales Feindbild in der multikulturellen Gesellschaft findet. Zudem versuchen sowohl die extreme Rechte als auch die hier untersuchte „Bürgerbewegung pro Deutschland“ einen kulturellreligiös aufgeladenen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen und propagieren eine autoritäre Politikvorstellung.

Trotz dieser Überschneidungspunkte möchten wir die Kon- und Divergenzen zwischen rechtspopulistischen beziehungsweise als rechtspopulistisch erscheinenden Kleinparteien und die Frage nach der Verortung bestimmter politischer Gruppierungen zunächst hinten anstellen und an einer günstigen Stelle erneut aufnehmen und vertiefend diskutieren. Zunächst gilt es zwei weitere Ver- eine beziehungsweise Kleinparteien und ihre politischen Programme in den Blick zu nehmen. Die Rede ist hier von den Freien Wählern Bremen eV. und den Bürgern in Wut (Landesverband Bremen).

c) Freie Wähler Bremen

Abbildung 12: Logo der „Freien Wähler Bremen“



Quelle: <http://www.freiewaehler-bremen.de>

Die Kleinpartei „Freie Wähler Deutschland“ entstand 2009 aus dem Landesverband Brandenburg der „Freien Wähler“, nachdem dieser wegen „Anzeichen rechter Unterwanderung“ aus dem Bundesverband „Freie Wähler Deutschland“ ausgeschlossen wurde. Die Gründung der Kleinpartei fand in Eberswalde statt, der Vorsitz wird von dem ehemaligen Bürgermeisterkandidaten der Schill-Partei in Eberswalde, Friedhelm Altvater, bekleidet. Im Jahr 2011 traten die „Freien Wähler Bremen“ den „Freien Wählern Deutschland“ bei. Genau wie die „Freien Wähler Deutschland“ waren die „Freien Wähler Bremen“ aus dem Bundesverband der „Freien Wähler“ ausgeschlossen worden (vgl. Sebald/ Szymanski, 2010; Wolf, 2011). Trotz dieses Zusammenschlusses existiert in

Bremen interessanterweise kein Landesverband der „Freien Wähler Deutschland“ und auch die „Freien Wähler Bremen“ operieren in Bremen als selbständiger Verein. Dies bedeutet jedoch nicht, dass keine personellen Überschneidungen zwischen den beiden politischen Gruppierungen bestehen. So ist die Vorsitzende der „Freien Wähler Bremen“ – Maria-Ilona Könnecke – gleichzeitig die stellvertretende Bundesvorsitzende der „Freien Wähler Deutschland“. Ebenso wie Friedhelm Altvater war Könnecke einst in der Schill-Partei des Hamburger Rechtspopulisten Ronald Schill aktiv. Mit Blick auf die Zeitungsberichte zeigt sich, dass sich das Personal der „Freien Wähler Bremen“ in erster Linie aus ehemaligen Mitglieder_innen der Schill-Partei oder aus der rechtspopulistischen Wählervereinigung „Bremen muss Leben“ zusammensetzt (vgl. Budler, 2011; TAZ, 2009). Die „Freien Wähler Bremen“ traten im Jahr 2011 zur Bürgerschaftswahl in Bremen an und erreichten 0,2% der Stimmen (vgl. Tagesschau, 2011).

Der rechtspopulistische Hintergrund der „Freien Wähler Bremen“ spiegelt sich deutlich in den Texten und dem politischen Programm des Vereins wider. Ein zentrales Thema des Vereins findet sich im Diskurs zur inneren Sicherheit. Sie bezeichnet die Stadt Bremen als „Eldorado für Kriminelle“ und fordert Neuwahlen, damit Politiker_innen gewählt werden können, die das Grundrecht auf Sicherheit wieder herstellen. Zudem fordert sie den Rücktritt der Rot/Grünen Koalition (vgl. Freie Wähler Bremen, 2013a). Während die bisherigen hier diskutierten rechtspopulistischen Kleinparteien im Diskursfeld „Sicherheit“ einen Kriminalpopulismus nutzen, um die Bürger_innen gegen Migrant_innen, Pädophile und Terrorverdächtige zu mobilisieren, verwendet der Verein „Freie Wähler Bremen“ die Kriminalitätsfurcht der Bremer Bevölkerung, um gegen die etablierten Parteien zu hetzen. So spricht der Verein in polemischer Manier von einer „Bankrotterklärung“ des Bremer Innensenators Mäurer in Sachen Sicherheit (vgl. Freie Wähler Bremen, 2013a). Der Verein „Freie Wähler Bremen“ instrumentalisiert eine vorhandene Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung, um eine Abgrenzung zwischen den Bremer Wähler_innen und der lokalen etablierten Politik herzustellen. Gleichzeitig präsentiert sich der Verein als Beschützer, der die Bürger_innen vor kriminellen Übergriffen schützt. In diesem Zusammenhang verspricht der Verein dann auch, alle Bürgerschichten zu vertreten und keine durch Großspenden gekaufte Politik zu betreiben (vgl. Freie Wähler Bremen, 2013b).

Neben dem Thema der Sicherheit und Kriminalität bezieht der Verein Stellung gegen das Schächten, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung (vgl. Freie Wähler Bremen, 2013b). Mit

dieser Aufreihung vermischt der Verein eine rituelle Praxis, die insbesondere im Judentum und im Islam vollzogen wird, mit archaischen Bräuchen regionaler Kulturen im Norden Afrikas, Kurdistan, im Oman, im Iran, in Malaysia und Indonesien. Durch diese Vermengung entsteht allerdings der Eindruck, dass die verabscheuungswürdigen Gebräuche wie Zwangsheirat und die Beschneidung von Frauen genau so eine zwingende religiöse Vorschrift darstellen, wie das Verbot des Verzehens von Blut. Wie schon erwähnt, stellen jedoch sowohl die Zwangsheirat als auch die Beschneidung von Frauen keine zwingenden Gebote des Islams dar. Gleichzeitig suggeriert die Aufreihung, dass das rituelle islamische Schächten eine anachronistische Barbarei aus grauer Vorzeit darstellt, die in einer zivilisierten Gesellschaft nichts zu suchen hat. Hiermit wird allerdings ein Gegensatz konstituiert, der ganz in der Linie einer dualistischen Weltansicht steht, die auf der einen Seite eine vermeintliche Zivilisation und auf der anderen Seite eine angebliche Barbarei verortet (vgl. hierzu auch Bühl, 2010: 155ff.). Mit dieser Stigmatisierung von Menschen als unzivilisiert wird die Voraussetzung für ihre Diskriminierung und ihren Ausschluss aus der Gesellschaft geschaffen. Die Strategie, Menschen, die aus religiösen Gründen geschächtete respektive Fleisch von geschächteten Tieren konsumieren, als explizit anders und nicht der Gesellschaft zugehörig darzustellen, zielt in dem hier dargestellten Kontext lediglich darauf ab, den Vorwurf der Integrationsverweigerung und der Nicht-Anpassung erheben zu können. Zudem dient die Taktik dazu, eine Unterwanderung der kulturellen Errungenschaften der deutschen Gesellschaft zu prognostizieren und somit Ängste vor einer kulturellen Überfremdung zu schüren. Mit diesem Aufbau des Bedrohungsszenarios der kulturellen Unterwanderung wird gleichzeitig die Tatsache verdrängt, dass Vertreter_innen der muslimischen Gemeinschaften und Vertreter_innen der Politik und des Rechts in einem langjährigen Austausch Kompromisse beschließen und neu aushandeln, in denen sowohl das Staatsziel des Tierschutzes als auch das Grundrecht der Religionsausübung ihre Wirkungen entfalten können. Der Verein „Freie Wähler Bremen“ betreibt mit der von ihm aufgeführten Aufreihung des Schächtens, Zwangsheirat und der Genitalverstümmelung von Frauen einen kulturell verschlüsselten Rassismus gegen muslimische Migrant_innen.

Von besonderem Interesse ist ebenfalls, dass das politische Programm sich nicht nur durch einen Kriminalpopulismus und eine antimuslimisch-rassistische Positionierung auszeichnet, sondern sich ebenfalls gegen die Europäische Union ausspricht (vgl. Freie Wähler Bremen, 2013b). Interessant ist die letztgenannte Positionierung deshalb, da die Feststellung des Vereins, dass die EU

Deutschland zu viel kostet und deshalb ein sofortiger EU-Austritt von Nöten ist, ein auf Überlegenheitsphantasien aufruhendes Bild der EU-Sachlage entwirft. In nahezu vollständiger Übereinstimmung mit dem Bild, das von den Kleinpartei „Bürgerbewegung pro Deutschland“ von der Situation des europäischen Wirtschaftsraums entworfen wird, konstruiert der Verein „Freie Wähler Bremen“ Deutschland ebenfalls als Vorbild, mit dem die Volkswirtschaften anderer EU-Staaten nicht mithalten können und bietet so eine Grundlage zum Aufbau von Ressentiments gegen Menschen aus „wirtschaftlich schwachen“ EU-Ländern.

Rekapitulierend lässt sich über den Verein „Freie Wähler Bremen“ sagen, dass er mittels eines Kriminalpopulismus, einer antimuslimisch-rassistischen Positionierung und einer auf nationalistischen Überlegenheitsphantasien aufruhenden Euro-Kritik versucht, an lokale und gesamtgesellschaftliche Problem- und Diskursfelder anzuschließen, um diese unter Rückgriff auf die entworfenen Feindbilder zu manipulieren und zu beeinflussen.

d) Bürger in Wut - Landesverband Bremen

Abbildung 13: Logo der „Bürger in Wut“



Quelle: <http://buenger-in-wut.de/>

Die rechtspopulistische Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (Kurz: BIW) gründete sich im Jahr 2004 in Berlin. Die sich selbst als bürgerlich-konservativ bezeichnende Gruppierung ist hauptsächlich in Bremen aktiv und ist aus dem aufgelösten Bremer Landesverband der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ hervorgegangen. Die Wählervereinigung BIW ist im Jahr 2007 zur Wahl angetreten und seitdem in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. Sowohl im Jahr 2007 als auch im Jahr 2011 erzielte die Gruppierung ihre Wahlerfolge jenseits der 5% Hürde im Wahlbereich Bremerhaven. Im Jahr 2007 erhielt die Wählervereinigung zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft 5,29% der Stimmen und zog mit einem Abgeordneten in die Bürgerschaft ein. Im gleichen Jahr erreichte die BIW zur Wahl der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung 5,4%

der Stimmen und zog dementsprechend mit drei Abgeordneten ins Stadtparlament ein. Im Jahr 2011 erhielt die Wählervereinigung bei der Bürgerschaftswahl 7,1% der Wahlstimmen (ein Bürgerschaftsmandat und wiederum drei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung) (vgl. Niedermayer, 2012). Im Jahr 2012 sind zwei CDU-Ortsbeiräte in Bremen-Vegesack zu der BIW übergetreten. Dies hatte zur Folge, dass die BIW nach der SPD die zweitstärkste Fraktion wurde (vgl. Radio Bremen, 2012). Im Jahr 2013 erhielt die BIW durch den Wechsel der ehemaligen Linken Rebecca Sarnow zur Wählervereinigung den Fraktionsstatus in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Laut den Angaben der BIW liegt der Aktivitätenschwerpunkt neben Bremen in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Bemerkenswert ist, dass Udo Ulfkotte, Mitbegründer und ehemaliges Mitglied des rechtspopulistischen Vereins Pax Europa, ebenfalls Mitglied der Wählervereinigung BIW ist (vgl. Bürger in Wut, 2007).

Die Wählervereinigung wurde von Jan Timke gegründet. Timke, der in der Presse auch als Geert Wilders von Bremen bezeichnet wird, ist ein ehemaliges Mitglied der Schill-Partei und seit der Gründung der BIW deren Vorsitzender (vgl. Das Gupta, 2011). Timke äußert sich in Gastkommentaren in der, als Sprachrohr der Neuen Rechten zu verstehenden, Wochenzeitung Junge Freiheit (vgl. Junge Freiheit, 2012). In dieser überregional erscheinenden Zeitung finden sich regelmäßig positiv konnotierte Beiträge zu Timke und dem politischen Programm der BIW (vgl. Junge Freiheit, 2013).

Die Analyse des politischen Programms zeigt auf, dass die BIW typische rechtspopulistische Themen besetzt und versucht mit diesen in den dazugehörigen lokalen beziehungsweise gesellschaftlichen Diskurs- und Problemfeldern zu punkten. So versucht die Bürgerinitiative BIW an der Integrationsdebatte teilzunehmen. In diesem Zusammenhang produziert sie, ebenso wie die meisten hier vorgestellten rechtspopulistischen Kleinparteien, ein Feindbild muslimischer Migrant_innen. Dabei reduziert sie den Islam auf die Islamisierung von Deutschland und Europa und verknüpft ihn mit Hasspredigten und Terror. Ebenso wie die rechtspopulistische Partei „Die Hannoveraner“ unterstellt sie Migrant_innen Bildungsdefizite, eine mangelhafte Sprachkompetenz, fehlendes Sozialverhalten sowie Integrationsunfähigkeit und -unlust. Zudem reduziert die Bürgerinitiative BIW Migration auf Kriminalität sowie auf den Missbrauch des Asylrechts und von Sozialleistungen. Neben diesem kulturalistisch geprägten und religiös gefärbten Rassismus gegenüber Migrant_innen, diskriminiert die BIW Schwule und Lesben. Mit der Forderung nach

einer Privilegierung von heterosexuellen Familien wird eine dualistische Weltsicht geschaffen, die auf der einen Seite eine heterosexuelle Lebensführung als das Normale und schwule beziehungsweise lesbische Lebensweisen als angeblich anders und abweichend verortet (vgl. Bürger in Wut, 2011).

Für die BIW missbrauchen Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, das Sozialsystem. Im Kontext dieses von ihr praktizierten Sozialpopulismus propagiert die Wählervereinigung dann auch, dass Zuverdienstmöglichkeiten, außer 1-Euro-Jobs, für Hartz-IV-Bezieher nicht möglich sein sollten. Zudem fordert die BIW ein härteres Vorgehen gegen arbeitsunwillige Langzeitarbeitslose. Hervorzuheben ist ebenfalls, dass die BIW sich explizit gegen die Europäische Union ausspricht. Ihr politisches Programm favorisiert vielmehr eine nationalstaatliche Rückwärtsge wandtheit. So fordert die Wählervereinigung die Bewahrung freier und unabhängiger Nationalstaaten in der EU, prinzipiell weniger Rechte für die Staatengemeinschaft sowie schärfere Kontrollen an den EU-Außengrenzen (vgl. Bürger in Wut, 2011). Indem sie negative Assoziationen mit der europäischen Einigung verknüpft, treibt die Wählergemeinschaft im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Europa-Diskurs eine Entfremdung von der europäischen Idee voran.

2.3 Fazit: Kernthemen, politische Verortung und Mobilisierungspotential

Auch wenn sich auf den ersten Blick die hier besprochenen sechs rechtspopulistischen Gruppierungen hinsichtlich ihrer politischen Agenda scheinbar stark unterschieden, finden sich beim genaueren Hinsehen zwei wesentliche thematische Schwerpunkte in ihren politischen Programmen. Gemeint ist hiermit einerseits das Thema der Zuwanderung beziehungsweise der Integration. Andererseits findet sich ein politischer Schwerpunkt in dem Thema des europäischen Stabilitätsmechanismus. Von Interesse ist ebenfalls, dass die hier aufgeführten Kleinparteien beziehungsweise ihre überregional operierenden Parteien auf Bundesebene kaum respektive keine Wahlerfolge verbuchen können, wohingegen sie in Niedersachsen beziehungsweise in Bremen bislang durchaus ein politisches Leichtgewicht entfalten und dementsprechend Wähler_innen mobilisieren konnten.

Doch wie lassen sich die thematischen Schwerpunktsetzungen der niedersächsischen und der Bremer rechtspopulistischen Kleinparteien und ihre, wenn auch sehr bescheidenen jedoch vor-

handenen, Wahlerfolge erklären? Um diese Fragen zu beantworten, ist der Blick auf die Struktur des lokalen politischen Wettbewerbes durchaus aufschlussreich. So ergibt sich vor dem Hintergrund der Wahlprogramme der etablierten politischen Parteien zur Landtagswahl 2013 in Niedersachsen folgendes Bild:

Flüchtlinge und Asylbewerber_innen sind für die etablierten Parteien ein Wahlkampfthema. Während die SPD fordert, dass *die Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Niedersachsen ein Ende haben* muss, fordern Grüne und Linke die Abschaffung von Abschiebehaft, Einkaufsgutscheinen und die Unterbringung in Massenunterkünften. Die FDP möchte die Abschiebungen von Flüchtlingen in der Nacht abschaffen. Die CDU vertritt dahingegen den Standpunkt, dass Verfolgten Schutz gewährt, eine Zuwanderung in die sozialen Systeme jedoch verhindert werden soll. Laut der CDU in Niedersachsen gilt es zudem, ausländische Straftäter sofort abzuschicken (vgl. NDR, 2012). Ausschlaggebend für die vorliegende Analyse rechtspopulistischer Parteien ist das Zusammenspiel der etablierten Parteien. Die zueinander, nicht erst im Rahmen der Landtagswahl 2013 zu konstatierende, konfrontative Positionierung der etablierten Parteien hinsichtlich der Zuwanderungsfragen lässt den Umgang mit Asylbewerber_innen in Niedersachsen als ungelöste Herausforderung auf der lokalen politischen Agenda erscheinen. Es ist durchaus möglich, dass hiervon besonders rechtspopulistische Kleinparteien profitieren. So herrscht nämlich auf Bundesebene ein konservativ gefärbter zuwanderungspolitischer Konsens zwischen den etablierten Parteien bei einer relativen Bedeutungslosigkeit rechtspopulistischer Parteien. Die Erklärung hierfür findet sich darin, dass der auf Bundesebene erreichte Konsens der etablierten Parteien hinsichtlich der Zuwanderung in der Lage ist, rechtskonservative Stimmen einzufangen und zu binden. Die Kommunikation einer parteiweiten Übereinstimmung nimmt zudem nicht nur das Thema von der politischen Agenda, sondern ermöglicht den etablierten Parteien geschlossen gegen rechtspopulistische Rhetoriken vorzugehen (vgl. Lochocki, 2012).

Selbstverständlich sei es zunächst einmal dahin gestellt, inwieweit ein derartiger Konsens in der Lage ist, den Herausforderungen von Zuwanderung ernsthaft zu begegnen. Nichtsdestotrotz begünstigt eine fehlende Übereinkunft der demokratischen Parteien hinsichtlich Migrations- und Integrationsfragen den Erfolg von Rechtspopulist_innen. Solange Zuwanderung als ungelöstes Problem erscheint, können rechtspopulistische Parteien mit ihren rassistischen Aussprüchen und simplifizierten Lösungsformulierungen einen nicht zu verachtenden Einfluss auf die Integrations-

debatte ausüben. Indem sie Migration mit Problemen wie Kriminalität, Extremismus, Arbeit und Sozialem verknüpfen, gaukeln sie vor, der zunehmenden Diversität und Pluralisierung von Arbeitswelten und Lebensstilen etwas entgegensetzen zu können und bedienen damit das Verlangen der von Abstiegsangst geschüttelten bürgerlichen Mitte nach gesellschaftlicher Homogenität(vgl. hierzu auch Zick/ Küpper, 2012: 154ff.). Die Instrumentalisierung der Migrant_innen als Sündenbock funktioniert umso leichter, wenn die Ängste von Menschen in mittleren Sozialschichten vor einem sozialen Abstieg Realität geworden sind. Besonders Menschen deren Teilhabe, Partizipation und Zugehörigkeit tatsächlich prekär geworden sind und in deren Nachbarschaften und Wohngebieten die ehemalige Minderheit zur Mehrheit wird, neigen dazu, schwache gesellschaftliche Gruppen abzuwerten, auszugrenzen und zu diskriminieren und sind dementsprechend für rechtspopulistische Botschaften sehr empfänglich (vgl. Hüpping/ Reinecke, 2007; Heitmeyer, 2007; Marth/ van de Wetering, 2012; Grau/ Groß/ Reinecke, 2012; Klein/ Heitmeyer, 2012). Dieser in Untersuchungen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung mehrfach bestätigte Zusammenhang liefert eine empirisch fundierte Erklärungsfolie für die Wahlerfolge rechtspopulistischer Gruppierungen in Bremerhaven.

Auch wenn die, hauptsächlich durch den Strukturwandel der Hafenwirtschaft bedingte, hohe Arbeitslosenquote Ende der 1990er Jahre überwunden scheint, erholt sich die ökonomische Situation in Bremerhaven nur langsam(vgl. Kröhnert et al., 2006: 14, 42f., 64, 67). Ähnlich wie in anderen deutschen Städten, die einen wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen haben, lassen sich ebenfalls in Bremerhaven Prozesse sozialer und ethnischer Segregation feststellen (vgl. Heitmeyer et al., 2012: 55; Autorenteam, 2012: 11, 21, 27f.). Die Verdichtung prekärer sozialer Lagen und eine zunehmende Konzentration benachteiligter Menschen führt nicht nur zu einer Situation in der benachteiligte Autochthone und Allochthone am unteren Ende der sozialen Hierarchie auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt in direkter Konkurrenz zueinander stehen, sondern zeitigt vor allem eine zunehmende Angleichung der ökonomischen Lebenssituationen der verschiedenen Bewohner_innengruppen. Derartige Nivellierungstendenzen bieten einerseits Nährboden für eine zunehmende Immigrations skepsis der Bürger_innen(vgl. Anhut / Heitmeyer, 2000: 24, 69; Hoffmann-Nowotny, 1987: 48; Marth/ van de Wetering, 2012: 115). Gleichzeitig erhöhen sie die Attraktivität der Anti-Immigrations-Rhetorik und der kultur-rassistisch geprägten

Homogenitätsversprechen von Rechtspopulist_innn, kreieren sie doch mit semantischen Mitteln einen Sündenbock für die Schuldzuschreibung der eigenen prekären Soziallage.

Die bisherigen, eher bescheidenen Wahlerfolge der rechtspopulistischen Parteien in Niedersachsen und Bremen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass besagte politische Gruppierungen in der Lage sind, bestimmte Themen auf die politische Agenda zu setzen und Wähler_innenstimmen an sich zu binden. Wie schon aufgezeigt, erreichten die „Freien Wähler“ zusammen mit der „Wahlalternative 2013“ bei den Landtagswahlen aus dem Stand 1,1% der Wähler_innenstimmen (vgl. Cantow et al., 2013). Im Wahlbereich Bremerhaven übersprangen sie sogar die 5%-Hürde. Dieser Wahlerfolg beruht jedoch nicht nur auf der semantischen Mobilisierung gegen eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft und Homogenitätsversprechen, sondern speist sich ebenfalls aus einem Anti-Euro-Populismus, der in erster Linie über das Thema des europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgewickelt wurde und wird. Mit Blick auf die Wahlprogramme der etablierten Parteien ist ESM nicht unbedingt ein Wahlkampfthema der Landtagswahl in Niedersachsen. Trotz sehr unterschiedlicher Positionierungen zu dem europäischen Stabilitätsmechanismus findet in der Phase des Wahlkampfes keine oder kaum eine öffentliche, konfrontative Positionierung zum besagten Thema statt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es sich bei ESM um ein politisch vernachlässigtes Thema handelt oder dass rechtspopulistische Parteien ohne weiteres bestimmen können, ob und wie es auf der öffentlichen Agenda erscheint. Auch wenn die finanzielle Unterstützung von in ökonomische Schieflage geratenen Mitgliedstaaten der Eurozone ein medialer Dauerbrenner ist, muss das Thema zunächst von den etablierten Parteien aufgenommen respektive legitimiert werden, bevor rechtspopulistische Parteien es für ihre Zwecke instrumentalisieren können. Indem ESM im niedersächsischen Wahlkampf bei den etablierten Parteien keine Beachtung fand, erschien es jedoch als vernachlässigtes Thema. Dies spielte wiederum Rechtspopulist_innen derart in die Hand, da sie sich als Parteien darstellen konnten und können, die sich nicht fürchten, auch „heiße Eisen“ anzufassen und dem, von den etablierten Parteien hintenangelassenen, deutschen Volk wieder ein politisches Gewicht verleihen (vgl. Lochocki, 2012). Dabei bedienen rechtspopulistische Parteien sich wiederum der Abstiegsängste der Mittelschicht in ökonomischer, politischer und sozialer Hinsicht.

Der Kassler Soziologe Heinz Bude konstatiert, dass viele Deutsche nicht nur das Ende der europäischen Nachkriegsprosperität, sondern auch das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft

erleben (vgl. Bude, 2008). Vor allem die nach 1960 Geborenen sehen sich mit einem massiven Abbau des Wohlstandsparadieses konfrontiert und haben mit erwerbsbiografischen Unsicherheiten am Arbeitsmarkt zu kämpfen. Gleichzeitig ändern sich geltende Leitbilder und Spielregeln und die alte gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik, die sich durch Konsens, Normalität und Maßhalten auszeichnete, besitzt keine Gültigkeit mehr. In der Konsequenz findet eine Mehrheit der Deutschen, dass man heute in einer besonders unsicheren Zeit lebt, die langfristige Planungen erschwert (vgl. Köcher, 2012). Aktuelle Krisen, wie die Finanz- (2007) und die Staatsschuldenkrise im Euroraum (2009), verschärfen die Einschätzung der Bundesbürger_innen hinsichtlich ihrer eigenen sozialen Lage. Die Angst vor dem sozial-ökonomischen Abstieg, Verunsicherung und tatsächliche Abstiegserfahrungen können dann auch leicht in Wut umschlagen. Vor allem dann, wenn es in den Zeitungen heißt, dass „Deutsches Steuergeld für die Pleite-Griechen“ (Bild, 2010) verschwendet wird, oder wenn auf dem Cover eines Wochenmagazins die Aphrodite von Milos der Welt den Stinkefinger zeigt (vgl. Riehl, 2012), wird die Wut nicht nur legitimiert, sondern sie verlangt massiv nach politischen Antworten. Genau in diese Lücke stoßen rechtspopulistische Parteien.

Da die etablierten politischen Parteien keine konsensualen politischen Antworten auf die Eurokrise anbieten können und das Thema ESM von lokalen und der bundesrepublikanischen Wahlkampfagenda so gut wie verschwunden ist, sind Rechtspopulist_innen in der Lage, die Angst und Wut der Bürger_innen mit ihrer harten Anti-Euro-Ideologie, die keine Alternativen als den sofortigen Ausstieg aus der Europäischen Union und ggf. die Rückkehr zur D-Mark erlaubt, zu kanalisieren. Mit ihren Forderungen, die sie zumeist als „echte Demokratie“ bezeichnen, tun sie als ob Demokratie nur innerhalb eines Sprach- und Kulturkreises möglich sei. Ein demokratisches Europa wird abgelehnt und die Rückbesinnung auf das Nationale in den Vordergrund gehoben. Mit dieser national-chauvinistischen Positionierung (vgl. Sieber, 2012c) befriedigen sie nicht nur bürgerliche Homogenitätswünsche, sondern sie bieten verängstigten, orientierungslosen und frustrierten Bürger_innen, die nicht mehr länger für die „Pleitestaaten“ den Kopf hinhalten möchten, unterkomplexe Lösungen. Das Thema Eurokrise beziehungsweise der Euro-Rettungsplan ist jedoch nicht ausschließlich als lokales Thema zu verstehen. Vielmehr spielt sich die rechtspopulistische Mobilisierung gegen die EU-Rettungsprogramme in erster Linie auf bundesrepublikanischer Ebene ab.

Mit dem Inkrafttreten des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) kommt es in vielen deutschen Städten zu Aktionen gegen den Euro-Rettungsschirm. Für den Beobachter dieser Aktivitäten mag es zunächst verwirren, dass hier u.a. die Parteien „Die Linke“ und „Die Grünen“, die Gewerkschaft Ver.di und die globalisierungskritische Organisation Attac scheinbar zusammen mit Rechtspopulisten, Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremen den Widerstand gegen die europäische Finanzpolitik organisieren (vgl. Sieber, 2012b; Handelsblatt, 2012). Der genauere Blick zeigt dann allerdings, dass sich der linkspolitische Zusammenschluss nicht nur deutlich von der politisch rechten Gegenbewegung unterscheidet, sondern sich auch öffentlich von dieser distanziert. Während sich die politisch links zu verortenden Gegenvorschläge und Forderungen zum ESM auf nachfrageorientierte sowie sozialdemokratisch und sozialistisch gefärbte demokratische beziehungsweise staatliche Eingriffe in den Finanz-, Arbeits- und Warenmarkt beziehen, präferiert die rechte Gegenbewegung eine angebotsorientierte und nationalmarktliberale Steuerung der Märkte und lehnt dementsprechend Eingriffe in den freien nationalen Markt ab (vgl. Sieber, 2012b). Um die Tragweite und Charakteristik der als homogen erscheinenden rechten Gegenbewegung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus zu erkennen, lohnt auch hier ein differenzierter Blick.

Das „Aktionsbündnis Direkte Demokratie“ war im Jahr 2012 einer der wesentlichen Akteure bei der Mobilisierung gegen den ESM (vgl. Sieber, 2012c; Aktionsbündnis Direkte Demokratie, 2013; Herb, 2011). Hinter diesem Bündnis steht die ultra-marktliberale und verschwörungsideologische „Partei der Vernunft (PDV)“ des Parteivorsitzenden Oliver Janich (vgl. Sieber, 2012b). Die Partei vertritt die Position, dass der Markt so sozial selbstregulierend ist, dass jeder Eingriff unsoziale Folgen hätte. Die PDV lehnt demnach alle Marktregulierungsmechanismen ab. Sie hält die Europäische Union für überflüssig und fordert alle nationalen Rechte von der EU zurück. Die PDV fordert zudem eine direkte Demokratie, einen einheitlichen Steuersatz, keine staatlichen Subventionen, Versicherungszwang und eine grundlegende Reform des Geld- und Finanzsystems. In diesem Zusammenhang möchte sie alternative Geldformen wie etwa Gold, Silber oder andere Sachwerte als Zahlungsmittel zulassen (vgl. Partei der Vernunft, 2012). Die PDV agiert auch in Niedersachsen. Seit den Kommunalwahlen 2011 hat die Kleinpartei jeweils ein Mandat im Rat Flecken Harsefeld, im Samtgemeinderat Harsefeld (vgl. Samtgemeinde Harsefeld, 2011a), im

Stadtrat Bremervörde (vgl. Samtgemeinde Harsefeld, 2011b) und im Ortsrat Bremervörde-Elm (vgl. Stadt Bremervörde, 2011).

Das von der PDV initiierte Aktionsbündnis Direkte Demokratie rief im Jahr 2012 zu Anti-ESM-Demonstrationen u.a. in München, Berlin und Karlsruhe auf. Hervorzuheben ist, dass weitere in Niedersachsen und Bremen vertretene Parteien ebenfalls entweder an den Demonstrationen „Gegen den Euro-Rettungswahnsinn“ teilnahmen oder dazu aufriefen. So waren z.B. die „Freien Wähler“ zwar nicht an der Organisation für die Demonstration in Berlin beteiligt, dafür aber bei der Anti-ESM-Demo am 2. Juni 2012 in München vertreten. Ferner hat die „Bürgerbewegung Pax Europa“ an dem Aufmarsch der Euro-Gegner in Stuttgart im September 2011 teilgenommen. Darüber hinaus mobilisierte der Landesvorstand der antimuslimischen-rassistischen Partei „Die Freiheit“ für die „Demonstration für Bürgerrechte und direkte Demokratie – Gegen den Euro-Rettungswahnsinn“, die 2012 in Karlsruhe stattfand (vgl. Sieber, 2012b). In diesem Zusammenhang ist außerdem das Engagement der marktradikalen und erzkonservativen „Zivilen Koalition“ zu erwähnen. So rief die Sprecherin dieser Lobbyorganisation Beatrix von Storch, die 2012 Bundestagskandidatin der Berliner Alternative für Deutschland wurde, über die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu einer Anti-ESM-Demonstration vor dem Reichstag in Berlin auf (vgl. Zivile Koalition, 2013; Sieber, 2012b).

Während die Europäische Union und der Europäische Stabilitätsmechanismus für die antimuslimische-rassistische Kleinpartei „Die Freiheit“ ein Zweitthema ist, dreht sich bei der Bremer Partei „Bürger in Wut“ und bei den „Freien Wählern“ alles um die europäische Krisenpolitik. So planen die „Freien Wähler“ seit 2012 mit ihrem Anti-Euro-Populismus den Einzug in den Bundestag (vgl. Bayerisches Fernsehen, 2012). Zusammen mit dem Verein „Wahlalternative 2013“, dem „Aktionsbündnis Direkte Demokratie“, dem „Bündnis Bürgerwille“ und der „Zivilen Koalition“ kritisieren sie massiv die aktuelle Europapolitik der Bundesregierung und propagieren ihre rückwärtsgewandten und nationalchauvinistischen Forderungen. Das Bündnis zwischen den „Freien Wählern“ und dem Verein „Wahlalternative 2013“ einigte sich 2013 auf eine gemeinsame Landesliste und trat bei der Landtagswahl in Niedersachsen an (vgl. Stegemann, 2012). Das Bündnis zerbrach noch im selben Jahr. Während der Verein den „Freien Wählern“ vorwarf außerhalb von Bayern nicht kampagnenfähig zu sein, kritisierte die Kleinpartei, dass der Verein sich nur für die Bundes- und Europapolitik und nicht für die Kommunen interessierte. Erwähnenswert ist, dass

Anfang Februar 2012 aus einer Gruppe der „Wahlalternative 2013“ die „Alternative für Deutschland (AfD)“ hervorgeht (vgl. Neu, 2013: 7). Die Partei tritt im September zur Bundestagswahl an und erreicht sozusagen aus dem Stand 4,7 Prozent. Dieses Ergebnis wird von dem Vize-Chef der AfD, Alexander Gauland, in der Öffentlichkeit als „Traumergebnis“ bewertet (vgl. Müller, 2013). Im niedersächsischen Wahlkreis Harburg gingen bei der Bundestagswahl 2013 zwischen 6 und 7 Prozent der Zweitstimmen an die „Alternative für Deutschland“ (vgl. Atlas zur Bundestagswahl, 2013).

Abbildung 14: Wahlplakat-Rhetorik „Alternative für Deutschland“



Quelle: Denis van de Wetering

Das politische Programm der Partei AfD ist sehr dürftig und dünn formuliert, zeichnet sich jedoch deutlich durch eine marktfundamentalistische Position aus (vgl. AfD, 2013). Dieses weltanschauliche Gedankengebäude fordert die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Ideologie des Marktes. Wesentlich für die politische Position ist zudem, dass soziale Autoritäten – wie die Kirche und die Familie – den Einzelnen vor den Eingriffen des Staates schützen soll. In diesem Kontext ist auch die EU-Gegnerschaft der AfD zu betrachten. Die Partei lehnt in erster Linie die „Bevormundung“ aus Brüssel ab und präferiert einen sich selbstregulierenden, nationalen Markt. Sie teilt die Eurozone in Gewinner (Euro-Nord) und Verlierer (Euro-Süd) ein und propagiert zum

Wohl aller beteiligten EU-Staaten eine Ausstiegsoption für überschuldete Euro-Länder (vgl. Abb. 14).

In der Öffentlichkeit stellt sich die Partei in der Regel als Ein-Themen-Partei und „Stimme der Vernunft“ dar und bezeichnet ihre Politik als sachorientiert, vernünftig und seriös. Daneben fällt die AfD allerdings immer wieder durch verstörende und populistische Töne auf (vgl. Gensing, 2013). So wirbt die Kleinpartei zur Bundeswahl in Ostdeutschland mit dem rechtspopulistischen Slogan „Einwanderung ja, aber nicht in unsere Sozialsysteme“ (vgl. Leber, 2013). Der Parteichef Bernd Lucke (ehemaliger Sprecher der Wahlalternative 2013) spricht von Einwanderern als „eine Art sozialem Bodensatz“ und bedient sich einschlägiger Ressentiments, wenn er fordert, bestimmte Leute aus Verantwortungsgefühl nicht ins Land zu lassen (vgl. Schneider, 2013). Zu den Unterstützern der Partei gehört u.a. der Nürnberger Volkswirt Peter Oberender, der dafür plädiert, dass es Hartz-IV-Empfänger_innen erlaubt sein sollte, zur Verbesserung ihrer Finanzen ihre Organe zu verkaufen (vgl. Berger, 2013). Dahingegen fordert das AfD-Vorstandsmitglied Roland Vaubel, den „untersten Klassen“ das passive Wahlrecht zu entziehen (ebd.). Mehrere Vertreter der AfD stellten ihre Sichtweisen auf die Welt sowie ihre Antworten auf gesellschaftspolitische Fragen bereits vor der Parteigründung in der ultrakonservativen und hart rechts argumentierenden Wochenzeitung „Junge Freiheit“ dar. Auch wenn die Partei hinsichtlich ihrer Äußerungen zur Zuwanderung in der Öffentlichkeit unter Verweis auf das kanadische Einwanderungsmodell (vgl. Schmidtke, 2009: 7) zurückrudert und beschwichtigt, bleibt sie von einer rechtspopulistischen Aura umgeben. Es zeigt sich deutlich, dass die AfD kaum Berührungspunkte mit dem rechtspopulistischen Rand hat. Die Partei scheint nicht nur politisch heimatlose Bürgerliche anzuziehen, sondern sie rekrutiert ihre Wählerschaft ganz bewusst am rechten Rand. Für eine eindeutige Einordnung der AfD ist es allerdings noch zu früh. Auch wenn sich aktuell erste rechtspopulistische Positionen abzeichnen, gilt es zunächst die Ergebnisse der parteiinternen Auseinandersetzungen und die Entwicklung der AfD abzuwarten.

Von wesentlichem Interesse ist an dieser Stelle, dass die rechtsextreme NPD ebenfalls zu den Anti-ESM-Demonstrationen mobilisierte. So demonstrierten in München, Berlin und Karlsruhe neben Verschwörungstheoretikern, Rechtspopulisten_innen und Markfundamentalisten_innen auch Rechtsextreme. Letztgenannte verwendeten in ihren Semantiken die Parolen des „Aktionsbündnis Direkte Demokratie“ (vgl. Sieber, 2012a). Darüber hinaus verwendete die NPD

das Bild der EU als Vampir, der Deutschland aussaugt, womit die NPD direkt an den Slogan „Ja zu Republik und souveränen Staaten in Europa. Nein zu Finanzdiktatur“ der Organisatoren der Anti-ESM-Demonstrationen anschließt (vgl. Sieber, 2012b). Auch wenn das „Aktionsbündnis Direkte Demokratie“ und die „Zivile Koalition e.V.“ sich in der Öffentlichkeit von der rechtsextremen NPD distanzieren, gelingt diese Abgrenzung von rechtsextremen Positionen nicht vollends, denn es gibt zwischen den rechtspopulistisch und marktfundamentalistisch geprägten Positionen auf der einen Seite und den rechtsextremen Positionen auf der anderen Seite viele inhaltliche Überschneidungspunkte.

Die Politologen Frank Decker und Marcel Lewandowsky (2009b) untersuchen in ihren Arbeiten die Verbindungen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang bemerken sie, dass der Rechtsextremismus als ein Gegenentwurf zu einer demokratischen, sozialen Ordnung, die auf einem egalitären Menschenbild aufbaut, verstanden werden kann. Rechtsextreme Positionen gehen von der Ungleichheit der Menschen aus. Eine derartige Sichtweise ist von einem rassistischen Menschenbild geprägt, das zwischen lebenswerten und unwerten Leben unterscheidet sowie von einer biologischen Ordnung ausgeht, in der der Schwächere dem Stärkeren unterliegt (vgl. Decker/ Lewandowsky, 2009b: 5). Ferner, so das Autorenduo, ist es ein Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus, dass Gewaltanwendung als legitimes politisches Mittel gilt. Während Rechtsextreme demokratische Formen ablehnen und versuchen diese zu zerstören, brauchen Rechtspopulisten demokratisch geprägte Sozialordnungen, um überhaupt agieren zu können. Statt der Auflösung und Zerstörung demokratischer Strukturen fordern sie zumeist die Form der direkten Demokratie ein und wenden sich gegen die etablierte Politik und ihre Repräsentanten (ebd.: 6). Zudem lehnen rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien die Anwendung von Gewalt als politisches Mittel in der Regel ab. Trotz dieser Unterschiede finden sich dennoch wesentliche Überschneidungsmomente in den Realitätskonstruktionen rechtspopulistischer und rechtsextremer Positionen.

Wie in der vorliegenden Analyse der rechtspopulistischen Parteien in Niedersachsen und Bremen mehrfach gezeigt werden konnte, steht das Volk beziehungsweise der gesunde Volkskörper im Zentrum der Weltanschauung von Rechtspopulisten. Der starke Volkskörper wird in der rechtspopulistischen Rhetorik sowohl gegen das korrupte, politische Establishment als auch gegen Fremdes und biologisch, kulturell und wirtschaftlich Unterlegenes abgegrenzt. Genau an dieser

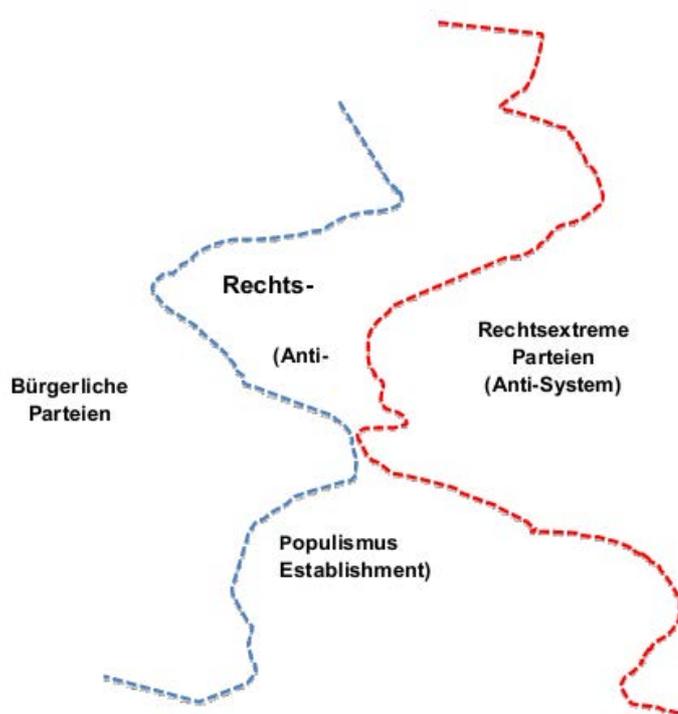
Stelle findet sich sozusagen eine sozialdarwinistische Schnittmenge zwischen Rechtspopulismus und -extremismus. Gemeint ist damit ein gemeinsames Weltverständnis, in der das Starke, Gesunde und Reine über das Schwache, Kranke und Beschmutzte triumphiert. Im Bezug auf die aktuelle EU-Politik bestehen die Berührungspunkte von Angehörigen des rechtsextremen Lagers und Rechtspopulist_innen in dem Verlangen nach einer überlegenen, nationalen und gesunden Volkswirtschaft, die sich nicht nur gegen schwächere Wirtschaften durchsetzt, sondern sich vor allem von Unterstützungsleistungen und somit Prosperitätseinschränkungen entbindet.

Neben dieser Gemeinsamkeit besteht ein weiteres Überschneidungsmoment zwischen Rechtspopulismus und -extremismus in der Ablehnung einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft. Diese Ablehnung weist, je nach Lager, unterschiedliche Intensitätsgrade auf (ebd.: 6). Wie schon erwähnt wendet sich der Rechtspopulismus nicht gegen das System, sondern nur gegen das Establishment und fordert in diesem Sinne direktdemokratische Verfahren. Nichtsdestotrotz wird in rechtspopulistischen Rhetoriken auf der horizontalen Ebene ein Raum geschaffen, in dem ein ethnisch-kultur-religiös verschlüsselter Rassismus entfaltet wird. Obwohl rechtsextreme Positionen häufig anti-demokratisch sind, finden sie im rechtspopulistischen Raum Anschlusspunkte, denn auch der rechtspopulistische Rassismus wendet sich spezifisch gegen einzelne Völker, was sich in den völkisch nationalistisch geprägten Rassismus der extremen Rechten übersetzen lässt.

Mit ihren markanten Begriffen, Bezeichnungen, Problem- und Lösungsformulierungen sowie Bedeutungszuweisungen konstruieren rechtspopulistische Parteien eine Realität in der Migrant_innen beziehungsweise Muslim_innen und ebenso Staatsangehörige, der in Zahlungsunfähigkeit geratenen Euro-Länder zum „Anderen“ und zum Gegenteil von „uns“ konstruiert werden. Mit dieser Dichotomie beteiligt sich der Rechtspopulismus an dem Diskurs der Zuwanderung und dem der Gestaltung der Europapolitik in Krisenzeiten. Die rechtspopulistischen Realitätskonstruktionen schaffen die Voraussetzungen, dass Bürger_innen ihr Unbehagen vor einer kulturellen Überfremdung sowie ihre Abstiegsängste und -erfahrungen Migrant_innen, Muslim_innen und der Bevölkerung südeuropäischer Ländern zuschreiben. Derartige Feindbilder können die Befreiung des Einzelnen von bestehenden Belastungen und Spannungen und die Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes begünstigen (vgl. Anhut, 2002: 385). Rechtspopulistische Realitätsbeschreibungen deuten Zuwanderung unter dem Aspekt der Inkommensurabilität der Kulturen und kulturellen Praktiken der Einwanderer mit denen des Einwanderungslandes und produzieren

damit einen Kultur bezogenen Rassismus. Gleichzeitig laden die Rhetoriken von Rechtspopulist_innen die ökonomische Situation in der Eurozone mit einem Sozialdarwinismus auf, der die Überlegenheit des Stärkeren propagiert. Mit diesen Rahmungen und Deutungsmustern gesellschaftlicher Lagen und Verhältnisse sind sie vollkommen anschlussfähig an den völkisch-nationalistisch geprägten Rassismus und dem Verständnis der sozialen, natürlichen Ordnung des Rechtsextremismus. Rechtspopulistische Parteien positionieren sich demnach im politischen Niemandsland zwischen dem äußeren rechten Rand der bürgerlichen beziehungsweise demokratischen und rechtsextremen Parteien (Abb. 15).

Abbildung 15: Politische Verortung und Mobilisierungspotential rechtspopulistischer Parteien



Quelle: Eigene Darstellung

Mit dieser politischen Verortung und der Durchlässigkeit der Grenzen ergibt sich für das demokratische Miteinander eine doppelte Problemlage: Rechtspopulist_innen schließen an die Skepsis der Bürger_innen gegenüber Migration, dem Islam und Europa an und bieten rassistische, markt-radikale und sozialdarwinistische Lösungen an. Rechtspopulistische Rhetoriken finden in der Mitte der Gesellschaft zunehmende Akzeptanz, wodurch das Prinzip der Gleichwertigkeit demokratischer Aushandlungsprozesse unterminiert wird. Gleichzeitig stoßen rechtspopulistische Positionen im rechtsextremen Lager auf Resonanz. Je mehr es rechtspopulistischen Parteien gelingt

konsequente, um das „Volk“ konstruierte Dichotomien gegen „Oben-etablierte Parteien“ und „Außen-Migrant_innen, Muslim_innen und die Bevölkerung bestimmter EU-Länder“ zu entwickeln und aufrecht zu halten, desto eher erscheint ihr Konzept als konsistente Weltanschauung. Dies birgt vor allem die Gefahr, dass rechtspopulistische Problem- und Lösungsformulierungen als Türöffner und als Brücke zu rechtsextremen Positionen fungieren mit der Konsequenz, dass rechtsextreme Meinungen ebenfalls einen verstärkten Halt in der politischen Mitte finden können.

3 Rechtspopulistische Orientierungen in der Bevölkerung Niedersachsens und Bremens

Madlen Preuß

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, das Bundesland Niedersachsen hinsichtlich des rechtspopulistischen Potenzials in seiner Bevölkerung einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, die um spezifische Befunde des Stadtstaates Bremen ergänzt wurden. Im Folgenden werden zunächst die wesentlichen Analyse-Schritte beschrieben und daran anschließend die Ergebnisse eingehend ausgewertet.

3.1 Fokus der Sonderauswertung

Wie rechtspopulistisch eingestellt sind nun die Niedersachsen und Bremer? Dieser Frage geht die hier vorgelegte Sonderauswertung nach. Grundlage bilden die repräsentativen Umfragen, welche im Rahmen des Projekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland* am *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität Bielefeld von 2002 bis 2011 durchgeführt wurden. Mithilfe des gewonnenen Begriffsverständnisses des Rechtspopulismus und dieser Datenbasis ist es möglich, erstmals das rechtspopulistische Potenzial der niedersächsischen Bevölkerung sowie mögliche Hintergründe und unmittelbare Folgen in den Einstellungsmustern wie Abwertungen oder Feindlichkeiten gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen zu untersuchen.

Im Folgenden wird zunächst die Umfrage zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) in aller Kürze erläutert. Es schließt sich sowohl die Beschreibung der Befragten-Stichproben der

Befragten aus Niedersachsen und Bremen als auch ein Überblick über die verwendete Auswertungsstrategie an. Ferner werden die konkreten Einstellungen, die in der vorliegenden Auswertung als Indikatoren für Rechtspopulismus verwendet wurden, vorgestellt. Es folgen die Darstellung des Ausmaßes und der Entwicklung rechtspopulistischer Tendenzen für Niedersachsen und Bremen über die letzten 10 Jahre und ein Vergleich der Einstellungen mit anderen Bundesländern beziehungsweise Gesamtdeutschland. Darüber hinaus werden die Unterschiede zwischen den Befragten und ihrer Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen in Abhängigkeit soziodemographischer Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Einkommen und das Wohnen auf dem Land oder in der Stadt dargelegt.

In den darauffolgenden Kapiteln geht es vor allem darum, das Spektrum der Abwertung und Resentiments, in welches der Rechtspopulismus mittlerweile weit hineinragt, nachzuzeichnen. Zunächst wird der Frage nachgegangen, in welchem Verhältnis Personen, die rechtspopulistischen Einstellungen zustimmen, zum politischen und damit auch demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland stehen. Wie viel Zweifel an der Demokratie und Missmut gegenüber den politischen Repräsentant_innen bestehen tatsächlich? Welche Parteien werden präferiert und beschränkt sich der Rechtspopulismus tatsächlich allein auf Wähler rechter Parteien? Des Weiteren wird überprüft, inwieweit sich die theoretische Abgrenzung zum Rechtsextremismus auch empirisch nachziehen lässt. Hierfür werden unter anderem das rechtsextremistische Kennzeichen der Gewaltbilligung und –bereitschaft, aber auch eine mögliche Verharmlosung der NPD-Partei und Tendenzen zum offenen Rassismus herangezogen.

An dieser Stelle schließt unmittelbar die Frage an, wie sehr bestimmte Werthaltungen rechtspopulistische Einstellungen fördern. Diesbezüglich ist sowohl der Einfluss der Religionszugehörigkeit und Religiosität als auch die Neigung, soziale Hierarchien zu befürworten (das heißt, der Sozialen Dominanzorientierung) und die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten in der niedersächsischen und Bremer Bevölkerung untersucht worden.

Dass der Rechtspopulismus bestimmte ‚Zielgruppen‘ besitzt, an denen sich zum einen gerieben wird und die zum anderen als Sündenbocke herhalten (müssen), ist bereits im Theorie-Kapitel angesprochen worden. Hier wird nun geprüft, wie rechtspopulistisches Potenzial ebenso Abwertungen, Ausgrenzungen und schlichte Ablehnung nach sich ziehen kann. Insbesondere die sogenannten ‚Leistungsschwachen‘ sehen sich in einer Gesellschaft, welche eine hohe Belastbarkeit

fordert und gleichsam eine stetige Ökonomisierung fördert, oftmals Ressentiments ausgesetzt. Doch auch alternative Lebensformen werden von Personen, die dem Rechtspopulismus zugetan sind, kritisch beäugt, wenn nicht gar vollständig abgelehnt. Demgemäß wird also beleuchtet, inwiefern rechtspopulistische Einstellungen eine Abwertung solcher ‚Zielgruppen‘ wie sie unter anderem homosexuelle, obdachlose, behinderte oder auch (langzeit-)arbeitslose Menschen bilden können, begünstigt.

Abschließend stellt sich, angesichts der vermuteten generellen EU-Skepsis, die Frage, wie sehr sich Befragte, die rechtspopulistische Einstellungsmuster besitzen, mit Deutschland identifizieren beziehungsweise als europäische/r Bürger_in wahrnehmen. Darüber hinaus soll ebenso dem Vorwurf der vermeintlichen Deutschenfeindlichkeit nachgegangen werden, der von Rechtspopulist_innen oftmals Richtung Migrant_innen und Ausländer_innen geäußert wird.¹⁰

3.2 Datengrundlage

Die vorliegende Sonderauswertung zu rechtspopulistischen Einstellungen in Niedersachsen und Bremen basiert auf Daten des Langzeitprojekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, das von 2002 bis 2011 jährlich repräsentierte Befragungen in Deutschland durchgeführt hat.

Das GMF-Konzept: Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde erstmalig im Jahre 2002 eingeführt¹¹ und ist seitdem kontinuierlich weiterentwickelt und empirisch bestätigt worden (u.a. Zick et al., 2008; Zick et al., 2011). Unter dem Sammelbegriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* – kurz *GMF* – werden abwertende Einstellungen gegenüber einer Vielzahl sozialer Gruppen verstanden. So geschieht es, dass Menschen allein aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer ethnischen, kulturellen oder religiösen Gruppe, wegen ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, einer Behinderung, aufgrund von Wohnungslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit oder der Suche nach Asyl abgewertet und ausgegrenzt; das heißt, mit Vorurteilen

¹⁰ Diese Debatte gewann vor allem mit dem Buch *Neukölln ist überall* des Bürgermeisters von Neukölln/Berlin, Heinz Buschkowsky, wieder an Fahrt. Rücksichtslosigkeit, übertriebenes Machogehabe und Respektlosigkeiten gegenüber Deutschen sind nur einige der Stichworte, mit denen Buschkowsky das Zusammenleben von Migrant_innen und Deutschen in seinem Stadtbezirk beschreibt.

¹¹ Vgl. Heitmeyer, 2002: Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

und Diskriminierung, ja sogar mit Verfolgung und Gewalt, bedroht werden. Ressentiments gegenüber, auf den ersten Blick, ganz unterschiedlichen Gruppen bilden das Syndrom *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Es treten also eine Reihe besonderer Merkmale und Eigenschaften auf, welche in ihrer Gesamtheit einen Zusammenhang respektive einen bestimmten Zustand definieren. In Bezug auf das GMF-Syndrom bedeutet dies folglich: Wer einer spezifischen Gruppe ablehnend gegenübersteht – beispielsweise Einwanderer_innen oder Muslim_innen –, neigt mit größerer Wahrscheinlichkeit auch dazu, andere Gruppen – zum Beispiel Jüd_innen, Frauen oder homosexuelle Menschen – abzuwerten. All diese Vorurteile tragen als gemeinsamen Kern eine Ideologie der Ungleichwertigkeit in sich. Empirisch bestätigt sich, dass Personen, die generell soziale Hierarchien zwischen dominanten und untergeordneten Gruppierungen gutheißen und sich somit gegen eine Gleichwertigkeit aussprechen, eher zur Abwertung einer Vielzahl von spezifischen Gruppen tendieren.

Einige der Elemente *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* finden sich auch im Rechtspopulismus wieder, beispielsweise die Fremdenfeindlichkeit, der Antisemitismus und neuerdings auch die Abwertung von Muslimen. Zumeist eher implizit und variabel zeichnen sich auch Sexismus, Homophobie und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Sinti und Roma oder Asylsuchenden im Rechtspopulismus ab. Abweichend zu bisherigen Konzeptionen des Rechtspopulismus, wird in diesem Bericht aus den bereits angeführten Gründen das Konglomerat rechtspopulistischer Einstellungen erweitert. Neben der autoritären Law-and-Order-Haltung, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus (vgl. u.a. Schaefer/ Mansel/ Heitmeyer, 2002; Klein/ Küpper/ Zick, 2009) werden sowohl die Muslimfeindlichkeit als auch Politikverdrossenheit einbezogen.

Der GMF-Survey: Im Rahmen des Projekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurden über 10 Jahre hinweg jedes Jahr 2.000 bis 3.000 repräsentativ ausgewählte Personen ab 16 Jahren telefonisch befragt.¹² Die Interviews sind im Auftrag des *Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität Bielefeld von *tns Infratest* durchgeführt worden. Insgesamt liegen folglich rund 23.000 Befragten-Daten der deutschen Gesamtbevölkerung vor, von denen aufgrund der jeweiligen Größe der Bundesländer 1.792 auf Niedersachsen und 173 auf den Stadt-

¹² Die Grundgesamtheit bezieht sich auf Privathaushalte in Deutschland, die einen Telefonanschluss besitzen.

staat Bremen entfallen. Für den vorliegenden Bericht wurden vorrangig die Antworten der Befragten aus Niedersachsen ausgewertet. Ergänzend wird auf die Ergebnisse aus Bremen verwiesen. Jedoch sollten die Befunde zu Bremen angesichts der sehr niedrigen Fallzahl ($n = 173$) mit Vorsicht betrachtet werden, was insbesondere für Prozentangaben gilt.

3.2.1 Auswertungsstrategie

Um eine ausreichend große Stichprobe für zuverlässige Aussagen zu erhalten, werden im Folgenden die Daten sowohl für Niedersachsen als auch für Bremen von 2002 bis 2011 aufsummiert. Allerdings wurden nicht alle Aspekte, die für eine vertiefende Analyse des rechtspopulistischen Einstellungsmusters relevant sein können, in jedem Jahr abgefragt. Um der Aufdeckung spezifischer Trends und Potenziale dennoch Rechnung zu tragen, werden dementsprechend auch Befunde aus einzelnen Erhebungsjahren dargestellt. Die Größe der Stichprobe Niedersachsen erlaubt eine solche Auswertung einzelner Jahre. Bei der Interpretation der Ergebnisse für Bremen ist aufgrund der sehr kleinen Fallzahl jedoch Zurückhaltung geboten.

3.2.2 Beschreibung der Stichproben Niedersachsen und Bremen

Die vorliegende Auswertung beschränkt sich auf Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Damit reduziert sich die Stichprobe von 1.792 auf 1.748 Befragte in Niedersachsen und von 173 auf 167 Personen in Bremen aufsummiert über die Jahre 2002 – 2011. Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft werden von der Analyse ausgeschlossen, da eine repräsentative Abbildung dieser Personengruppe aufgrund ihrer sehr heterogenen Zusammensetzung nicht gewährleistet werden kann. Zudem ist das Bildungsniveau unserer Befragten mit Migrationshintergrund aufgrund der telefonischen Befragungsmethode, die Bereitschaft für ein längeres Interview und ausreichende Sprachkompetenz erfordert, deutlich nach oben verzerrt. Diese Beobachtung der Bildungsverzerrung hin zu besser gebildeten Befragten findet sich häufig bei telefonischen Befragungen, kann jedoch bei bekannter Bildungsverteilung durch entsprechende Gewichtungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus erlaubt die geringe Befragtenzahl derjenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft keinen Vergleich mit der sehr hohen Personenzahl, die eine besitzen. Hier wäre eine gezielte Stichprobenziehung erforderlich gewesen.

In Niedersachsen wurden 947 Frauen (54 Prozent) und 801 Männer (46 Prozent) interviewt. Für die Bremer Befragten fällt diese Verteilung mit rund 57 Prozent Frauen und 42 Prozent Männern ähnlich aus. Das Durchschnittsalter der Befragten beträgt in beiden Bundesländern 47 Jahre (16-95 Jahre). Etwa ein Viertel der interviewten Personen in Niedersachsen sind jünger als 35 Jahre, während die über 50-Jährigen 40 Prozent ausmachen.

Von den insgesamt 1.728 Befragten, die Angaben zu ihrem Bildungsabschluss machten, verfügen 20 Prozent über eine niedrige Schulbildung (kein Abschluss/ Volks- oder Hauptschulabschluss/ 8. Klasse der Polytechnischen Oberschule), 36 Prozent über eine mittlere (Realschule/ 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule) und etwa 23 Prozent über eine höhere Schulbildung (Fachabitur/ Abitur/ Hochschulabschluss). In Bremen besitzen lediglich 16 Prozent der Befragten eine niedrige Schulbildung, während fast 50 Prozent einen höheren Bildungsabschluss besitzen.

Rund 73 Prozent der interviewten Personen in Niedersachsen gehören einer christlichen Konfession an (evangelisch: 56 Prozent, katholisch: 17 Prozent), 23 Prozent der Befragten sind konfessionslos. Rund 4 Prozent gaben an, Mitglied einer anderen Religionsgemeinschaft zu sein. Für Bremen zeigt sich ein ähnliches Bild: 54 Prozent der interviewten Personen sind evangelisch, 14 Prozent katholisch und 29 Prozent bezeichnen sich selbst als konfessionslos. Die restlichen 3 Prozent verteilen sich auf alternative Religionsgemeinschaften.

Die Sonderauswertung beruht auf den Angaben von 1.748 Befragten aus Niedersachsen und 167 aus Bremen.

3.3 Erfassung von Rechtspopulismus in der Studie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

Die Erstellung eines stimmigen Konzepts von Rechtspopulismus erfordert zwar eine gewisse Orientierung an den vorangegangenen theoretischen Definitionen, doch sollte sich das zu entwickelnde Messinstrument auch in der Empirie bestätigen lassen. So behauptet beispielsweise Hartleb, der Antisemitismus sei seit geraumer Zeit kein Element des Rechtspopulismus mehr und solle daher in einer neueren Begriffsbestimmung keine Berücksichtigung finden. Dementgegen belegen wiederum verschiedene Studien, dass Anfeindungen gegenüber Juden innerhalb des Rechtspopulismus nach wie vor Bestand haben und es sich stattdessen nur um eine ‚Schein-Abkehr‘ vom Antisemitismus handelt (vgl. Klein/ Küpper/ Zick, 2009; Müller/ Winkler, 2012; Klein/

Heitmeyer, 2012). Des Weiteren findet zwar das eigentliche Fundament des gemeinen Populismus, der Antagonismus zwischen einfachem Volk und (politischer) Elite, in der theoretischen Begriffsbestimmung seinen Platz, wird jedoch in der empirischen Erfassung oftmals vollständig außer Acht gelassen. Beiden Problematiken wird bei der folgenden empirischen Prüfung eines rechtspopulistischen Einstellungsmusters Rechnung getragen.

Für die vorliegende quantitative Sonderauswertung beschränken wir uns auf den zentralen Kern eines rechtspopulistischen Einstellungsmusters. Dieser wurde zum einen aus der vorangegangenen qualitativen Untersuchung und den dort festgestellten Themenfeldern, die von den verschiedenen Parteien und Gruppierungen gleichsam bedient werden, gewonnen. Zum anderen konnten diese Schnittstellen durch die Bearbeitung des theoretischen wie empirischen Forschungsstands vervollständigt werden. Unter statistischer Absicherung (vgl. Abbildung 16), lassen sich damit die folgenden Zustimmungen zu den nachstehenden Aussagen in ihrer Gesamtheit als ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster begreifen.

Als zentrale Indikatoren für ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster wurden die folgenden fünf Konstrukte berücksichtigt: Der Eindruck politischer Machtlosigkeit, eine autoritäre Orientierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und die Abwertung von Muslimen.

Indikatoren für ein rechtspopulistisches Potenzial

Politische Machtlosigkeit:

Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.

Autoritäre Orientierung:

Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.
Verbrechen sollten härter bestraft werden.

Antisemitismus:

Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.

Fremdenfeindlichkeit:

Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

Abwertung von Muslimen:

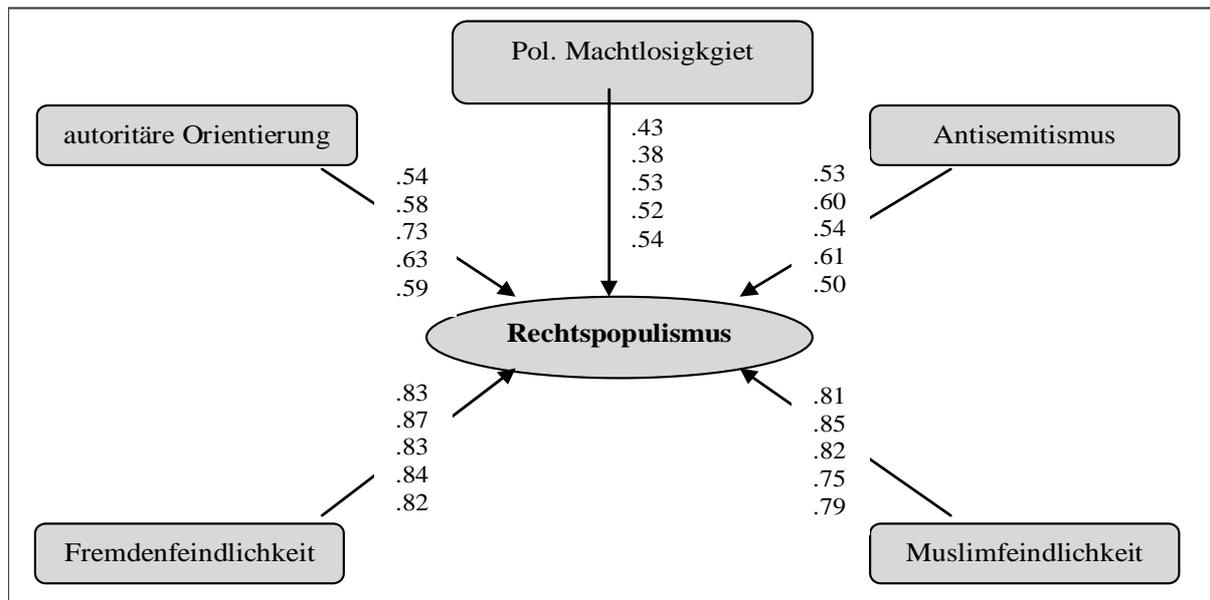
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Die Bestätigung der ausgewählten Indikatoren, die sich in Abbildung 16 findet, bildet die Essenz der Rechtspopulismus-Definition nun auch empirisch ab. Die politische Machtlosigkeit greift den oben wahrgenommenen Konflikt zwischen ‚dem Volk‘ und der ‚abgehobenen‘ politischen Elite, zu der für den Einzelnen kein Zugang mehr bestehe, auf. Diese ‚bittere Erkenntnis‘ schlägt sich in diesem Fall auch auf das politische Engagement nieder, da die ‚da oben‘ eh machen, was sie möchten. In der autoritären Orientierung lässt sich die konservative und reaktionäre Law-and-Order-Haltung in Form der Forderungen, Strafmaße zu erhöhen und für mehr Recht und Ordnung zu sorgen, wiederfinden. Der unter anderem von Butterwegge als wesentliches Element angeführte Sozialneid bildet sich in jenen Aussagen ab, die zur Erfassung von Fremdenfeindlichkeit verwendeten wurden. Der damit oftmals einhergehende Vorwurf des Missbrauchs sozialstaatlicher Leistungen lässt sich insbesondere in der Aussage, bei Verknappung der Arbeitsplätze sollten Ausländer wieder ausgewiesen werden, identifizieren; hierin spiegelt sich auch die Befürchtung des ‚Zu-kurz-Kommens‘ auf dem Arbeitsmarkt und in der Güterverteilung. Ferner erfolgte neben der Integration des Antisemitismus, auch die der expliziten Ablehnung von Muslimen, wie es bereits in der Definition empfohlen wurde und der Blick auf die aktuellen Programme rechtspopulistischer agierender Parteien bestätigt. Angemerkt sei hier, dass der verwendete Indikator der Abwertung von Muslimen erstmals im Jahr 2003 erhoben worden ist, dementsprechend ein Vergleich des Jahres 2002 mit den übrigen Erhebungsjahren nicht zu leisten ist. Aus diesem Grund erfolgt der Ergebnisbericht zum Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen nur für die Jahre 2003 – 2011.

Die Befragten wurden gebeten, zu jeder Aussage ihre Zustimmung respektive Ablehnung zu den genannten Aussagen auf einer 4-stufigen Antwortskala anzugeben: (1) stimme überhaupt nicht zu, (2) stimme eher nicht zu, (3) stimme eher zu und (4) stimme voll und ganz zu. Um eine adäquate und empirisch fundierte Erfassung rechtspopulistischer Einstellungsmuster zu gewährleisten, sind die Antworten zu den jeweiligen Aussagen der Indikatoren zu Mittelwertskalen zusammengefasst worden. Daran anschließend wurden die Skalen zur politischen Machtlosigkeit, autoritären Orientierung, Fremden- und Muslimfeindlichkeit und zum Antisemitismus in Beziehung zueinander gesetzt. Diese würden dann in ihrer Summe idealerweise den Rechtspopulismus abzeichnen, was schließlich mithilfe einer konfirmatorischen Faktorenanalyse für jedes Erhebungsjahr empirisch

überprüft wurde. Für eine erleichterte Darstellung der Ergebnisse wurden die Jahre 2003 – 2011 nur in 2-Jahresschritten abgebildet (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16: Das rechtspopulistische Einstellungsmuster in Niedersachsen



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003, 2005, 2007, 2009, 2011

Anmerkung:

Die Gütemaße geben an, wie gut das hypothetische Modell die Realität abbildet. Das Verhältnis des Chi-Quadrates zu den Freiheitsgraden (df) sollte mindestens dem Wert der Freiheitsgrade entsprechen, $\leq 2,5$ kennzeichnet einen guten Modellfit. Der Comparative Fit Index (CFI) steht für die relative Passung des Modells und sollte nicht unter 0.95 liegen. Eine zufriedenstellende Übereinstimmung des hypothetischen und des basalen Modells (Analyse mittels noch unkorrelierter und manifester Variablen) liegt laut dem Tucker Lewis Index (TLI) im Wertebereich von 0.95 und 0.97. Der RMSEA (Root Mean Square Error of Approximation) bildet die Abweichung zwischen den empirischen Daten und denen, die im Modell angenommen werden, ab. Der Werte sollte kleiner als 0.08 sein. N gibt die Befragtenanzahl an.

Nachstehend finden sich die einzelnen Gütemaße für die Modelle in den Erhebungsjahren:

2011, obere Pfadkoeffizienten; Modellfit: $\chi^2(df = 5) = 6.457$, CFI = 0.992, TLI = 0.984, RMSEA = 0.044; N = 149

2009, Modellfit: $\chi^2(df = 5) = 5.248$, CFI = 0.999, TLI = 0.998, RMSEA = 0.018; N = 153

2007, mittlere Pfadkoeffizienten; Modellfit: $\chi^2(df = 5) = 8.478$, CFI = 0.986, TLI = 0.973, RMSEA = 0.068; N = 151

2005, Modellfit: $\chi^2(df = 5) = 0.320$, CFI = 1.000, TLI = 1.039, RMSEA = 0.000; N = 167

2003, untere Pfadkoeffizienten; Modellfit: $\chi^2(df = 5) = 16.531$, CFI = 0.963, TLI = 0.926, RMSEA = 0.101; N = 226

Über alle Erhebungsjahre hinweg lassen sich empirisch alle berücksichtigten Indikatoren als Teil eines rechtspopulistischen Einstellungsmusters bestätigen. Wie jedoch der Vergleich der Faktorladungen der einzelnen Indikatoren offenbart, stellt Rechtspopulismus kein statisches und festes Einstellungsmuster dar, das über die Zeit hinweg in seiner ‚inhaltlichen‘ Ausrichtung stets gleich bleibt. Stattdessen variiert die Stärke, mit der die wesentlichen Bausteine zum Rechtspopulismus beitragen. Dies stützt die vorangegangene Annahme, der inhaltliche Schwerpunkt des Rechtspopulismus sei wesentlich vom historischen, sozialen und politischen Kontext geprägt. So zeigt sich vor allem die autoritäre Orientierung mal mehr, mal weniger bedeutsam, während Fremdenfein-

dlichkeit über alle Jahre hinweg eine klare Größe im rechtspopulistischen Einstellungsmuster bildet.

Die auffällig niedrigen Ladungen der politischen Machtlosigkeit verweisen auf den vergleichsweise schwachen Zusammenhang mit den anderen Einstellungskomponenten. Weitere Analysen empfehlen jedoch die Beibehaltung, da der Rechtspopulismus ohne dieses Element einer Verallgemeinerung nicht standhält.¹³ Die Güte des abgebildeten Gesamtmodells verschlechtert sich rapide. Dies könnte als Indiz für eine Mittler-Funktion verstanden werden. In diesem Sinne stellt die politische Machtlosigkeit das wesentliche Fundament, um überhaupt von einem Populismus sprechen zu können. An ebendieser Machtlosigkeit docken die übrigen Indikatoren erst an, welche das zunächst ‚nur‘ populistische zum *rechtspopulistischen* Einstellungsmuster avancieren lassen.

Die Betrachtung der verschiedenen Modellgüte-Kriterien legt darüber hinaus ein schlechtes Gesamtmodell für 2003 im Vergleich zu den sehr guten Modellen in den übrigen Jahren offen. Hierfür ist, wie die Analysen zeigen, das Element der Muslimfeindlichkeit verantwortlich. In 2003 wurde die Abwertung von Muslimen von rechtspopulistischer Seite höchstens peripher thematisiert. Durch die Debatten um Integration, Minarette und Moscheebauten, und letztlich, ob und wie der Islam und seine Gläubigen zu Deutschland gehören (können), hat dieses Thema in den letzten Jahren auch für Populist_innen rechter Couleur an Attraktivität gewonnen (vgl. u.a. Shooman, 2012: 46f; Hafez, 2009: 20).

Die ausgewählten Indikatoren sind abschließend zu einer Mittelwertskala zusammengefasst worden, die sich an der gerichteten Antwortskala der einzelnen Aussagen orientiert. Das heißt: Je höher der Mittelwert, desto stärker fällt auch die Zustimmung zum Rechtspopulismus aus.

¹³ Dies bedeutet, dass das hier dargestellte Konzept des Rechtspopulismus sich empirisch nicht bestätigen ließe und dementsprechend keine Allgemeingültigkeit besitzt.

3.4 Ausmaß und Entwicklung des Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen

(2002-2012)

Nachstehend soll über die Verbreitung und Entwicklung rechtspopulistischer Einstellungsmuster bei Bürger_innen in Niedersachsen und Bremen berichtet werden. Ergänzt wird dies sowohl um Befunde aus anderen Bundesländern als auch Gesamtdeutschlands, um einen ersten generellen Eindruck des vorhandenen Rechtspopulismus zu gewinnen. Aus den Ergebnissen zu Gesamtdeutschland sind die Werte für Niedersachsen und Bremen herausgerechnet worden, um einen Vergleich zu ermöglichen. Zunächst wird angegeben, wie viel Prozent der Befragten den jeweiligen Aussagen „eher“ oder „voll und ganz“ zugestimmt haben (Tab. 1). Es folgt der Vergleich mit anderen Bundesländern und dem übrigen Deutschland. Abschließend wird das Ausmaß von Rechtspopulismus über den Verlauf von 10 Jahren von 2002-2011 in Niedersachsen sowie Bremen abgebildet.

3.4.1 Rechtspopulistische Einstellungsmuster in Niedersachsen und Bremen

Verglichen mit 2003 fühlen sich in 2011 weniger Niedersachsen politisch machtlos. (vgl. Tab.1) Sind es im Jahr 2003 noch 61,0 Prozent der Befragten in Niedersachsen, die glauben, sie hätten keinen Einfluss auf die Politik, sinkt das Gefühl der politischen Machtlosigkeit auf 36,4 Prozent im Jahr 2011. Politisches Engagement wird 2003 von 36,4 Prozent für sinnlos bezeichnet, während 2011 noch 29,0 Prozent dieser Meinung sind.

Auch die Zustimmung zu antisemitischen Einstellungen nimmt in Niedersachsen von 2003 zu 2011 ab. Dennoch unterstellte auch in 2011 noch rund jede_r Dritte (30,8 Prozent), Juden würden versuchen „ihren Vorteil“ aus der Geschichte zu ziehen, in 2003 war dies noch jede_r Zweite (50,2 Prozent). Insgesamt 19,1 Prozent der Interviewten in Niedersachsen waren 2003 der Meinung, Juden besäßen zu viel Einfluss, im Vergleich zu 8,9 Prozent im Jahr 2011. 2003 geben etwa 11,9 Prozent der Befragten Niedersachsens den Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung, in 2011 tun dies noch 4,2 Prozent. Für reaktionäre Einstellungsmuster wie die Befürwortung einer strengeren Law-and-Order-Politik lässt sich über die 10 Jahre hinweg ebenfalls ein Rückgang konstatieren. Nichtsdestotrotz liegen die Zustimmungsraten auch hier überaus hoch. Für eine härtere Vorge-

hensweise gegen Unruhestifter sprechen sich 2003 insgesamt 73,2 Prozent der Interviewten aus, im Jahr 2011 sind es noch 59,3 Prozent.

Ein höheres Strafmaß fordern 82,6 Prozent der Befragten in Niedersachsen in 2003, 2011 reduziert sich die Befürwortung auf 72,1 Prozent. Nahezu jede_r dritte Befragte (30,7 Prozent) in Niedersachsen ist im Jahr 2011 der Meinung, dass es „zu viele Ausländer in Deutschland“ gibt. 2003 fand diese fremdenfeindliche Aussage bei mehr als jedem_r Zweiten eine Zustimmung. Ausländer bei Arbeitsknappheit wieder auszuweisen und in ihre Heimatländer zurückzuschicken, befürworteten in 2003 26,8 Prozent der Interviewten, in 2011 sinkt die Zustimmung zu dieser fremdenfeindlichen Aussage leicht auf 21,9 Prozent.

Tabelle 1: Zustimmung zu den Indikatoren von Rechtspopulismus in Niedersachsen und Gesamtdeutschland (ohne Niedersachsen und Bremen) für 2003 und 2011 (in Prozent)

		Erhebungsjahr	N	Ich stimme eher zu	Ich stimme voll und ganz zu
<i>Politische Machtlosigkeit</i>					
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	Niedersachsen	2003	226 (4)	28.3	32.7
		2011	147 (7)	22.5	25.9
	Gesamtdeutschland	2003	2 710 (290)	25.9	37.7
		2011	1 773 (227)	22.7	34.6
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	Niedersachsen	2003	225 (5)	21.3	15.1
		2011	148 (6)	12.8	16.2
	Gesamtdeutschland	2003	2 703 (297)	19.4	17.3
		2011	1 772 (228)	17.5	18.1
<i>Antisemitismus</i>					
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	Niedersachsen	2003	214 (16)	12.6	6.5
		2011	146 (8)	6.2	2.7
	Gesamtdeutschland	2003	2 555 (445)	12.5	8.2
		2011	1 724 (276)	9.2	4.7
		Erhebungsjahr	N	Ich stimme eher zu	Ich stimme voll und ganz zu
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	Niedersachsen	2003	219 (11)	10.1	1.8
		2011	142 (12)	2.8	1.4
	Gesamtdeutschland	2003	2 565 (435)	10.1	5.0
		2011	1 734 (266)	6.6	2.3
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.	Niedersachsen	2003	219 (11)	33.8	16.4
		2011	143 (11)	25.9	4.9
	Gesamtdeutschland	2003	2 572 (428)	27.6	20.3
		2011	1 704 (296)	22.9	11.8
<i>Autoritäre Orientierung</i>					
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.	Niedersachsen	2003	220 (10)	30.0	43.2
		2011	145 (9)	32.4	26.9
	Gesamtdeutschland	2003	2 675 (325)	23.0	60.5
		2011	1 744 (256)	25.6	52.2

Verbrechen sollten härter bestraft werden.	Niedersachsen	2003	224 (6)	23.7	58.9
		2011	147 (7)	30.6	43.5
	Gesamtdeutschland	2003	2 682 (318)	27.5	46.2
		2011	1 753 (247)	29.4	34.1
<i>Fremdenfeindlichkeit</i>					
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	Niedersachsen	2003	223 (7)	28.7	23.8
		2011	147 (7)	19.1	11.6
	Gesamtdeutschland	2003	2 657 (343)	26.9	24.1
		2011	1 754 (246)	24.0	16.8
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	Niedersachsen	2003	224 (6)	17.0	9.8
		2011	142 (12)	13.4	8.5
	Gesamtdeutschland	2003	2 669 (331)	14.8	11.5
		2011	1 752 (248)	13.5	10.2
<i>Abwertung von Muslimen</i>					
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	Niedersachsen	2003	219 (11)	12.3	10.1
		2011	146 (8)	8.9	10.3
	Gesamtdeutschland	2003	2 618 (382)	13.2	12.2
		2011	1 736 (264)	13.1	13.7
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	Niedersachsen	2003	217 (13)	12.0	7.4
		2011	146 (8)	9.6	4.1
	Gesamtdeutschland	2003	2 618 (382)	12.7	9.3
		2011	1 735 (265)	11.4	7.7

Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003, 2011

Anmerkung:

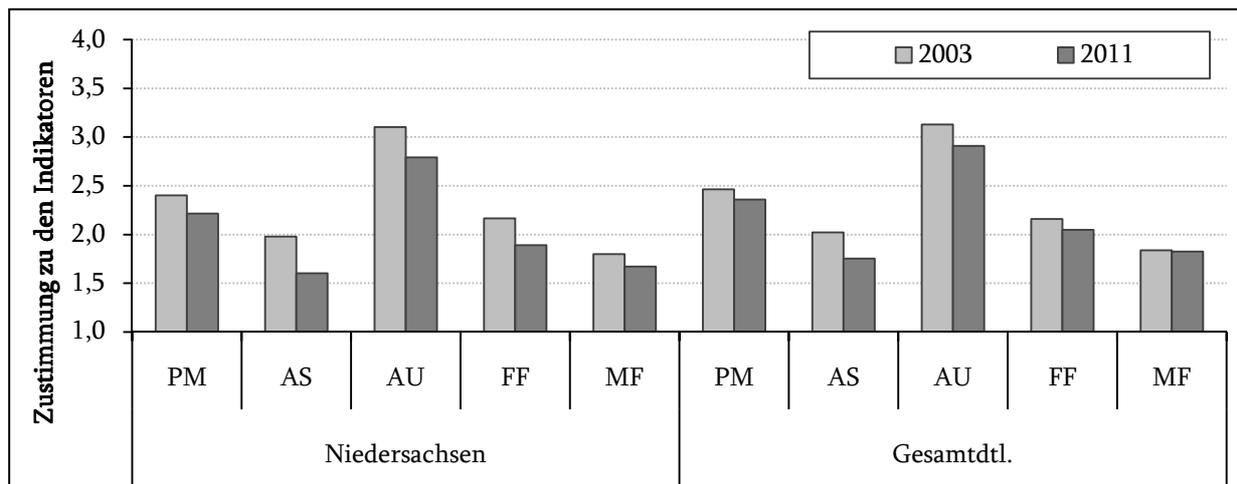
Die Werte in Klammern geben die fehlenden Werte im Erhebungsjahr an.

Während sich die Zustimmung zu allen anderen Indikatoren des Rechtspopulismus von 2003 auf 2011 reduziert, verbleibt die Abwertung von Muslimen auf annähernd gleich hohem Niveau. Dem Gefühl einer Entfremdung „durch die vielen Muslime“ stimmten in 2003 22,4 Prozent der Befragten zu. Über die Jahre hinweg nimmt dieser Eindruck in der niedersächsischen Bevölkerung nur leicht ab; auch in 2011 geben immer noch 19,2 Prozent der Interviewten an, sie würden sich durch Muslime „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlen. Darüber hinaus war 2003 rund jede_r fünfte Befragte (19,4 Prozent) aus Niedersachsen der Meinung, die Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland sollte unterbunden werden, während im Jahr 2011 jede_r Siebte (13,7 Prozent) dies befürwortete.

Einen klaren Überblick bietet die voranstehende Abbildung 17, in der ergänzend die Mittelwerte der Rechtspopulismus-Indikatoren dargestellt sind. Dieser ist deutlich zu entnehmen, dass die jeweiligen Zustimmungen der Befragten in Niedersachsen im Vergleich der Jahre 2003 und 2011 sinken. Damit folgt Niedersachsen dem gesamtdeutschen Trend. Auch hier reduzieren sich die Zustimmungen über die Jahre hinweg. Allerdings bleibt anzumerken, dass die Unterschiede in

den Mittelwerten der niedersächsischen Bevölkerung etwas stärker ausfallen als jene für die Gesamtbevölkerung.

Abbildung 17: Zustimmung zu den Indikatoren von Rechtspopulismus in Niedersachsen und Gesamtdeutschland (ohne Niedersachsen und Bremen) für 2003 und 2011 (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003, 2011

Anmerkung:

PM = Politische Machtlosigkeit, AU = Autoritarismus, AS = Antisemitismus, FF = Fremdenfeindlichkeit, MF = Muslimfeindlichkeit

Der Blick auf Bremen legt ein vergleichbares Potenzial rechtspopulistischer Einstellungen offen. (vgl. Tab. 2) Angesichts der geringen Befragtenanzahl in Bremen empfiehlt sich hier jedoch kein Vergleich zwischen den einzelnen Erhebungsjahren. Die folgenden Angaben beziehen sich auf die aggregierten Datensätze von 2003-2011.

Über die vergangenen Jahre geben insgesamt 55,8 Prozent der Bremer_innen an, sie hätten keinen Einfluss auf die Politik in Deutschland und 35,5 Prozent meinen, sie würden keinen Sinn im politischen Engagement sehen. Mehr als jede_r zweite Bremer_in (58,3 Prozent) spricht sich weiterhin für eine härtere Vorgehensweise gegen Straftaten aus und jede_r dritte Befragte (70,8 Prozent) fordert gleichzeitig die Bewahrung von Recht und Ordnung. Die Betrachtung der spezifischen Ablehnung von verschiedenen Minderheiten zeigt, dass antisemitische Einstellungen unter den Bremer Befragten am vergleichsweise geringsten auftreten. Etwa 11,4 Prozent sind unter anderem der Meinung, dass Juden zu viel Macht besäßen und 26,8 Prozent unterstellen, sie würden aus ihrer Vergangenheit in der Geschichte Deutschlands versuchen, einen Nutzen zu ziehen. Im Gegensatz dazu fällt die Zustimmung zu den fremden- und muslimfeindlichen Aussagen etwas stär-

ker aus. So befürworteten insgesamt 41,9 Prozent der Bremer_innen die Aussagen, dass es einerseits generell zu viele Ausländer in Deutschland gäbe und 15,9 Prozent andererseits die Ausweisung, sollte sich eine Knappheit von Arbeitsplätzen ergeben. Die Abwertung von Muslimen zeigt sich bei 16,8 Prozent der Bremer Befragten, welche einen Zuwanderungsstopp dieser Minderheit befürworten. Beinahe jede_r Dritte (31,1 Prozent) fühlt sich darüber hinaus „durch die vielen Muslime“ entfremdet.

Tabelle 2: Zustimmung zu den Indikatoren von Rechtspopulismus in Bremen für 2003 – 2011 (in Prozent)

	Erhebungs- jahr	N	Ich stimme eher zu	Ich stimme voll und ganz zu
<i>Politische Machtlosigkeit</i>				
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	2003 – 2011	138 (14)	26.8	29.0
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	2003 – 2011	138 (14)	18.8	16.7
<i>Antisemitismus</i>				
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	2003 – 2011	141 (11)	5.7	5.7
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	2003 – 2011	144 (8)	6.3	0.7
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.	2003 – 2011	131 (21)	17.6	9.2
<i>Autoritäre Orientierung</i>				
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.	2003 – 2011	144 (8)	25.7	32.6
Verbrechen sollten härter bestraft werden.	2003 – 2011	147 (5)	27.9	42.9
<i>Fremdenfeindlichkeit</i>				
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	2003 – 2011	146 (6)	27.4	14.5
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	2003 – 2011	145 (7)	9.0	6.9
<i>Abwertung von Muslimen</i>				
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	2003 – 2011	145 (7)	16.6	14.5
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	2003 – 2011	143 (9)	9.8	7.0

Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003 – 2011

Anmerkung:

Die Werte in Klammern geben die fehlenden Werte im Erhebungsjahr an.

Außerhalb von Niedersachsen und Bremen meinten insgesamt 63,6 Prozent der Befragten in 2003, sie hätten keinen Einfluss auf die Politik, im Jahr 2011 sind es immerhin noch 57,2 Prozent, die dies annehmen. 36,8 Prozent der Deutschen hielten es im Jahr 2003 für sinnlos, sich politisch zu

engagieren. Für 2011 liegt diese Zustimmung mit 35,6 Prozent nahezu genauso hoch. Wenngleich auch für autoritäre und reaktionäre Einstellungen eine Abnahme festzustellen ist, bezieht sich dies auf nur wenige Prozentpunkte. Beinahe Drei Viertel aller Interviewten (73,8 Prozent) sprachen sich 2003 für ein härteres Vorgehen gegen Unruhestifter aus, um Recht und Ordnung in Deutschland zu wahren, im Jahr 2011 liegt die Befürwortung dessen bei 63,3 Prozent. 77,6 Prozent forderten im gleichen Jahr höhere Bestrafungen von Delikten, während 2003 insgesamt 83,5 Prozent dieser Meinung waren. Eine weitere Reduzierung lässt sich für antisemitische Tendenzen feststellen. Im Vergleich zu 2003 äußerten 2011 beispielsweise noch 13,8 Prozent der deutschen Bevölkerung (2003: 20,6 Prozent), Juden besäßen zu viel Macht und 34,5 Prozent, sie würden von ihrer Vergangenheit profitieren wollen (2003: 47,7 Prozent). In 2003 hielt darüber hinaus jede_r Zweite (51,1 Prozent) die Zahl der Ausländer für zu hoch und 26,3 Prozent fanden, bei Arbeitsplatzknappheit „sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“. Etwa 40,8 Prozent beziehungsweise 23,7 Prozent der Interviewten stimmten diesen Aussagen auch noch im Jahr 2011 zu. Die einzige, wenngleich sehr geringe, Zunahme ist für das Empfinden der deutschen Bevölkerung, „fremd im eigenen Land“ zu sein, festzustellen. Im Vergleich zu 25,5 Prozent in 2003, gaben 2011 etwa 26,8 Prozent dieses Gefühl der Entfremdung durch die vielen Muslime an. Im Gegensatz dazu sank die Zustimmung zur Aussage, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ von 22,0 Prozent im Jahr 2003 auf 19,1 Prozent in 2011.

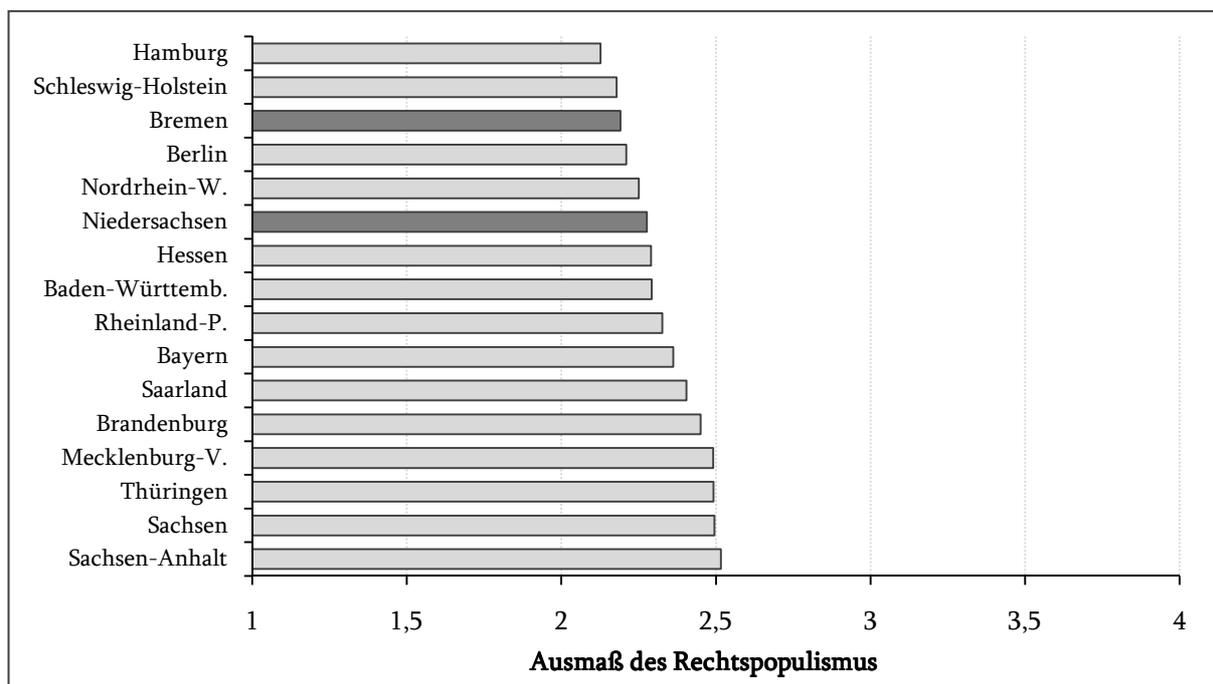
3.4.2 Vergleich zu anderen Bundesländern

Wie oben dargestellt, zeigen sich rechtspopulistische Einstellungen in der niedersächsischen und Bremer Bevölkerung durchaus verbreitet, nichtsdestotrotz nehmen sowohl Niedersachsen (Platz 11 von 16) als auch Bremen (Platz 14 von 16) im Vergleich zu den anderen Bundesländern eher untere Ränge ein. In Abbildung 18 ist das rechtspopulistische Potenzial in den verschiedenen Bundesländern dargestellt. Vor allem im Stadtstaat Hamburg und in Schleswig-Holstein liegt das Niveau rechtspopulistischer Einstellungen insgesamt niedriger, während es in ostdeutschen Bundesländern wie Sachsen-Anhalt, Sachsen oder Thüringen am höchsten ausfällt. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern erweisen sich als hochsignifikant (alle Indikatoren soweit erfasst über alle Befragungswellen).

Allerdings sei an dieser Stelle auf das Intervall aufmerksam gemacht, in dem sich die ausgegebenen Mittelwerte befinden. Dieser Bereich fällt überaus klein aus, von rund 2,2 für Hamburg bis etwa 2,5 für Sachsen-Anhalt, sodass von einer Entwarnung Abstand genommen werden sollte.

Das Ausmaß des Rechtspopulismus liegt in Niedersachsen und Bremen unter dem Bundesdurchschnitt.

Abbildung 18: Ausmaß des Rechtspopulismus im Bundesländer-Vergleich (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey, 2003 – 2011

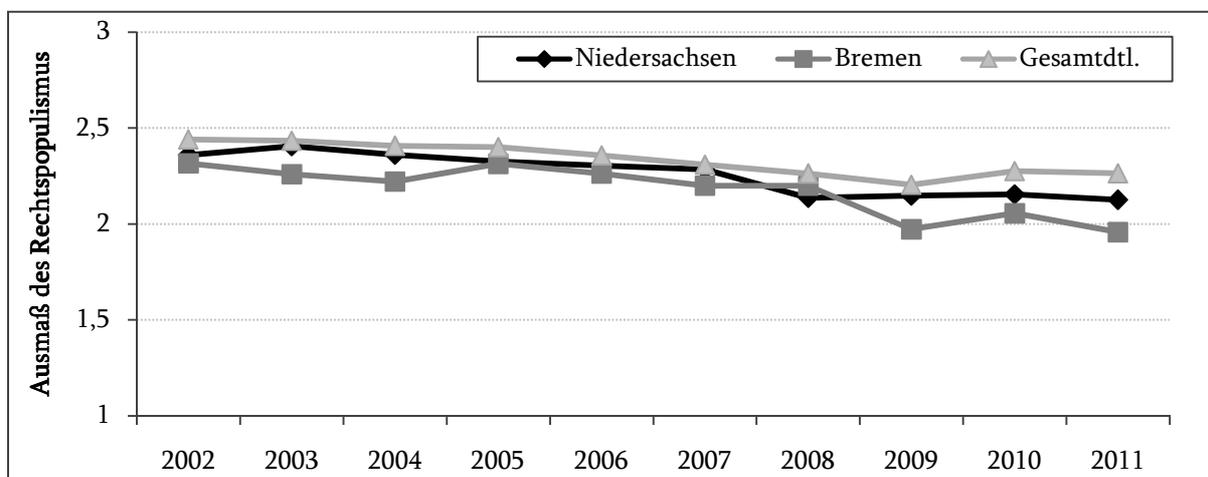
3.4.3 Die Entwicklung des Rechtspopulismus von 2003 bis 2012

Was sich in den bisher genannten Prozentzahlen bereits andeutet, verdichtet sich, betrachtet man den Verlauf der Mittelwerte der zusammengefassten Skala Rechtspopulismus über die letzten 10 Jahre: Von 2002 bis 2011 hat das Ausmaß rechtspopulistischer Einstellungsmuster leicht, aber nahezu kontinuierlich abgenommen (vgl. Abb. 19). Insbesondere der Trend in Niedersachsen verläuft nahezu parallel zu dem für Gesamtdeutschland (ohne Niedersachsen und Bremen), während für Bremen, aufgrund fehlender Signifikanz zwischen den einzelnen Erhebungsjahren, kein eindeutiger Kurs über die Jahre hinweg festzustellen ist. Für 2011 zeigt sich ein geringeres rechtspo-

pulistisches Potenzial in Niedersachsen und Bremen im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet. Die Unterschiede fallen zwar, absolut gesehen, eher niedrig aus, sind aber dennoch signifikant.

Das Rechtspopulismus-Ausmaß zeigt sich für die Bundesländer Bremen und Niedersachsen seit 2003 rückläufig. Beide Bundesländer weisen im Vergleich zu Gesamtdeutschland ein geringeres Rechtspopulismus-Niveau im Jahr 2011 auf.

Abbildung 19: Die Rechtspopulismus-Entwicklung in Niedersachsen, Bremen und dem übrigen Bundesgebiet im Vergleich, 2002 – 2011 (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung, GMF-Survey 2003 - 2011

Anmerkung:

Ergebnisse Gesamtdeutschlands ohne Niedersachsen und Bremen.
Für das Jahr 2002 ist die Muslimfeindlichkeit nicht erfasst worden.

3.5 Demographisch anfällige Gruppen

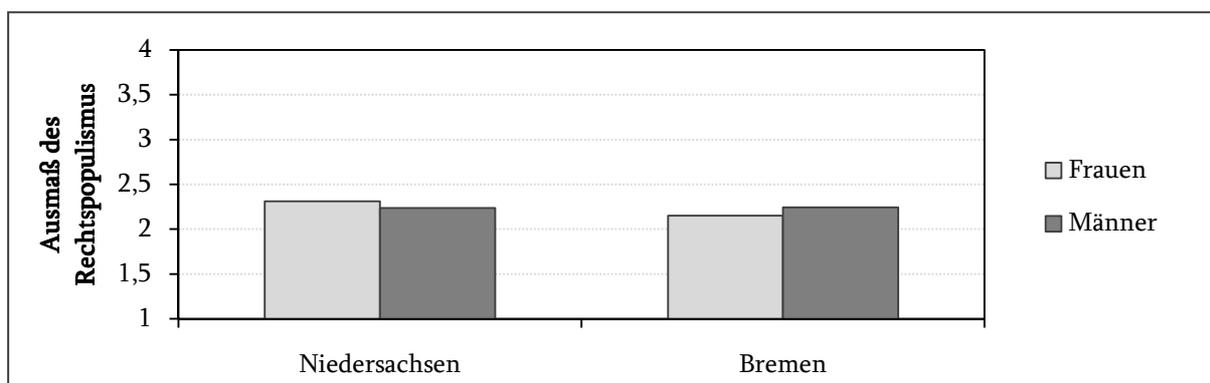
Im Folgenden wird über das Ausmaß rechtspopulistischer Einstellungen in verschiedenen demographischen Gruppen für Niedersachsen und Bremen berichtet; auf ähnliche oder abweichende Ergebnisse in Gesamtdeutschland (ohne Niedersachsen und Bremen) wird im Text verwiesen. Analysiert wurden jeweils die Mittelwerte der zusammengefassten Skala Rechtspopulismus, demgemäß höhere Werte für eine stärkere Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen stehen.

3.5.1 Geschlecht

In Niedersachsen wie auch im übrigen Deutschland neigen Frauen signifikant stärker zu rechtspopulistischen Einstellungen als Männer, sodass von einem Einfluss des Geschlechts ausgegangen

werden kann (Abb. 20). In der Bremer Bevölkerung verhält es sich genau umgekehrt; hier sind es eher die Männer, welche auf den ersten Blick zum Rechtspopulismus neigen als Frauen. Allerdings fällt die Differenz zwischen den Geschlechtern aufgrund der kleinen Stichprobe nicht signifikant aus. Das heißt, in Bremen hat das Geschlecht keinen Effekt auf das verschieden ausgeprägte rechtspopulistische Potenzial.

Abbildung 20: Rechtspopulismus nach Geschlecht in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)

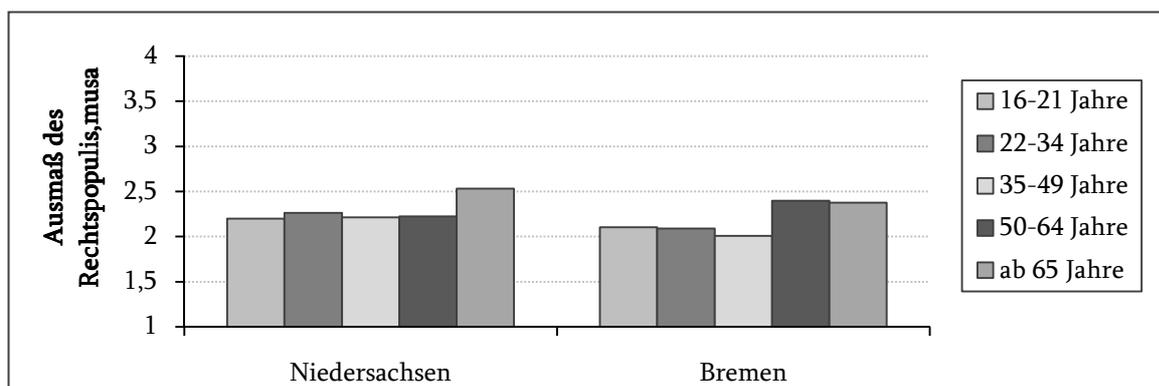


Quelle: Eigene Darstellung, GMF-Survey 2003 - 2011

3.5.2 Alter

Sowohl in Niedersachsen als auch in Bremen nimmt das Ausmaß des Rechtspopulismus mit dem Lebensalter zu: In den jüngeren Jahrgängen liegt das Ausmaß signifikant niedriger als in den älteren (vgl. Abb. 21). In Niedersachsen weisen insbesondere Interviewte ab 65 Jahren auffallend hohe Werte im Ausmaß von Rechtspopulismus auf, während sich eine ähnliche Tendenz für die Bremer Bevölkerung bereits bei Befragten ab 50 Jahren zeigt.

Abbildung 21: Rechtspopulismus nach Alter in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)



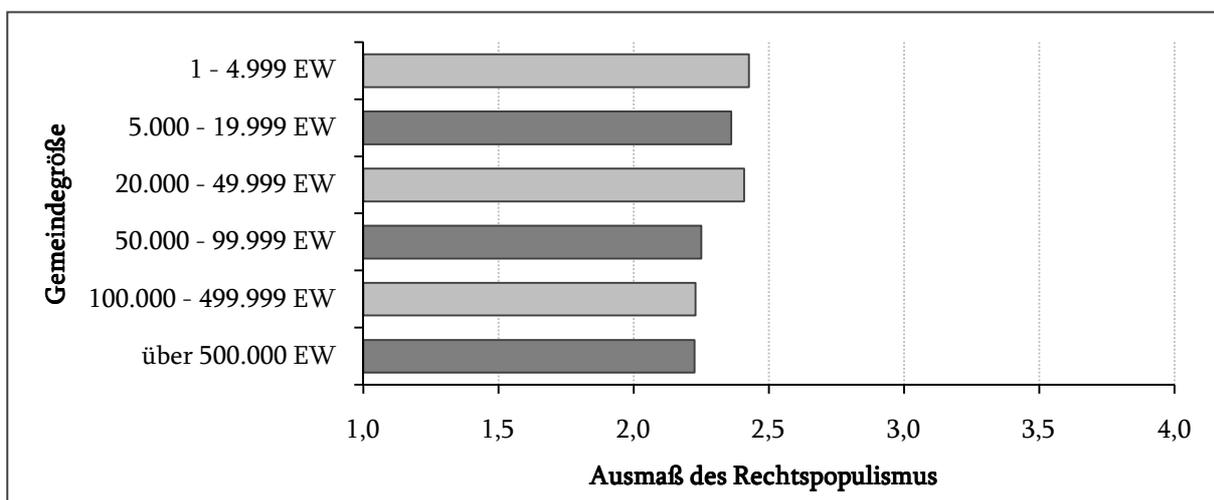
Quelle: Eigene Darstellung, GMF-Survey 2003- 2011

Jedoch sind auch hier die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen nicht signifikant. Das übrige Bundesgebiet kennzeichnet ebenso den Trend, dass Ältere im Durchschnitt eher zum Rechtspopulismus neigen als Jüngere.

3.5.3 Stadt/Land

Generell lässt sich konstatieren, dass die spezifische Größe des Wohnortes kaum einen Einfluss auf das Ausmaß des Rechtspopulismus nimmt (vgl. Abb. 22). Befragte, die auf dem Land, im Stadtrandgebiet oder in der Stadt leben, unterscheiden sich nur geringfügig in ihrer Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen voneinander. Tendenziell findet sich jedoch ein etwas größeres Potenzial bei Interviewten in kleineren Städten oder Dörfern als bei jenen in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern beziehungsweise dessen Einzugsbereich. Für Gesamtdeutschland zeichnet sich ein ganz ähnliches Bild ab: Auch hier sind es eher Bewohner in kleineren Städten und Ortschaften, die vergleichsweise am stärksten zum Rechtspopulismus neigen. Für Bremen erübrigt sich die Analyse nach Gemeindegröße.

Abbildung 22: *Rechtspopulismus nach Gemeindegröße in Niedersachsen (Mittelwertvergleich)*



Quelle: Eigene Darstellung, GMF-Survey 2003 – 2011

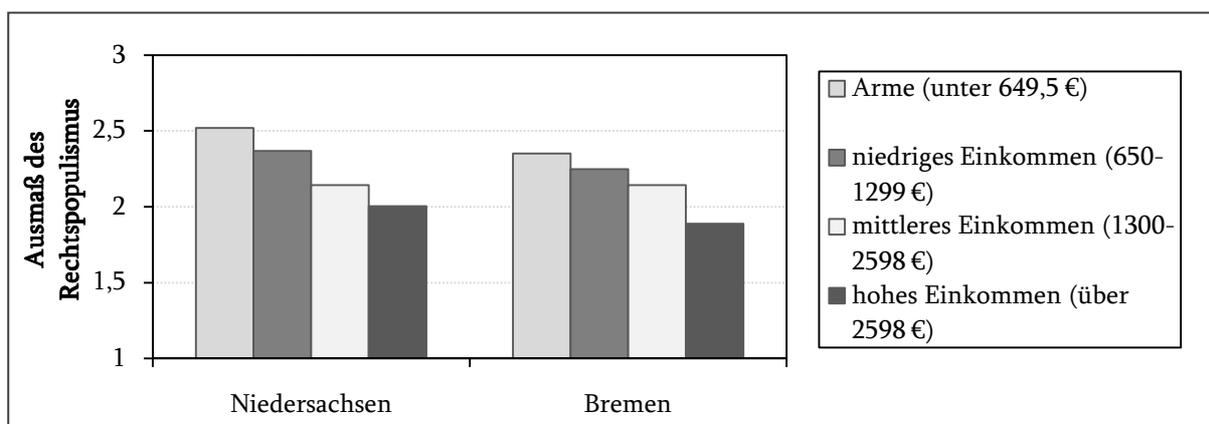
3.5.4 Einkommen

Je niedriger das Einkommen der Befragten, desto ausgeprägter der Rechtspopulismus (vgl. Abb. 23). In Niedersachsen fällt dieser lineare Trend noch deutlicher aus als in Bremen (hier sind die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen aufgrund der kleinen Stichprobe nicht signifi-

kant). Die erkennbare Differenz zwischen armen Menschen und jenen, die über ein niedriges Einkommen verfügen, ist statistisch jedoch nicht signifikant.

Insgesamt folgen Niedersachsen und Bremen hier dem bundesweiten Trend. Auch für das übrige Bundesgebiet lässt sich eine signifikante Abnahme des Rechtspopulismus feststellen, je höher das Einkommen der Interviewten ist.

Abbildung 23: Rechtspopulismus nach Einkommen in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)

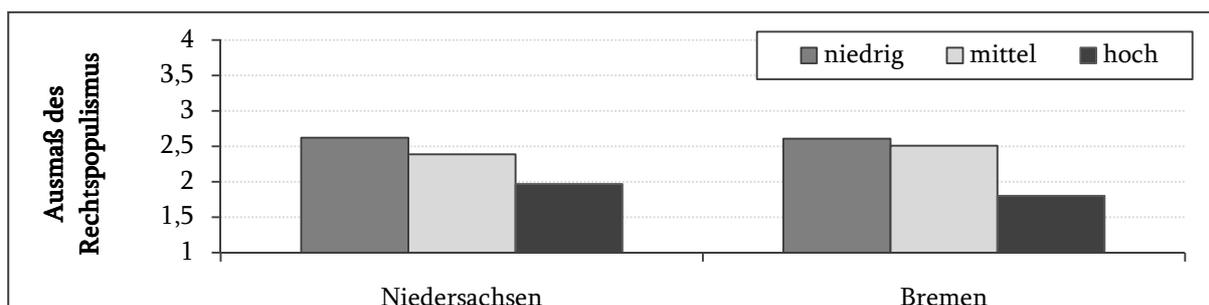


Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003 - 2011

3.5.5 Bildungsgrad

Unzählige Studien verweisen auf die Bedeutung der Bildung, die vor Vorurteilen und Rassismus schützen kann. Auch für rechtspopulistische Einstellungen in Niedersachsen und Bremen lässt sich dieser Effekt eindeutig identifizieren: Je niedriger der Bildungsabschluss der Befragten in beiden Bundesländern, desto stärker fällt die Zustimmung zum Rechtspopulismus aus (vgl. Abb. 24).

Abbildung 24: Rechtspopulismus nach Bildungsgrad in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003 - 2011

In der Bremer Bevölkerung ist zwar ein Unterschied zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau erkennbar, allerdings fällt dieser nicht signifikant aus.

Das Ausmaß rechtspopulistischer Einstellungen nimmt proportional zum Lebensalter zu. Frauen tendieren signifikant stärker zum Rechtspopulismus als Männer. Je höher das Bildungsniveau und das Einkommen der Befragten, desto geringer deren Rechtspopulismus-Niveau. Bundesweit nimmt mit einer sinkenden Gemeindegröße auch das Ausmaß des Rechtspopulismus zu. In Niedersachsen fallen diese Unterschiede allerdings kaum ins Gewicht.

3.6 Das Verhältnis zur Politik und Demokratie

Im nächsten Schritt soll über die Verknüpfungen von rechtspopulistischen Einstellungen mit anderen politischen Einstellungen berichtet werden. Welches Verhältnis haben Personen, die rechtspopulistische Einstellungen vertreten, zu Politik und Demokratie und wie schätzen sie ihre politische Orientierung ein?

Nachstehend wird demzufolge sowohl der Zusammenhang von Rechtspopulismus mit der allgemeinen politischen Selbstverortung der Befragten als auch mit ihrer Parteienpräferenz untersucht. Des Weiteren werden Einstellungen betrachtet, welche auf eine ‚Demokratieentleerung‘ hinweisen. Unter dem Begriff der Demokratieentleerung lassen sich wahrgenommene Kontrollverluste auf der politischen Ebene und gleichzeitig generelle Zweifel an der demokratischen Wirkungskraft verstehen (vgl. Klein/ Heitmeyer, 2012). Zur Analyse wurden jeweils die Mittelwerte der zusammengefassten Skala Rechtspopulismus ausgewertet; je höher die Werte, desto stärker fällt die Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen aus.

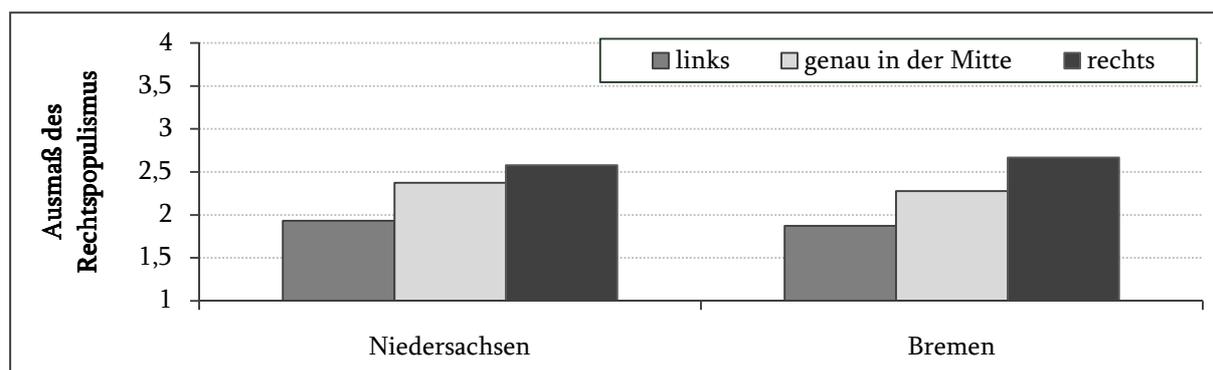
3.6.1 Politische Selbstverortung

Die Befragten wurden gebeten, sich auf einer 5-stufigen Skala von „links“, „eher links“, „genau in der Mitte“ bis „eher rechts“ und „rechts“ politisch selbst zu verorten. Von den insgesamt 1 748 erfassten Personen in Niedersachsen für die Jahre 2002 bis 2011 enthielten sich 69 Befragte bei der Frage nach ihrer politischen Orientierung. 31,3 Prozent der verbliebenen Befragten verorteten sich „links“ oder „eher links“, rund 14,1 Prozent positionierten sich selbst im mindestens eher rechten Spektrum. Mehr als jede_r zweite (54,6 Prozent) sieht sich „genau in der Mitte“. In Bre-

men ordneten sich 48,7 Prozent der Interviewten in der politischen Mitte ein, während sich etwa 10,6 Prozent im rechten und 40,6 Prozent im linken Lager sehen. 7 Personen der insgesamt 167 Befragten aus Bremen machten keine Angaben zu ihrer politischen Orientierung.

Für beide Bundesländer als auch für das übrige Bundesgebiet lässt sich festhalten, dass eine eher rechte Orientierung auch mit einer größeren Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen einhergeht. (vgl. Abb. 25). Je weiter rechts sich Personen also politisch verorten, desto stärker ist ihre Neigung rechtspopulistischen Aussagen zuzustimmen. In Bremen erweist sich diese Tendenz und die Differenz zwischen den Befragten verschiedener politischer Orientierung als besonders ausgeprägt.

Abbildung 25: Rechtspopulismus nach politischer Selbstverortung in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2002 – 2011

Anmerkung:

Befragte, die sich selbst „links“ oder „eher links“ verorten, wurden unter „links“ zusammengefasst, respektive unter „rechts“ jene, die sich selbst „rechts“ oder „eher rechts“ positionieren.

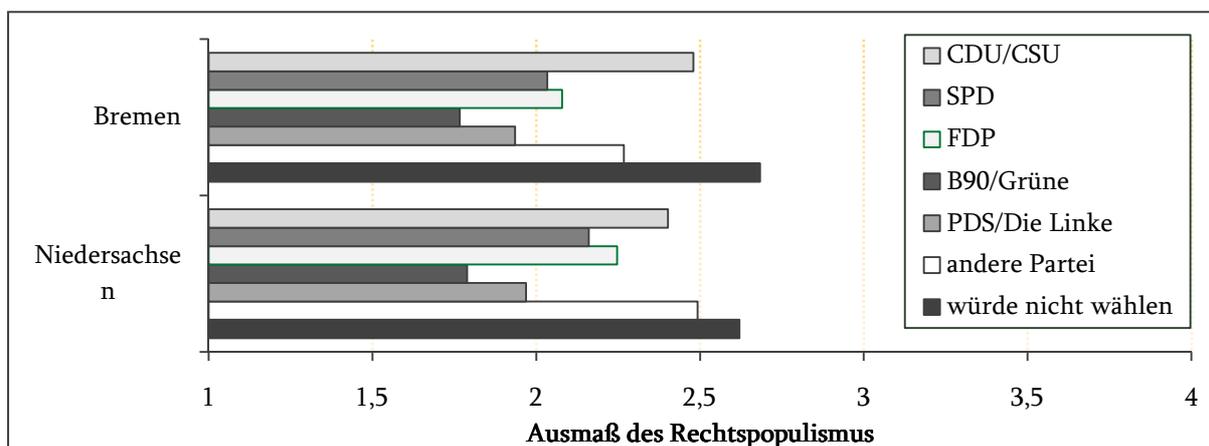
Die Interviewten in Niedersachsen, die sich im linken Spektrum und ‚genau in der Mitte‘ verorteten, neigen darüber hinaus etwas stärker zu rechtspopulistischen Einstellungen als jene in Bremen. Hierfür scheint die höhere Tendenz zum Rechtspopulismus in den ländlichen Gegenden Niedersachsens verantwortlich sein, wie eine ergänzende Analyse ergab.

3.6.2 Parteipräferenz

Die Parteipräferenz der Befragten ist mithilfe der ‚Sonntagsfrage‘, vergleichbar zu den Wahlumfragen, erhoben worden: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“

Die potentiellen Wähler_innen der verschiedenen Parteien unterscheiden sich deutlich im Ausmaß ihrer Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen (vgl. Abb. 26). Auffallend hoch ist die Zustimmung unter den Nicht-Wähler_innen und in Niedersachsen auch unter jenen, die angeben, ‚eine andere Partei‘ zu wählen; hier wurden über die Jahre unter anderem rechte Parteien wie die Schill-Partei und die DVU genannt, aber auch die Piraten- oder Rentnerpartei. Auch die Befragten, welche die CDU/CSU präferieren, neigen vergleichsweise eher zur Zustimmung rechtspopulistischer Einstellungen; dies lässt sich insbesondere für Bremen beobachten. Das Ausmaß unter den potenziellen Wähler_innen von SPD und FDP liegt bei Berücksichtigung der Mittelwert-Intervalle nur geringfügig niedriger. Dementgegen tendieren jene, welche die Partei B90/Grüne wählen würden, gefolgt von Wähler_innen der PDS/Die Linke, vergleichsweise seltener zum Rechtspopulismus. Insgesamt fällt das Antwortmuster in Bremen und Niedersachsen recht ähnlich aus. In Bremen erreichen allerdings aufgrund der kleinen Stichprobe lediglich die Unterschiede zwischen B90/Grünen- und den Wähler_innen der CDU/CSU respektive Nichtwähler_innen das Signifikanzniveau.

Abbildung 26: Rechtspopulismus nach Parteipräferenz in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003 – 2011

3.6.3 Demokratieentleerung

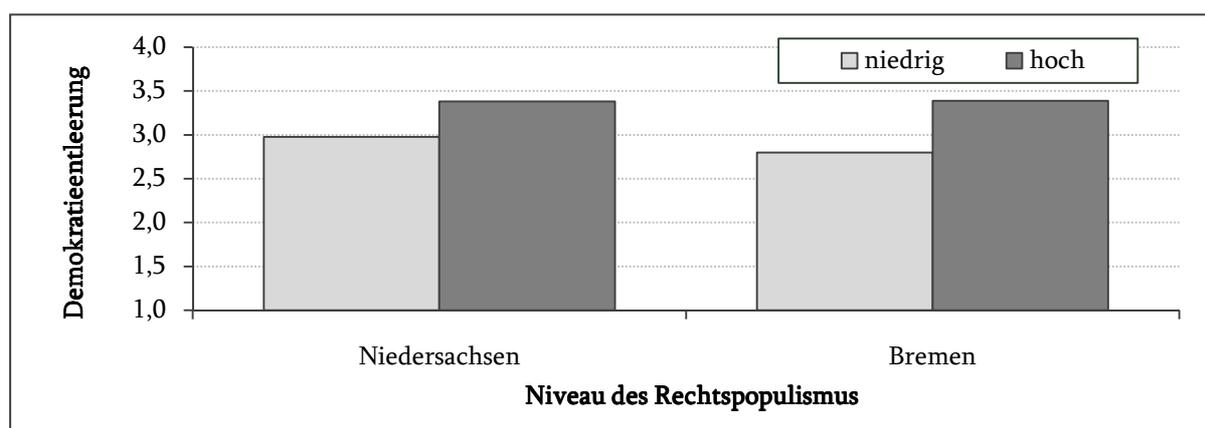
Das mangelnde Vertrauen in die Demokratie, das sich in der ‚Demokratieentleerung‘ spiegelt, wurde im GMF-Survey mit den folgenden Aussagen erfasst: „Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht.“, „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.“, „Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die

Politik.“ und „Die schnellen Entscheidungen der Wirtschaft gehen auf Kosten unserer demokratischen Mitbestimmung.“ Diese Äußerungen konnten ebenfalls mithilfe einer 4-stufigen Antwortskala abgelehnt beziehungsweise befürwortet werden.

Sowohl dem Unterlaufen des demokratischen Politik-Systems durch die Wirtschaft als auch dem unmittelbaren Verdacht, deutsche Politiker_innen selbst umgingen das Gesetz, wird von über drei Viertel aller Befragten in Niedersachsen zugestimmt (78,2 und 75,1 Prozent). In Bremen liegt das Ausmaß an Demokratieentleerung bei 77,9 Prozent beziehungsweise 75,0 Prozent.

Insgesamt ist festzuhalten, je rechtspopulistischer eine Person eingestellt ist, desto geringer ist auch ihr Vertrauen in die Demokratie (vgl. Abb. 27). Für die niedersächsische Bevölkerung zeigt sich der signifikante Unterschied zwischen den Gruppen mit niedrigem beziehungsweise hohem Rechtspopulismus-Niveau etwas kleiner als in Bremen. Doch auch Personen, die nur über ein sehr geringes rechtspopulistisches Einstellungsmuster verfügen, tendieren zu starkem Misstrauen gegenüber der allgemeinen Demokratie und ihren ausführenden Organen. Die Analyse für das übrige Bundesgebiet legt nahe, dass die Tendenz in Niedersachsen und Bremen dem gesamtdeutschen Trend folgt: Je rechtspopulistischer, desto ausgeprägter die allgemeine Demokratieentleerung.

Abbildung 27: *Rechtspopulismus nach Demokratieentleerung in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)*



Quelle: Eigene Darstellung, GMF-Survey 2008 - 2010

Je rechter sich die Befragten in Niedersachsen und Bremen politisch verorten, desto stärker neigen sie zum Rechtspopulismus. Insbesondere Nichtwähler_innen, die Präferenz einer anderen Partei und CDU/CSU-Wähler_innen weisen höhere Zustimmungen zu rechtspopulistischen Einstellungen auf. Personen mit hohem Rechtspopulismus-Niveau besitzen ein geringeres Vertrauen in die Demokratie.

3.7 Wie ‚rechts‘ sind Rechtspopulist_innen?

Eine weitere und durchaus berechtigte Frage ist, wie ‚rechts‘ Personen, die ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster aufweisen, tatsächlich sind. So schreibt bereits Bauer den Rechtspopulist_innen eine gewisse Radikalität zu, doch gestalten sich deren Agitationen und Ziele aufgrund der besonderen Kontext-Abhängigkeit sehr viel dynamischer als es unter Rechtsextremist_innen der Fall ist (vgl. 2010: 5f; Kap. 1.3).

Der Rechtsextremismus selbst wird als Einstellungskonglomerat verstanden, das sich aus einer generellen Gewaltakzeptanz, die sowohl die Billigung von, als auch die Bereitschaft zur Gewalt impliziert, einer generellen Verharmlosung der NPD und die Zustimmung zur allgemeinen Ungleichwertigkeit zusammensetzt. Für die dazugehörigen und bezeichnenden Aussagen, mithilfe derer ein rechtsextremes Einstellungsprofil erfasst werden kann, liegt jeweils eine 4-stufige Antwortskala von (1) „stimme überhaupt nicht zu“ bis (4) „stimme voll und ganz zu“ zugrunde.

Ferner sollte ebenso die unterschiedlich wahrgenommene Notwendigkeit der Prävention gegen Rechtsextremismus Untersuchungsgegenstand sein. Dazu wurde das 5-Stufenmodell zum individuellen Hilfeverhalten von Latané und Darley (1970) herangezogen, welches mithilfe verschiedener Beispielaussagen aus dem GMF-Survey 2008 auch für Niedersachsen und Bremen analysiert werden kann (vgl. Zick/ Küpper/ Legge, 2009).

3.7.1 Allgemeine Gewaltakzeptanz

Die allgemeine Gewaltakzeptanz wurde mithilfe von Aussagen abgebildet, welche die allgemeine Billigung wie die tatsächliche Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt implizieren. Ersteres umfasst vor allem die Befürwortung der Gewaltanwendung, handelt es sich um die ‚notwendige‘ Korrektur von Verhältnissen, innerhalb derer den einen nicht bewusst ist, dass ‚andere‘ „Herr im Hause“ sind. Im GMF-Survey ist die Gewaltbilligung wie folgt erfasst worden: „Wenn sich andere bei uns

breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.“ und „Durch Anwendung von Gewalt können klare Verhältnisse geschaffen werden“. Zustimmung fanden diese Äußerungen bei 7,7 bis 12,7 Prozent der Befragten in Niedersachsen, für Bremen liegt die Billigung bei rund 6,7 Prozent. Zweiteres zielt hingegen auf die tatsächliche Bereitschaft zum aktiven Gewalteinsetz, wenn denn die eigene (soziale) Position vom Gegenüber infrage gestellt wird und folglich verteidigt werden ‚muss‘. Des Weiteren ist hier ebenfalls eine gewisse Spontanität inbegriffen, welche beispielsweise bereits bei Beleidigungen und Kränkungen zu gewalttätigen Reaktionen führt. Die Erfassung der Gewaltbereitschaft wurde mit den Aussagen „Wenn mich jemand beleidigt, kann es ihm passieren, dass er sich eine fängt.“ und „Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen.“ abgebildet. Unter den Bremer Befragten bejahten diesen Einsatz 8,4 bis etwa 12,0 Prozent. In Niedersachsen liegt die Zustimmung zur aktiven und bewussten Gewaltanwendung bei 9,2 bis 11,6 Prozent.

Für beide Bundesländer zeigt sich, dass die Beipflichtung, der Einsatz von Gewalt sei unter spezifischen Umständen durchaus legitim, unter den Befragten, die rechtspopulistischen Einstellungen verstärkt zustimmen, deutlich höher ausfällt (vgl. Abb. 28). Der Unterschied zwischen den jeweiligen Gruppen mit einem niedrigen beziehungsweise hohen Niveau hinsichtlich des rechtspopulistischen Einstellungsmusters erweist sich sowohl für Niedersachsen wie für Bremen als höchstsignifikant.

In beiden Bundesländern neigen Befragte, die rechtspopulistisch eingestellt sind, stärker zur Billigung von und Bereitschaft zu Gewalt.

3.7.2 Verharmlosung der NPD-Partei

Die Verharmlosung der rechtsextremen NPD wurde mithilfe von Äußerungen gemessen, welche die Partei einerseits in die Reihen der übrigen rücken und demgemäß keine Rede von Besonderheit in Ideologie und Programm ist. Andererseits schließt hier das bereits erwähnte Misstrauen in die Politik an, indem die NPD nicht schlechter angesehen wird als andere Parteien. Im GMF-Survey wurde die NPD-Verharmlosung mit den Äußerungen „Die NPD ist eine Partei wie jede andere.“ und „Die NPD ist auch nicht schlechter als andere Parteien.“ erhoben. In der niedersächsischen Stichprobe stimmten zwischen 7,1 und 12,1 Prozent dieser Aussage zu. Von den 42 Bre-

mer_innen, welche innerhalb der Jahre 2008 und 2010 befragt wurden, sprachen sich 4,8 bis 9,5 Prozent für die NPD als durchaus normale Partei aus. Angesichts der hier sehr geringen Fallzahl sind sowohl die genannten Zustimmungswerte als auch die folgende Auswertung der Gruppen mit niedrigem und hohem Niveau an rechtspopulistischen Einstellungsmustern mit Vorsicht zu betrachten.

Die Bagatellisierung der NPD-Ideologie zeigt sich stärker ausgeprägt bei den befragten Personen mit einem hohen Rechtspopulismus-Niveau in Niedersachsen und Bremen (vgl. Abb. 28). Für beide Bundesländer liegen die Mittelwerte in den Gruppen, die nur selten rechtspopulistischen Einstellungsmustern folgen, nahezu gleich auf. Gleiches gilt für die Betrachtung derjenigen, die hier als deutlich rechtspopulistisch identifiziert wurden. Anzumerken ist jedoch zum einen, dass die Verharmlosung der NPD-Partei in der niedersächsischen Bevölkerung etwas häufiger vorkommt. Zum anderen besitzen die Gruppenunterschiede zwischen den Befragten mit niedrigem respektive hohem Rechtspopulismus-Niveau keine Signifikanz, sodass nicht von einer systematischen Differenz gesprochen werden kann. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Zustimmung zu den Aussagen, die NPD sei eine Partei wie jede andere beziehungsweise nicht schlechter als die übrigen Parteien, im Vergleich mit den weiteren Elementen des Rechtsextremismus am geringsten ausfällt – sowohl auf Seiten der Personen mit niedrigem als auch hohem Rechtspopulismus-Niveau.

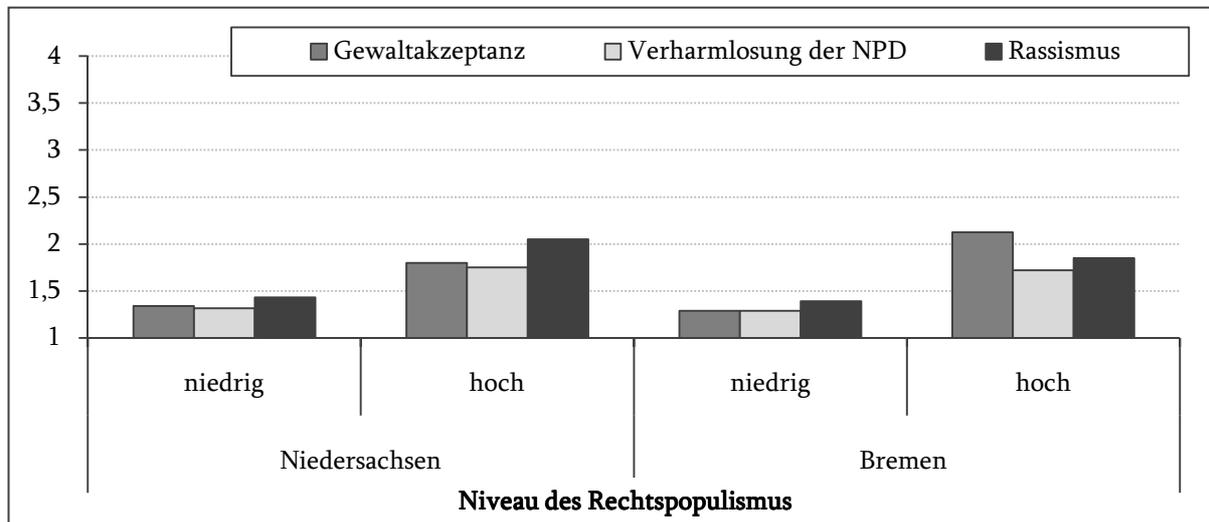
3.7.3 Rassismus-Tendenzen

Offenkundig rassistische Einstellungen respektive die Behauptung, es bestände eine allgemeine Ungleichwertigkeit, sind mithilfe von Aussagen erfragt worden, die unmittelbar auf die Besserstellung derjenigen abzielen, welche deutscher Abstammung sind und den ‚Weißen‘ die Führungsposition in der Welt zusprechen; „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.“ und „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“ Für Niedersachsen liegen die dementsprechenden Zustimmungswerte zwischen 10,5 und 16,5 Prozent. In der Bremer Stichprobe befürworteten 5,5 bis 14,6 Prozent die Richtigkeit einer allgemeinen Ungleichwertigkeit.

Die Betrachtung der Abbildung 28 legt einen über beide Bundesländer hinweg erhöhten Zuspruch zur allgemeinen Ungleichwertigkeit unter den Befragten offen, welche im Vergleich zu jenen,

deren Rechtspopulismus-Niveau eher niedrig liegt, über ein sehr ausgeprägtes rechtspopulistisches Einstellungsmuster verfügen. In Niedersachsen zeigt sich dieser Umstand etwas klarer in den abgebildeten Gruppenunterschieden, während die Differenz für die Bremer Bevölkerung kleiner ausfällt. Darüber hinaus muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch Personen mit geringem Rechtspopulismus-Niveau den Aussagen zum Rassismus vergleichsweise stärker zustimmen als dies für die Kriterien der allgemeinen Gewaltakzeptanz und die NPD-Verharmlosung der Fall ist.

Abbildung 28: Rechtspopulismus und rechtsextreme Einstellungsmuster (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung, GMF-Survey 2008 – 2010

Ein hohes Rechtspopulismus-Niveau geht mit zunehmender Verharmlosung der NPD einher. In Bremen wird die NPD vergleichsweise seltener bagatellisiert. Je stärker eine Person zu rechtspopulistischen Einstellungen tendiert, desto größer fällt auch ihre Befürwortung der allgemeinen Ungleichwertigkeit aus.

3.7.4 Haltung zu präventiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Mithilfe des bereits erwähnten 5-Stufen-Modells nach Latané/ Darley (1970) soll es nunmehr um die Frage gehen, inwiefern sich die identifizierten Personen mit hohem und niedrigem Rechtspopulismus-Niveau in ihrer spezifischen Zivilcourage gegen den Rechtsextremismus unterscheiden. Ein tatsächlich aktives Eingreifen ist zunächst durch die Notwendigkeit der Wahrnehmung eines (rechtsextremen Vorfalls) bedingt; dies gilt als erster entscheidender Schritt. In einem zweiten muss der bis hierhin wahrgenommene Vorfall zusätzlich auch als ein solcher verstanden werden.

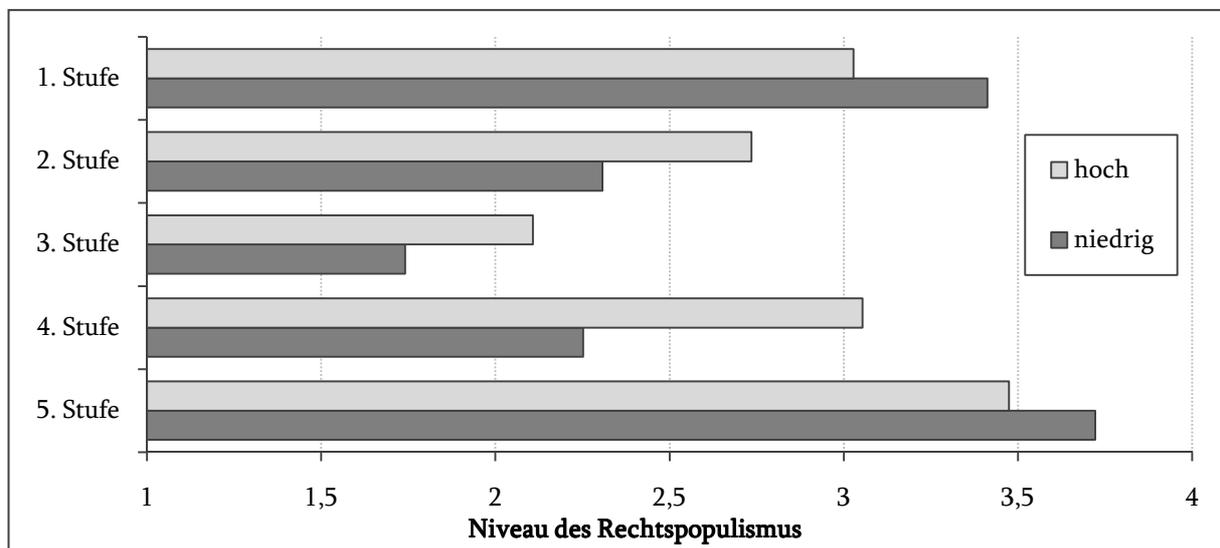
Es genügt nicht, Auseinandersetzungen bloß zu erkennen, sondern sie auch als rechtsextremistischen Akt einzustufen. Mit dem dritten Schritt gilt es, die eigene Verantwortlichkeit zu konstatieren: „Nur wer sich zuständig fühlt, hilft [auch]“ (Zick/ Küpper/ Legge, 2009: 173). Dem Durchlaufen dieser ersten drei Etappen des Hilfeverhaltens schließt sich die Entscheidung an, tatsächlich zu intervenieren oder nicht. Ein positiver Beschluss dessen führt in einem vierten Schritt zur Abwägung verfügbarer Taktiken und Fähigkeiten, die für das ‚richtige‘ Eingreifen von Nöten sind. Auf der abschließenden fünften Stufe könnte nunmehr eine couragierte Intervention erfolgen, wenn denn sämtliche Umstände und Barrieren, wie beispielsweise Angst vor einer Fehlinterpretation des Vorfalls oder sich selbst in Gefahr zu bringen, ausgeräumt sind (vgl. a.a.O.: 173f).

Das 5-Stufen-Modell lässt sich nun mithilfe ausgewählter Beispiel-Aussagen wie folgt abbilden: 1. „Ich habe schon häufig von rechtsextremen Fällen gehört“, 2. „Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht“, 3. „Damit sollen sich Experten beschäftigen“, 4. „Ich wüsste nicht, was man gegen den Rechtsextremismus tun sollte“ und 5. „Gegen den Rechtsextremismus muss man dringend etwas unternehmen“. Die Antwortskala reicht auch hier von (1) „stimme überhaupt nicht zu“ bis (4) „stimme voll und ganz zu“. Die Analyse des jeweiligen Hilfeverhaltens unter Personen mit hohem, im Vergleich zu jenen mit niedrigem Rechtspopulismus-Niveau beschränkt sich aufgrund der Datenlage zum einen auf das Jahr 2008 und zum anderen auf die Stichprobe Niedersachsen. Angesichts der geringen Fallzahl Bremens im selben Jahr hätten hier keine eindeutigen Aussagen getroffen werden können.

Es zeigt sich, dass insbesondere die mediale Berichterstattung über Fälle mit rechtsextremem Hintergrund von den niedersächsischen Befragten mit hohem Rechtspopulismus-Niveau einerseits nicht wahr- und vor allem nicht ernst genommen (1. Stufe) und derselben andererseits eine Dramatisierung der Geschehnisse vorgeworfen wird (2. Stufe). (vgl. Abb. 29) Im Vergleich dazu scheinen Personen, die ein niedriges Rechtspopulismus-Niveau aufweisen, Meldungen zum Rechtsextremismus sehr viel sensibler und aufmerksamer zu verfolgen und auch deren Korrektheit und Realitätsnähe nicht anzuzweifeln. Darüber hinaus hegen sie ebenso ein größeres Verantwortungsbewusstsein und meinen, „damit soll[t]en sich [nicht nur] Experten beschäftigen“ (3. Stufe). Ganz im Gegensatz zur Gruppe derjenigen, die deutlich rechtspopulistisch eingestellt sind: Diese wehren die eigene Zuständigkeit für rechtsextremistisch motivierte Geschehnisse und Vorfälle sehr viel häufiger ab und wähnen sich auch nicht im Besitz der richtigen Strategien (4.

Schritt). Doch möglicherweise greift hier nicht nur die Absenz spezifischer Taktiken, welche ein aktives Eingreifen wahrscheinlich werden lassen, sondern ebenso die angenommene Dringlichkeit. Diesbezüglich erweist sich der Mittelwertvergleich beider Gruppen für die 5. Stufe als überaus interessant. Es zeigt sich hier nicht nur die geringste durchschnittliche Zustimmungsdifferenz, sondern darüber hinaus, dass auch Personen mit hohem Rechtspopulismus-Niveau vermehrt der Meinung sind, gegen den Rechtsextremismus müsse dringend vorgegangen werden.

Abbildung 29: Rechtspopulismus und die Haltung zu präventiven Maßnahmen gegen ‚rechts‘ in Niedersachsen (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2008

Anmerkung:

1. Stufe: „Ich habe schon häufig von rechtsextremen Fällen gehört.“
2. Stufe: „Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.“
3. Stufe: „Damit sollen sich Experten beschäftigen.“
4. Stufe: „Ich wüsste nicht, was man gegen den Rechtsextremismus tun sollte.“
5. Stufe: „Gegen den Rechtsextremismus muss man dringend etwas unternehmen.“

Personen mit hohem Rechtspopulismus-Niveau nehmen rechtsextreme Vorfälle signifikant seltener wahr und zweifeln die Berichterstattung an. Allerdings sehen sie auch den annähernd gleichen Aktionsbedarf gegen Rechtsextremismus wie Befragte, die über ein nur geringes Rechtspopulismus-Niveau verfügen.

3.8 Werthaltungen in rechtspopulistischen Gewässern

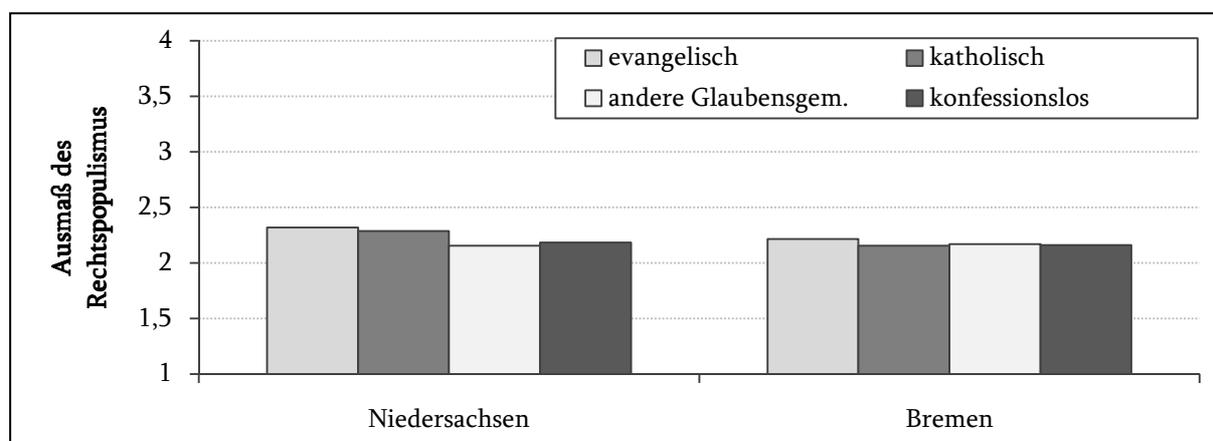
Das folgende Kapitel widmet sich der Analyse des Effektes allgemeiner Werthaltungen auf das Ausmaß des Rechtspopulismus. Untersucht wurde zunächst das jeweilig ausgeprägte rechtspopu-

listische Einstellungsmuster in Abhängigkeit von der spezifischen Religionsgemeinschaft und der selbsteingeschätzten Religiosität. Dies erweist sich insofern von Interesse, als dass die Pro-Bewegung beispielsweise erst im Jahr 2010 unter der Devise ‚Abendland in Christenhand‘ ihren Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen führte (vgl. Häusler, 2012: 169). Des Weiteren wurden generelle Grundeinstellungen zur Gesellschaftsstruktur und ihrer Dynamik erfragt, um deren Einfluss auf das Rechtspopulismus-Ausmaß hin zu untersuchen. Hierfür wurden zum einen die soziale Dominanzorientierung und zum anderen das Bestehen auf Etabliertenvorrechte herangezogen.

3.8.1 Religionszugehörigkeit und Grad der Religiosität

Für die Religionszugehörigkeit lässt sich hinsichtlich eines rechtspopulistischen Potenzials innerhalb der verschiedenen Religionsgemeinschaften kein signifikanter Unterschied festhalten. (vgl. Abb. 30) Einzig die niedersächsischen Protestant_innen weichen signifikant von jenen Befragten ohne Religionszugehörigkeit ab und sind rechtspopulistischer eingestellt. Tendenziell zeigt sich jedoch, dass Angehörige christlicher Religionsgemeinschaften eher zum Rechtspopulismus neigen als Konfessionslose oder Mitglieder anderer Glaubensgemeinschaften. Dies gilt sowohl für die Bevölkerung in Niedersachsen als auch die Bremens. Interessant ist, dass beide Bundesländer dem gesamtdeutschen Trend entgegen laufen. Im übrigen Bundesgebiet sind es insbesondere Befragte ohne Religionszugehörigkeit, die rechtspopulistische Einstellungen pflegen.

Abbildung 30: *Rechtspopulismus nach Religionszugehörigkeit in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)*



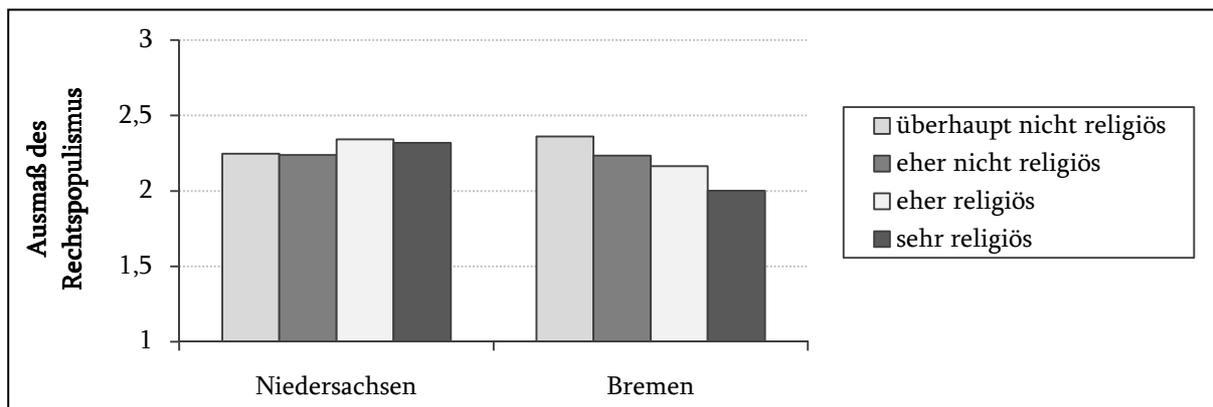
Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003 - 2011

Nahezu jede_r zweite Befragte in Niedersachsen (49,4 Prozent) gab ferner an, „eher“ beziehungsweise „sehr religiös“ zu sein. Für die Bremer_innen liegen die Werte zur eingeschätzten Religio-

sität etwas niedriger. Hier sind es insgesamt 42,5 Prozent, die sich als mindestens „eher religiös“ bezeichnen, 5,0 Prozent unter ihnen halten sich für „sehr religiös“.

Der Abgleich des eingeschätzten Intensitätsgrades persönlicher Religiosität mit dem rechtspopulistischen Einstellungsmuster zeigt sich für beide Bundesländer sehr unterschiedlich. (vgl. Abb. 31) Während in Niedersachsen eine eher bis sehr starke Religiosität mit der Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen einhergeht, fällt der Trend für die Bremer Stichprobe umgekehrt aus. Allerdings sind die Gruppenunterschiede für beide Bundesländer zufällig und damit nicht signifikant, sodass von keiner klaren Tendenz gesprochen werden kann. Im Vergleich dazu wurden für das übrige Bundesgebiet vor allem Konfessionslose und „eher“ Religiöse als diejenigen identifiziert, die am stärksten zum Rechtspopulismus neigen.

Abbildung 31: Rechtspopulismus nach Religiositätsgrad in Niedersachsen und Bremen (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2005 – 2007, 2011

In beiden Bundesländern besteht die Tendenz, dass Angehörige christlicher Religionsgemeinschaften eher zum Rechtspopulismus neigen als andere. Im Gegensatz dazu sind es im übrigen Bundesgebiet vor allem Konfessionslose, die rechtspopulistisch eingestellt sind. Der selbsteingeschätzte Religiositätsgrad steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Rechtspopulismus-Ausmaß.

3.8.2 Soziale Dominanzorientierung

Unter der sogenannten Sozialen Dominanzorientierung wird primär die allgemeine Bejahung von sozialen Hierarchien in der Gesellschaft verstanden. Das heißt, die Existenz von ‚starken‘ und ‚schwachen‘ sozialen Gruppen in der Bevölkerung, deren differente Teilhabechancen und die

Zuschreibung einer verschiedenen Wertigkeit wird grundsätzlich für gut befunden. Auch dies konnte adäquat mit den vorliegenden Aussagen des GMF-Surveys abgedeckt werden: „Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben.“ und „Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere.“. 4,1 Prozent der Befragten in Niedersachsen sind für den Erhalt des Status Quo und sprechen sich dafür aus, dass untenstehende Gruppen auch unten bleiben sollten. Beinahe dreimal so oft (11,1 Prozent) wurde die Legitimität einer Werte-Hierarchie zwischen sozialen Gruppen befürwortet. Eine ähnliche Verteilung findet sich auch für die Bremer Stichprobe. Hier sind es 2,1 Prozent, die sich für den Verbleib von bereits untenstehenden Gruppen am Ende der Status-Hierarchie aussprechen, während rund 10,4 Prozent der Meinung sind, die verschiedenen Gruppen besäßen auch eine unterschiedliche Wertigkeit.

Sowohl in Niedersachsen als auch in Bremen zeigt sich, dass Befragte mit sehr ausgeprägten rechtspopulistischen Einstellungsmustern signifikant eher zur sozialen Dominanzorientierung neigen als jene, die ein nur geringes Rechtspopulismus-Niveau aufweisen (vgl. Abb. 32). Die nähere Betrachtung legt jedoch für beide Bundesländer offen, dass sich die ausgegebenen Durchschnittswerte um höchstens 0,4 Einheiten auf der Mittelwertskala unterscheiden. Demgemäß sollte möglicherweise Abstand davon genommen werden, nur den Personen, die über ein ausgewiesenes hohes Rechtspopulismus-Niveau verfügen, eine soziale Dominanzorientierung zu unterstellen.

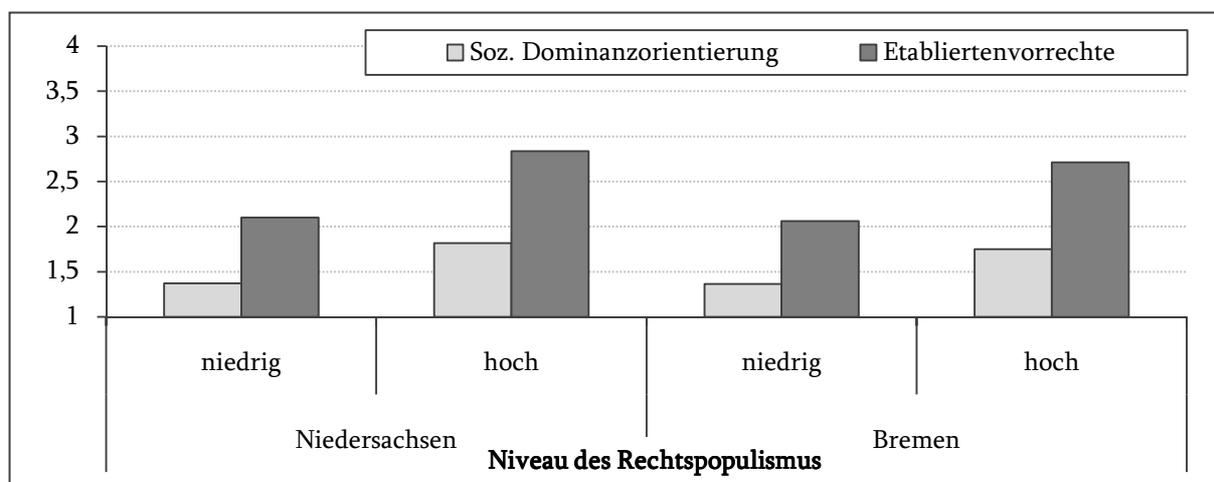
3.8.3 Die Befürwortung von Etabliertenvorrechten

Wird auf das Recht von Etablierten rekurriert, geht es vor allem um vermeintliche Neuankömmlinge, die den ‚bereits Dagewesenen‘ ein gewisses Vorrecht auf beispielsweise soziale Güter einzuräumen haben. Statt der sofortigen Teilhabe der ‚Neuen‘, wird von ihnen erwartet, sich erst einmal zurückzunehmen und den Autochthonen Vortritt zu lassen. Gleichsam impliziert dieses Pochen auch eine gewisse Besserstellung, indem den Alteingesessenen mehr Rechte einzuräumen sind als denen, die später dazu stoßen. Im Survey wurden Etabliertenvorrechte wie folgt erhoben: „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.“ und „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.“ Mit rund 57,0 Prozent sind sowohl die Befragten in Niedersachsen als auch 50,0 Prozent der Interviewten in Bremen der Ansicht, Neuankömmlinge sollten sich erst einmal zurückhalten und „mit weniger zufrieden geben“. Für mehr Rechte auf Seiten der Etablierten sprach sich nahezu jede_r Dritte (31,1 Prozent)

in der niedersächsischen Stichprobe aus. Die Zustimmungswerte der Bremer_innen liegen kaum niedriger: 26,4 Prozent finden, dass sich der Unterschied der jeweiligen Verweildauer auch im Recht niederschlagen sollte.

Der Mittelwertvergleich zwischen den beiden Gruppen (niedriges und hohes Niveau an Rechtspopulismus) und dem jeweiligen Ausmaß der Befürwortung von Etabliertenvorrechten fällt hier sehr viel stärker aus als in Bezug auf die Soziale Dominanzorientierung (vgl. Abb. 32). Sowohl die Befragten in Niedersachsen wie auch in Bremen, die verstärkt rechtspopulistischen Einstellungen zustimmen, verweisen signifikant häufiger auf das ‚Recht der Älteren‘ als Personen, die ein niedriges Rechtspopulismus-Niveau besitzen. Die Überschreitung des Mittelwertes 2,5 auf der y-Achse zeigt darüber hinaus, dass diejenigen, die deutlich zum Rechtspopulismus neigen, im Durchschnitt mindestens „eher“ Etabliertenvorrechte bejahen.

Abbildung 32: Rechtspopulismus, Soziale Dominanzorientierung und die Befürwortung von Etabliertenvorrechten (Mittelwertvergleich)



Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003–2011

Die Befürwortung von gruppenbasierten Hierarchien (Soziale Dominanzorientierung) und Etabliertenvorrechten steigt signifikant mit einem erhöhten Rechtspopulismus-Niveau. Personen, die rechtspopulistisch eingestellt sind, stimmen mindestens ‚eher‘ dem Vorrecht der Autochthonen zu.

3.9 Feindseligkeit gegenüber ‚Leistungsschwachen‘

Mit Stegemann ist bereits ein erster Hinweis auf die Haltung der Rechtspopulist_innen zu vermeintlicher Faulheit und Arbeitsscheu gegeben (vgl. 2012: 6). Geht diese auf Kosten des ‚rechtsschaffenen und ehrlichen Mannes‘, geraten vor allem (Langzeit-)Arbeitslose schnell in den Fokus der Anfeindung. Und doch hält sich die Bearbeitung und tatsächliche Nutzbarmachung dieses Aspekts gleichzeitig in Grenzen, um das hier ebenfalls vermutete Wählerpotenzial nicht zu verschrecken. Konstant bleibt allerdings der Kurs auf die ‚menschliche Nützlichkeit‘ und den Leistungsgedanken, mithilfe derer ‚der kleine Mann‘ gewonnen werden soll. ‚Sein‘ Verdienst soll in keinem Falle durch ‚leistungsschwache‘ Gruppen beeinträchtigt werden, deren ‚Mitversorgung‘ in den Augen der Rechtspopulist_innen durchaus kostenreich ausfällt. Wie ausgeprägt der wirkliche Zusammenhang des Rechtspopulismus mit den genannten Facetten ausfällt und vor allem, wie stark das dazugehörige Einstellungsmuster auf die Ablehnung und Abwertung der ‚Leistungsschwachen‘ dieser Gesellschaft wirkt, soll im folgenden Kapitel untersucht werden.

3.9.1 Abwertung von (Langzeit-)Arbeitslosen

Bereits seit geraumer Zeit sehen sich (Langzeit-)Arbeitslose mit Vorurteilen und Stigmatisierungen konfrontiert, welche vor allem auf deren vermeintliche Bequemlichkeit und Desinteresse an einer neuen Arbeitsstelle abzielen. Hier reiht sich nicht nur der Vorwurf ein, sie würden die ‚soziale Hängematte‘ aus reiner Arbeitsscheu vorziehen. Gleichzeitig wird vor allem bei längerer Arbeitslosigkeit unterstellt, die betroffenen Personen seien selbst schuld aufgrund mangelnder Anstrengung, Willens und anderem. Die Erfassung der Arbeitslosen-Abwertung erfolgte im GMF-Survey mit den Aussagen „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“, „Wer nach längerer Arbeitslosigkeit keine Stelle findet, ist selbst schuld.“ und „Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.“ Jede_r vierte Befragte (25,4 Prozent) aus Niedersachsen stimmte der Aussage zu, (Langzeit-)Arbeitslose hätten selbst schuld, während 43,4 Prozent der Meinung sind, sie würden einfach kein Interesse an der Wiederaufnahme einer beruflichen Tätigkeit besitzen. Eine große Entrüstung in Anbetracht dessen, dass (Langzeit-)Arbeitslose auf Kosten der Allgemeinheit ein komfortables und unangestregtes Leben führen würden, findet sich bei insgesamt 55,2 Prozent der niedersächsischen Befragten. Auch die Bremer_innen pflichteten dieser

Aussage mit rund 47,9 Prozent zu einem Großteil bei und 25,4 Prozent beziehungsweise mehr als jede_r Dritte (34,3 Prozent) nimmt an, die (längere) Arbeitslosigkeit sei entweder auf schlichte Lethargie oder auf Eigenschuld zurückzuführen.

Das Ergebnis der durchgeführten Regressionsanalyse belegt eindeutig, je rechtspopulistischer eine Person eingestellt ist, desto eher neigt sie auch zur Abwertung von (Langzeit-)Arbeitslosen (vgl. Tab. 3). Der höher ausfallende Beta-Koeffizient Bremens bedeutet, dass der Einfluss des Rechtspopulismus auf die Arbeitslosenabwertung hier noch etwas stärker ausfällt als in Niedersachsen. Die höchstsignifikante Erklärungskraft dieser Geringschätzung und mehr oder weniger Entwertung derjenigen, welche von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bemisst sich für Niedersachsen mit 21,7 Prozent, für Bremen liegt eine erklärte Varianz von 28,3 Prozent vor.

3.9.2 Behindertenabwertung

Mit der generellen Abwertung von Behinderten sollen hier feindselige Einstellungen erfasst werden, welche sich vor allem in vermeintlich übertriebenen und unverhältnismäßigen Vergünstigungen und Vorteilen für die Betroffenen äußern. Mehr oder minder zu Unrecht würden körperlich wie geistig Behinderte zu viel Unterstützung erfahren und ‚Gesunde‘ in ihren Bedürfnissen dementsprechend benachteiligt. Die Abwertung von Behinderten wurde mit den nachstehenden Aussagen abgebildet: „Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“, „Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.“ und „Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.“ Solche Haltungen finden in der niedersächsischen und Bremer Bevölkerung jedoch nur bedingt Rückhalt: Rund 5,5 Prozent der befragten Personen aus Niedersachsen sind der Meinung, es gäbe einerseits tatsächlich zu viele Vergünstigungen und andererseits würde ein übermäßiger Aufwand für Behinderte betrieben. 9,2 Prozent finden darüber hinaus, dass die Forderungen der Betroffenen generell überzogen sind. Die Zustimmungswerte der Bremer_innen liegen im Vergleich etwas höher. Hier sind es 5,9 bis 6,9 Prozent, welche zum einen überzogene Privilegien und Unterstützung kritisieren und zum anderen mit 11,9 Prozent die Forderungen von Behinderten als maßlos bewerten.

Die ausgegebenen Beta-Koeffizienten beider Bundesländer geben an, dass ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster auch hier maßgeblich an der Herausbildung von Behindertenabwertung beteiligt ist (vgl. Tab. 3). Für Bremen fällt die signifikante Erklärungskraft des Rechtspopulismus je-

doch, wie es bereits an der Höhe der Koeffizienten erkennbar wird, mit rund 19,3 Prozent etwas stärker aus als in Niedersachsen mit 13,8 Prozent. Hinzuweisen ist des Weiteren auf den Umstand, dass die erklärte Varianz für die Abwertung von Behinderten vergleichsweise niedriger liegt als für jene der Arbeitslosen und dies sowohl in Niedersachsen und Bremen.

3.9.3 Ökonomistische Orientierung

Unmittelbar an die zuvor behandelte Ablehnung und Geringschätzung von insbesondere (Langzeit-)Arbeitslosen schließt das Konzept einer wachsenden Ökonomisierung an, welche zur Erklärung dessen oftmals herangezogen wird. Die Bezugnahme auf eine spezifische und gleichsam notwendige Nützlichkeit des Menschen in der Gesellschaft resultiert nicht selten in einer „strikte[n] Unterscheidung zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘“ (Groß/ Gundlach/ Heitmeyer, 2010: 140; Hervorh. im Original), sodass angenommen werden muss: Je ökonomischer Personen denken und eingestellt sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie andere Menschen, die diesen Anspruch nicht erfüllen, abwerten. Die dazugehörigen Aussagen im GMF-Survey lauten: „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten.“, „Menschliche Fehler können wir uns nicht mehr leisten.“ und „Wir nehmen in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager.“ Das Verständnis und die Schonung der ‚ineffizienten‘ Versager fällt für rund 24,1 Prozent in Niedersachsen und 28,6 Prozent in Bremen immer noch zu hoch aus. Beinahe jede_r fünfte Befragte in Niedersachsen (19,1 Prozent) und Bremen (18,8 Prozent) ist des Weiteren der Meinung, dass ‚unnütze‘ Menschen der Gesellschaft nur zur Last fallen. Auch die menschliche Fehlbarkeit gerät zunehmend in Kritik und steht der geforderten Effizienz entgegen. 20,5 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung und 12,7 Prozent unter den Bremer_innen glauben, dass sich heutzutage niemand mehr Patzer und Schwächen leisten darf und sollte.

Die positive Richtung der beiden Beta-Koeffizienten zeigt für beide Bundesländer deutlich einen verstärkenden Effekt der rechtspopulistischen Einstellungsmuster auf ökonomische Sichtweisen (vgl. Tab. 3). In Niedersachsen liegt die Erklärungskraft des Ökonomisierungsgedanken durch den Rechtspopulismus bei rund 29,6 Prozent, in Bremen mit 39,7 Prozent noch etwas höher. Dieser Unterschied lässt sich bereits an den verschiedenen Höhen der Beta-Koeffizienten erkennen, gleichwohl auf die geringere Fallzahl der Bremer Stichprobe hingewiesen werden muss.

3.9.4 Übersteigerte Gerechtigkeitsnorm

Ist mit dem vorherigen Element unter anderem die spezifische Einstellung zur menschlichen (Un)fehlbarkeit erfasst worden, geht es bei der übersteigerten Gerechtigkeitsnorm nunmehr darum, einerseits eine gewisse Bringschuld des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und andererseits die persönliche Schuld an Notlagen zu beschreiben. Der Gerechtigkeitsbegriff selbst ist Thematik unzähliger Debatten und stellt doch „kein [eindeutig] politisches Konzept, keine Antwort, sondern eher eine Frage“ (Leisering, 2000: 45) dar. Die Einschätzung dessen obliegt meist subjektiven Maßstäben, welche auch für die vorliegende Analyse herangezogen wurden. In Anlehnung an die bereits erfolgte Untersuchung zur (Langzeit-)Arbeitslosenabwertung und Ökonomisierung galt es hier zunächst zu erfragen, inwiefern der Leistungsanspruch an Individuen mit zugestandener Unterstützung einhergeht. („Nur wer etwas für die Gesellschaft leistet, soll auch Anspruch auf Unterstützung haben.“ und „Wer selbst mitschuldig an seiner Not ist, dem sollte auch nicht geholfen werden.“) Unter den niedersächsischen Befragten messen insgesamt 67,3 Prozent den Hilfsanspruch an der Leistung für die Gesellschaft, während mehr als jede_r zweite Bremer_in (54,5 Prozent) darauf besteht, dass nur diejenigen unterstützt werden sollten, die auch etwas leisten. Keine Hilfe darf, nach Ansicht von rund 27,7 Prozent Befragten in Niedersachsen und 23,2 Prozent in Bremen, eine Person erwarten, die an ihrer eigenen misslichen Lage eine Mitschuld trägt.

Die Regressionsanalyse ergab, dass der Rechtspopulismus einen entscheidenden Einfluss auf solche Einstellungen zur Gerechtigkeit nimmt (vgl. Tab. 3). Die Beta-Koeffizienten von $.44^{***}$ für Niedersachsen und $.51^{***}$ für Bremen deuten bereits die Effektstärke an, die erklärte Varianz rechtspopulistischer Einstellungsmuster für eine übersteigerte Gerechtigkeitsnorm liegt hier bei jeweils 19,4 für Niedersachsen beziehungsweise 24,6 Prozent für Bremen.

Mit dem Rechtspopulismus-Ausmaß steigt auch die Abwertung von Arbeitslosen und Behinderten signifikant. Auch eine stärkere ökonomistische Werthaltung und übersteigerte Gerechtigkeitsnorm findet sich unter den Personen, die rechtspopulistisch eingestellt sind, wieder.

Tabelle 3: Einfluss des Rechtspopulismus auf die Abwertung schwacher Gruppen, ökonomistische Orientierung und übersteigerte Gerechtigkeitsnorm in Niedersachsen und Bremen (standardisierte β -Koeffizienten)

Einfluss auf ...	Messung		Beta-Koeffizient
<i>Arbeitslosen-abwertung</i>	Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden. Wer nach längerer Arbeitslosigkeit keine Stelle findet, ist selbst schuld.	Niedersachsen	.47***
	Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	Bremen	.54***
<i>Behinderten-abwertung</i>	Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben. Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen. Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	Niedersachsen	.37***
		Bremen	.45***
<i>Ökonomis-tische Orientierung</i>	Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten. Menschliche Fehler können wir uns nicht mehr leisten. Wir nehmen in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager.	Niedersachsen	.54***
		Bremen	.64***
<i>Übersteigerte Gerechtigkeitsnorm</i>	Nur wer etwas für die Gesellschaft leistet, soll auch Anspruch auf Unterstützung haben. Wer selbst mitschuldig an seiner Not ist, dem sollte auch nicht geholfen werden.	Niedersachsen	.44***
		Bremen	.51***

Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003- 2011

Anmerkung:

*** = $p < 0.001$

Nicht alle hier verwendeten Variablen sind in jedem Jahr erhoben worden. Die Daten für die Arbeitslosenabwertung und Ökonomisierung gelten für die Jahre 2007 – 2011, die Erfassung der Behindertenabwertung fand für 2005 – 2011 statt. Die übersteigerte Gerechtigkeitsnorm wurde für 2002, 2005 – 2006 und 2011 erhoben. Dementsprechend variiert auch die jeweilige Stichprobengröße von Niedersachsen und Bremen.

Berechnet wurde jeweils eine lineare Regressionsanalyse, angegeben sind die Beta-Koeffizienten und ihre Signifikanz. Der Beta-Koeffizient kann eine minimale Ausprägung von 0 und eine maximale Ausprägung von -1 bzw. +1 annehmen.

3.10 Feindlichkeit gegenüber alternativen Lebensformen

Das nun folgende Kapitel widmet sich dem bereits erwähnten (vgl. van de Wetering in diesem Bericht) und vielfach gepflegten (bürgerlichen) Konservatismus unter Rechtspopulist_innen. Alternative Lebensformen, sofern sie denn die Grundpfeiler und den ‚Fortbestands des deutschen Volkes‘ in Frage stellen oder gar gefährden, sind und bleiben unerwünscht. Davon betroffen sind vor allem Menschen mit homosexueller Orientierung, aber auch Frauen, welche sich zunehmend

von der klassischen Rollenverteilung verabschieden respektive befreien wie die Gruppe der Sinti und Roma, die, so der Vorwurf, ihren Lebensunterhalt vor allem mithilfe des Bettelns und dem Missbrauch (deutscher) sozialstaatlicher Leistungen zu erwirtschaften suchen.

3.10.1 Feindseligkeit gegenüber Personen mit homosexueller Orientierung

Dass Menschen mit homosexueller Orientierung immer noch starker Diskriminierung und Ablehnung begegnen, zeigt sich bereits an der anhaltenden Debatte um die (rechtliche) Gleichstellung ihrer Partnerschaften, aber auch an den vielfältigen subtilen Vorurteilen, welche die Diskussion begleiten. Obgleich eine Öffnung gegenüber ‚alternativen‘ Sexualitäten und allgemeine Toleranz propagiert wird, tritt die direkte Feindlichkeit spätestens dann ans Tageslicht, wenn Homosexuelle ‚öffentlich lieben‘. Homophobie soll folglich eine feindselige und abwertende Einstellung heißen, die gegen das vermeintlich normabweichende Sexualverhalten gerichtet ist und ist mit den folgenden Aussagen erfasst worden: „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.“, „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.“ und „Homosexualität ist unmoralisch.“ Insgesamt 11,7 Prozent der Befragten in Niedersachsen und 9,8 Prozent in Bremen meinen, dass der homosexuellen Orientierung genau diese Immoralität anhafte. Mehr als jede_r Fünfte in beiden Bundesländern hält es für ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen (Niedersachsen: 23,5 Prozent; Bremen: 21,6 Prozent). Angesichts der noch sehr jungen Debatte um die steuerliche Gleichberechtigung und das uneingeschränkte Recht auf Adoption von homosexuellen Paaren, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, fallen auch die generellen Ablehnungswerte eindeutig aus. Mindestens jede_r vierte Befragte, sowohl in Niedersachsen (27,7 Prozent) als auch in Bremen (25,1 Prozent), spricht sich klar gegen die Ehe zwischen zwei Frauen beziehungsweise zwei Männern aus.

Die Erklärungskräfte des rechtspopulistischen Einstellungsmusters für eine homophobe Haltung in Niedersachsen und Bremen unterscheiden sich nur minimal (vgl. Tab. 4). Anfeindungen und Diskriminierung von Personen mit homosexueller Orientierung lassen sich in der niedersächsischen Stichprobe zu rund einem Fünftel (20,5 Prozent) auf den Rechtspopulismus zurückführen, für Bremen, für Bremen liegt eine erklärte Varianz von 23,8 Prozent vor.

3.10.2 Sexismus

Sexistische Einstellungen lassen sich vornehmlich an der bewussten Differenzierung zwischen den Geschlechtern erkennen, mithilfe derer spezifische Rollenmuster fixiert werden. Die hier vorgenommene Analyse ist auf die klassische Form des Sexismus beschränkt worden, innerhalb dessen die Dominanz respektive Überlegenheit auf Seiten des männlichen Geschlechts verortet wird, während dem ‚schwachen‘ weiblichen Geschlecht verschiedene Teilhabechancen, Aufstiegsmöglichkeiten oder auch nur die Fähigkeit, im oberen Bereich von Hierarchien zu bestehen, abgesprochen werden („Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“). Diese geschlechtsspezifische Ungleichwertigkeit misst sich, wie bereits erwähnt, vor allem an besonders tradierten Rollenbildern der Ehefrau und Mutter („Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“). Während in Bremen etwa 14,4 Prozent der Befragten wünschen, Frauen sollten sich wieder stärker auf die traditionelle Rolle ihres Geschlechts besinnen, ist es in Niedersachsen bereits fast jede_r Fünfte (19,3 Prozent), der/die diese Meinung vertritt. Für den Vortritt des männlichen Geschlechts hinsichtlich von Aufstiegschancen und beruflicher Karriere sprechen sich immer noch rund 12,9 Prozent aller Interviewten in beiden Bundesländern aus. Sie sind der Ansicht, dass die Karriere des Mannes Priorität habe und es die Aufgabe der Frau an seiner Seite sei, ihm in dieser den Rücken zu stärken.

Auch sexistische Haltungen scheinen deutlich in rechtspopulistischen Einstellungsmustern verankert zu sein, dies wird an den hohen (mittleren?) und signifikanten Beta-Koeffizienten deutlich (vgl. Tab. 4). Doch entgegen des vorherigen Ergebnisses zur Homophobie, stellt sich hier eine sehr deutliche Differenz zwischen den Beta-Koeffizienten von $.44^{***}$ für Niedersachsen und $.55^{***}$ für Bremen ein. Dementsprechend fällt auch die Erklärungskraft für die Hansestadt höher aus. Der Rechtspop klärt in Niedersachsen mit rund 30,0 Prozent einen großen Teil der beobachteten Varianz des Sexismus auf. In Bremen liegt der erklärte Varianzanteil mit 19,5 Prozent etwas niedriger.

3.10.3 Ablehnung von Sinti und Roma

Eine weitere Minderheit, der vor allem in jüngster Zeit mit einer erstarkten Diskriminierung und Ablehnung begegnet wird, sind die Sinti und Roma. Diese Volksgruppen, umgangssprachlich, und

doch abwertend, unter ‚Zigeuner‘ bekannt, rücken zunehmend in den Fokus, indem ihnen insbesondere eine hohe Kriminalität und Missbrauch sozialstaatlicher Leistungen unterstellt wird. Dieser Vorwurf beschränkt sich jedoch keineswegs auf das deutsche Bundesgebiet, auch in anderen europäischen Ländern sind Sinti und Roma vermehrt mit Anfeindungen konfrontiert. Angesichts des noch sehr jungen Diskurses um die beiden Volksgruppen sind die spezifischen Vorurteile ihnen gegenüber erstmalig im Survey 2011 aufgenommen worden. Aus diesem Grunde muss hier auf eine Analyse Bremens verzichtet werden, was der zu geringen Fallzahl im selben Jahr geschuldet ist. Die Abbildung der Abwertung erfolgte mit den Aussagen „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.“, „Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.“ und „Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.“ Für Niedersachsen zeigt sich, dass jede_r dritte Befragte (33,1 Prozent) meint, Sinti und Roma würden per se zu Kriminalität neigen. Insgesamt 18,7 Prozent sind der Meinung, ihnen sollte insbesondere der Zugang zu den Innenstädten verwehrt bleiben. Damit ist vor allem die Problematik des scheinbar ‚organisierten Bettelns‘ angesprochen, durch das sich Alteingesessene verstärkt belästigt fühlen. Noch einen Schritt weiter gehen rund 41,5 Prozent der Niedersachsen und gaben an, sie hätten ein Problem mit der Anwesenheit von Sinti und Roma in ihrem Umfeld.

Tabelle 4: Einfluss des Rechtspopulismus auf Homophobie, klassischen Sexismus und die Abwertung von Sinti und Roma in Niedersachsen und Bremen

Einflussfaktoren	Messung		Beta-Koeffizient
<i>Homophobie</i>	Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein. Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen. Homosexualität ist unmoralisch.	Niedersachsen	.45***
		Bremen	.49***
<i>Sexismus</i>	Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen. Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	Niedersachsen	.44***
		Bremen	.55***
<i>Ablehnung von Sinti und Roma</i>	Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten. Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden. Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	Niedersachsen	.49***
		Bremen	/

Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003- 2011

Anmerkung:

*** = $p < 0.001$

Nicht alle hier verwendeten Variablen sind in jedem Jahr erhoben worden. Die Variable zur Immoralität von Homosexualität ist nur für die Jahre 2005 – 2011 erfasst worden. Des Weiteren wurde die zweite Variable zur Messung des Sexismus nicht im Jahr 2002 erhoben und, wie schon bemerkt, die Ablehnung von Sinti und Roma beschränkt sich auf das Jahr 2011.

Berechnet wurde jeweils eine lineare Regressionsanalyse, angegeben sind die Beta-Koeffizienten und ihre Signifikanz. Der Beta-Koeffizient kann eine minimale Ausprägung von 0 und eine maximale Ausprägung von -1 bzw. +1 annehmen.

Die Abwertung und Ablehnung von Sinti und Roma wird zu einem Anteil von rund 23,3 Prozent durch den Rechtspopulismus erklärt. Dies ist keinesfalls verwunderlich, impliziert doch ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster auch eine generelle Fremdenfeindlichkeit.

Je stärker eine Person rechtspopulistische Einstellungen vertritt, desto eher wertet sie auch Homosexuelle ab und befürwortet die ‚klassische Rollenverteilung‘, den Sexismus. In Niedersachsen nimmt ein rechtspopulistisches Potenzial darüber hinaus auch erheblichen Einfluss auf die Ablehnung von Sinti und Roma.

3.11 ‚Deutscher und europäischer Stolz‘ unter Rechtspopulist_innen

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus muss sich zwangsläufig auch mit nationalistischen Haltungen beschäftigt werden. Nicht nur, dass stetig auf ein sogenanntes ‚Deutschtum‘ rekurriert wird, welches vor vermeintlich schlechten und schädlichen Einflüssen zu bewahren ist. Auch im Kontext der immer noch anhaltenden Finanzkrise werden vor allem vermeintlich deutsche Tugenden betont, welche die Bundesrepublik im Vergleich zu den betroffenen Ländern im Süden vor einem wirtschaftlichen Einbruch bewahrte. Und doch wäre es zu einfach, Rechtspopulist_innen pauschal einen Nationalismus zuzuschreiben, der vor allem in der extremen Rechten zu finden ist, gegen die sich wiederum versucht wird, abzugrenzen. Folglich sind auch eher patriotische Haltungen abgefragt und einer Untersuchung unterzogen worden. Die andauernde Finanzkrise ist es gleichsam, welche im Rechtspopulismus für eine anti-europäische Agitation instrumentalisiert wird. Zum ‚Repertoire‘ gehören darüber hinaus Anschuldigungen an verschiedene Migrantengruppen, sie würden zunehmend eine gewisse Deutschenfeindlichkeit pflegen. Hier handelt es sich vorrangig um die Wahrnehmung auf Seiten der Alteingesessenen, die ‚Neuen‘ würden keinerlei Respekt mehr zeigen und verstünden nicht, welchen Status sie eigentlich zu besetzen hätten.

3.11.1 Nationalismus vs. Patriotismus

Eine nationalistische Haltung misst sich insbesondere an Aussagen, welche den Stolz, einer Nation anzugehören, beschreibt. Im deutschen Kontext erweist sich eine solche Äußerung als äußerst bezeichnend, da sie vor allem im rechtsextremen Milieu zu finden ist („Ich bin stolz, Deutsche/Deutscher zu sein.“). Ebenso reiht sich hier die persönliche Empfindung des spezifischen ‚Deutschseins‘ ein, die in diesem Fall völlig kontextunabhängig geschieht („Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche_r?“). Die unmittelbare Zusammengehörigkeit beider Aussagen ist durch eine Faktorenanalyse statistisch abgesichert. Insgesamt 88,6 Prozent in Niedersachsen und 87,7 Prozent in Bremen sind stolz darauf, Deutsche_r zu sein. Die Zustimmungswerte zur Intensität des Gefühls, Deutsche_r zu sein, fallen im Vergleich dazu deutlich niedriger aus. Hier sind es rund 67,7 Prozent der Bremer_innen beziehungsweise 71,5 Prozent unter den Befragten in der niedersächsischen Stichprobe, die sich mindestens ‚eher‘ als Deutsche_r fühlen.

Unter der eher patriotischen Einstellung zur eigenen Nation wird vor allem die Anerkennung bedeutender Errungenschaften oder auch besonderer Attribute, die den jeweiligen Staat in seiner Ausrichtung kennzeichnen, verstanden. Für die vorliegende Analyse sind Aussagen hinzugezogen worden, welche den Stolz auf die Demokratie und soziale Sicherheit unter den Befragten in Niedersachsen und Bremen messen („Wie stolz sind Sie auf die Demokratie in Deutschland?“ und „Wie stolz sind Sie auf die soziale Sicherheit in Deutschland?“). Ersteres findet bei rund 80,0 Prozent in beiden Bundesländern Anklang, die ‚eher‘ beziehungsweise ‚sehr‘ stolz auf die Staatsform Deutschlands sind (Niedersachsen: 79,4 Prozent; Bremen: 80,0 Prozent). Geringfügig niedriger liegen die Zustimmungswerte zur sozialen Absicherung und Abfederung ernster Notlagen, welche 73,1 Prozent in der niedersächsischen und 75,4 Prozent in der Bremer Stichprobe Stolz empfinden lassen.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse ergeben ein eindeutiges Bild: Ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster bedingt ganz klar nationalistische Haltungen, während der Effekt auf die eher patriotische Einstellung zu Deutschland negativ ausfällt (vgl. Tab. 5). Im Detail bedeutet dies zum einen eine Erklärungskraft des Nationalismus von 6,6 Prozent für Niedersachsen und 14,6 Prozent für Bremen durch den Rechtspopulismus. Zum anderen nimmt er negativen Einfluss auf den Stolz, der die soziale und politische Ausrichtung der Bundesrepublik betrifft, sodass festgehalten werden

kann: Je rechtspopulistischer eine Person eingestellt ist, desto stärker neigt sie einerseits zum Nationalismus und desto weniger andererseits zum Patriotismus.

3.11.2 Europäer – ja oder nein?

Der bereits einleitend angesprochenen Diskussion um die antieuropäische Agitation rechtspopulistischer Parteien soll auch in diesem Bericht Rechnung getragen werden. Der Kurs, den Rechtspopulist_innen insbesondere mit Beginn der Finanzkrise einschlugen, geht vor allem auf Kosten der krisengeschüttelten Länder im Süden Europas. Gleichsam wird über einen generellen Austritt Deutschlands aus der EU debattiert, um eine gewisse Hoheit über vermeintlich nationale Belange wieder herzustellen und die postulierte Vormachtstellung der Bundesrepublik vor dem drohenden Sog abzuschirmen. Demgemäß galt es auch hier, zu erfragen, wie sehr sich die Befragten überhaupt als Europäer wahrnehmen respektive fühlen und stolz darauf sind, Teil der europäischen Gemeinschaft zu sein („Ich bin stolz darauf, Europäer/Europäerin zu sein.“ und „Wie sehr fühlen Sie sich als Europäerin/Europäer?“). Rund drei Viertel aller Interviewten in beiden Bundesländern stimmten letzterem mindestens ‚eher‘ zu und äußerten folglich Stolz, Europa anzugehören (Niedersachsen: 75,9 Prozent; Bremen: 75,0 Prozent). Das Gefühl, Europäer_in zu sein, fand sogar noch mehr Zuspruch: Hier sind es rund 80 Prozent sowohl in Niedersachsen (80,1 Prozent) als auch in Bremen (80,6 Prozent), die sich eher beziehungsweise sehr stark als Europäer wahrnehmen.

Der negative Effekt rechtspopulistischer Einstellungsmuster auf die Haltung zur Europäischen Gemeinschaft war so zu erwarten (vgl. Tab. 5). Interessanterweise fällt jedoch die Höhe der Beta-Koeffizienten für beide Bundesländer sehr unterschiedlich aus, was zum einen aus der sehr geringen Fallzahl Bremens resultiert und zum anderen an der möglicherweise verschiedenen Thematik, die Rechtspopulist_innen hier bedienen. Zu vermuten wäre beispielsweise, dass in Bremen eine sehr viel stärkere Auseinandersetzung mit der EU stattfindet als in Niedersachsen (vgl. Kapitel 2.2.3). Es bleibt zu konstatieren: Je niedriger das Rechtspopulismus-Niveau einer Person ist, desto stärker fühlt sie sich der europäischen Gemeinschaft zugehörig.

3.11.3 Vorwurf der Deutschenfeindlichkeit an ‚die Fremden‘

Die noch sehr junge Debatte, Migrantengruppen würden zunehmend deutschenfeindlich agieren, kam vornehmlich durch diverse Äußerungen der derzeitigen Familienministerin Schröder ins Rollen¹⁴, flaute dann jedoch relativ schnell wieder ab. Nichtsdestotrotz gewann die Beziehung zwischen alteingesessenen Deutschen und zugewanderten Migrant_innen damit eine neue Dimension, welche den Rechtspopulist_innen überaus dienlich war. Ob Rassismus gegen Deutsche oder die ‚Tatsache‘, dass ‚Ausländer‘ die deutsche Bevölkerung verachten, die Spanne der neuen Deutschenfeindlichkeit ist groß. Angesichts der folgenden Zustimmungswerte scheint hier ein wunder Punkt getroffen, indem sich eine hohe Zahl der Befragten tatsächlich mit deutschenfeindlichen Einstellungen seitens Migrant_innen konfrontiert sehen. Die Abfrage dessen ist erstmalig 2011 im GMF-Survey erhoben worden, sodass auch hier von einer Analyse Bremens abgesehen werden muss. Die Deutschenfeindlichkeit ist wie folgt erfasst worden: „In Deutschland gibt es Rassismus gegen Deutsche.“, „Als Deutscher muss man sich mittlerweile von Ausländern im eigenen Land beschimpfen lassen.“, „Die Ausländer in Deutschland verachten die Deutschen.“ und „Ich glaube, dass die Deutschen in Zukunft immer häufiger Opfer von Deutschenfeindlichkeit im eigenen Land werden.“ In Niedersachsen vertraten 26,3 Prozent der Befragten die Meinung, Ausländer würden Deutsche verachten und stimmten darüber hinaus mit 46,5 Prozent dem Rassismus gegen diese zu. Beinahe jede_r Dritte konstatiert, man müsse sich mittlerweile von den Migranten beschimpfen lassen (31,2 Prozent) und die Deutschen würden zunehmend Opfer von Deutschenfeindlichkeit (32,1 Prozent).

Der Kausalzusammenhang fällt mit Blick auf den Beta-Koeffizienten eindeutig aus; Je rechtspopulistischer, desto stärker auch die Wahrnehmung deutschenfeindlichen Verhaltens. Die erklärte Varianz der Deutschenfeindlichkeit durch ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster liegt mit 56,4 Prozent eklatant hoch.

¹⁴ Vgl. u.a. o.A./ Spiegel Online, 2010: Schröder warnt vor Deutschenfeindlichkeit, 10.10.2012; Lau, Jörg, 2010: „Schweinefresser“. Was tun, wenn Migrantenkinder deutsche Kinder unterdrücken? Berliner Lehrer sind verzweifelt. In: Die Zeit Online, 08.10.2012

Tabelle 5: Einfluss des Rechtspopulismus auf nationalistische und patriotische Haltungen, europäische Identifikation und Deutschenfeindlichkeit in Niedersachsen und Bremen

Einfluss auf ...	Messung		Beta-Koeffizient
<i>Nationalismus</i>	Ich bin stolz darauf, Deutsche/Deutscher zu sein. Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche/Deutsche?	Niedersachsen	.26***
		Bremen	.39***
<i>Patriotismus</i>	Wie stolz sind Sie auf die Demokratie in Deutschland? Wie stolz sind Sie auf die soziale Sicherheit in Deutschland?	Niedersachsen	-.19***
		Bremen	-.15***
<i>Europäische Identifikation</i>	Ich bin stolz darauf, Europäer/Europäerin zu sein. Wie sehr fühlen Sie sich als Europäerin/Europäer?	Niedersachsen	-.09**
		Bremen	-.21*
<i>Deutschenfeindlichkeit</i>	Die Ausländer in Deutschland verachten die Deutschen. In Deutschland gibt es Rassismus gegen Deutsche. Als Deutscher muss man sich mittlerweile von Ausländern im eigenen Land beschimpfen lassen. Ich glaube, dass die Deutschen in Zukunft immer häufiger Opfer von Deutschenfeindlichkeit im eigenen Land werden.	Niedersachsen	.75***
		Bremen	/

Quelle: Eigene Darstellung; GMF-Survey 2003- 2011

Anmerkung:

* = $p < 0.05$, ** = $p < 0.005$, *** = $p < 0.001$

Nicht alle hier verwendeten Variablen sind in jedem Jahr erhoben worden. Die Variablen zur Messung des Nationalismus sind nicht im Jahr 2003 erhoben worden, während die Ergebnisse zur Haltung zu Europa für die Jahre 2002, 2006, 2008 und 2011 gelten. Die Erfassung der Deutschenfeindlichkeit fand nur in 2011 statt. Dementsprechend variiert auch die jeweilige Stichprobengröße von Niedersachsen und Bremen.

Berechnet wurde jeweils eine lineare Regressionsanalyse, angegeben sind die Beta-Koeffizienten und ihre Signifikanz. Der Beta-Koeffizient kann eine minimale Ausprägung von 0 und eine maximale Ausprägung von -1 bzw. +1 annehmen.

Je höher das rechtspopulistische Ausmaß, desto stärker die nationalistische Haltung einer Person. Der Effekt auf den Patriotismus und die Identifikation mit Europa fällt für beide Bundesländer negativ aus. Mit steigendem Rechtspopulismus-Niveau nimmt auch die wahrgenommene Deutschenfeindlichkeit deutlich zu.

4 Propaganda verstehen und Handeln

Denis van de Wetering und Andreas Zick

Mit dem Blick auf beide Studienelemente, die qualitative Analyse der Inhalte und Motive von rechtspopulistischen Gruppen sowie den Mentalitätsbestand in der Bevölkerung, lassen sich viele der eingangs prognostizierten Beobachtungen zum Rechtspopulismus in Europa auch für Niedersachsen und Bremen wiederfinden. Die wichtigste Beobachtung ist unseres Erachtens hierbei eine, welche die Protagonisten rechtspopulistischer Gruppen selbst entwerfen: Es liegt eine auffällig symmetrische Parallele zwischen den Kampagnen von Personen und Gruppen und den verbreiteten Meinungen in der Bevölkerung vor. Das ist banal, aber nicht ungefährlich für die Entwicklung demokratischer Kulturen, die versuchen, die Gleichwertigkeit von Gruppen zu fördern. Rechtspopulist_innen und weite Teile der niedersächsischen und Bremer Bevölkerung pflegen menschenfeindliche Einstellungen, insbesondere muslim- und islamfeindliche Meinungen, in einem weit größeren Umfang, als es landläufig diskutiert wird. Diese feindseligen Ansichten bieten die Grundlage einer vermeintlich politisch korrekten europa- und elitenfeindlichen Einstellung. Rechtspopulistische Gruppen sind zwar wenig innovativ in ihren Ressentiments, sie gewinnen jedoch an Kraft durch versierte lokale Propagandastrategien, welche die Feindseligkeiten kanalisieren und Bürger_innen da ‚abholen‘, wo ihre Stimme scheinbar nicht gehört wird.

Die beobachtete Propagandastrategie der untersuchten Gruppen ist dabei einfach und effektiv: Es werden zunächst ‚ungehörte‘, weil ‚unbequeme‘ Probleme (wieder) auf die Agenda gesetzt und betont. Es folgt die Identifizierung und Benennung der Schuldigen und Feinde, welche das spezifische Problem erzeug(t)en. Den Minderheiten, hier vor allem Migranten, werden die Belastungen zugesprochen, den demokratisch gewählten Parteien und Personen – als homogene Gruppe der ‚Eliten‘ stilisiert – wird Inkompetenz und Gemeinheit – sie würden absichtlich täuschen – unterstellt. Drittens wird hervorgehoben, dass die Meinungsunterdrückung den politischen Alltag bestimmt. Die Strategie des ‚Man-wird-und-muss-sagen-dürfen‘ ist den Gruppen gemein und kann sie verbinden. Die Polarisierung zwischen der Freiheit der Bürger_innen und der Macht der Eliten, begründet, viertens, das Bild, dass die Gruppen sich sorgen. Im fünften Schritt wird die Sorge unterstrichen, indem die Agitation betont, dass die Eliten blenden und an keiner wirklichen Lösung interessiert seien. Als vermeintlich logische Schlussfolgerung ergibt sich nunmehr, dass die

wahre Kompetenz bei den rechtspopulistischen Gruppen und Personen liegt. Und damit wird der positive Ausblick umso positiver.

Wesentlich ist, dass alle Schritte der Agitation immer wieder von einem negativen Menschenbild unterstrichen werden. Die fremden Anderen und die Eliten, die Meinungen und Wahrheiten unterdrücken, bedrohen und verhindern den Fortschritt und die Freiheit. Darin unterscheiden sich die Gruppen nicht, auch nicht in den europäischen Ländern. Dass das Potenzial in der Bevölkerung gegeben ist, wie die Meinungsumfrage zeigt, die wir ausgewertet haben, sei wiederholt. Es verwundert nicht, dass zum Zeitpunkt dieses Berichtes Geert Wilders durch Europa reist, um bei der nächsten Europawahl mit den vielen lokalen Splittergruppen des rechtspopulistischen Spektrums eine Einheit zu suchen.

Unsere Beobachtungen haben ferner kenntlich gemacht, dass Rechtspopulist_innen insbesondere dann erfolgreich sind, wenn sie die richtigen Gruppen ansprechen, also besonders anfällige Gruppen. Hier gibt vor allem die vorgelegte quantitative Analyse wichtige Hinweise. Anfällig sind also jene, die sich politisch wie sozial ‚abgehängt‘ fühlen. Ältere Befragte der Meinungsumfrage zeigen ein auffällig rechtsextremes Potenzial, dementsprechend es nicht verblüfft, dass lokale Gruppierungen und Personen rechtspopulistischer Couleur sich ebendieser Klientel bevorzugt annehmen.

Personen aus weniger dicht besiedelten Gebieten können stärker angesprochen werden und werden es auch. Personen, die sich ökonomisch bedroht fühlen und weniger gut ausgebildet sind, können eher gewonnen werden, da sie rechtspopulistische Orientierungen aufweisen und dies jenseits einer spezifischen Partei-Bindung. Schließlich sind Personen, die eine konservative politische Grundorientierung aufweisen, aber auch Nicht-Wähler anfälliger für rechtspopulistische Orientierungen.

Damit einher gehen Dominanz- und Machtorientierungen, das heißt, massive Ideologien der Ungleichwertigkeit von Gruppen. Der Rechtspopulismus drängt, wie die Analyse der Einstellungsmuster in der Bevölkerung zeigt, auf die Dominanz von Gruppen in einer Gesellschaft, die für richtig und gut gehalten wird. Gewissermaßen haben Personen, die rechtspopulistische Meinungen vertreten, ein Problem damit, gleichwertige und horizontale Machtbeziehungen zwischen Gruppen einer Gesellschaft zu akzeptieren und zu befürworten. Egalitarismus, Minderheitenschutz und Konfliktaushandlungen zwischen als gleichwertig wahrgenommenen Gruppen stehen

gegen die rechtspopulistische Orientierung. Spielregeln der Demokratie, welche auf die Aushandlung von Konflikten und gegen schnelle Lösungen bei sozialen Fragen ausgerichtet sind, werden von rechtspopulistisch orientierten Personen mit Argwohn betrachtet.

Damit unterstreichen unsere Befunde die eingangs beschriebene wissenschaftliche Konzeption des Rechtspopulismus. Rechtspopulismus ist ein Syndrom politischer Meinungen, das sich aus einem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, einer Distanz zu etablierter Politik und einer Idee autoritärer Lösungsstrategien entwickelt und sich von Elitenideologien und Demokratiedistanzierungen nährt.

Mit dem Ansatz, einerseits auf rechtspopulistische Gruppen, ihre Propaganda und Dynamik zu sehen und andererseits auf rechtspopulistische Orientierungen in der Bevölkerung, konnte es uns gelingen, ein differenzierteres Bild zentraler Elemente des Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen zu gewinnen. Wie Propaganda und Orientierungen jener, die Adressat_innen der Propaganda zusammenhängen, ließ sich hier zumindest empirisch nicht genauer überprüfen. Führt die Propaganda zu einem Anstieg an rechtspopulistischen Orientierungen in der Bevölkerung, oder setzt Propaganda dann ein, wenn die Orientierungen vorhanden sind?

Was tun? Die Frage drängt die „Praxis gegen den Rechtspopulismus“ und schließt sich allzu schnell der Analyse an. Der Drang zum Handeln ist aber nicht unproblematisch. Erstens ist es immer eine Gratwanderung aus den grundlagenwissenschaftlichen und distanzierten Analysen der Fakten, einfache Handlungsempfehlungen abzuleiten und, zweitens, bewegt sich die rechtspopulistische Propaganda am Rande zu einer einfachen strafrechtlichen und verfassungsfeindlichen Agitation, die schnelles Handeln einfacher legitimieren könnte. Was legitimiert die Praxis, wäre die Frage, die vor dem Tun gestellt werden könnte? Dazu können die vorgelegten Daten wohl am besten Informationen bieten.

Zudem kann das Verständnis der Phänomene selbst, schon ein Teil der präventiven Arbeit sein, denn: die lokalen Dynamiken und Verbreitungen des Rechtspopulismus in organisierter oder mentalitätsbezogener Weise sind nicht einfach zu verstehen. Die simple Annahme, dass die Propaganda allzu simpel gestrickt ist und die Meinungen in spezifischen Gruppen zu finden sind, ist nach unseren Daten irreführend. Im Folgenden versuchen wir, auf der Grundlage der Beobachtungen einige Ideen für die Prävention und Intervention zu geben, dies aber mit dem Blick darauf,

dass der Bericht der Datenlage selbst eine Diskussion um angemessene Präventions- und Interventionsstrategien motivieren kann. Prävention und Intervention müssen auch den Freiraum bieten, sich mit den Phänomenen grundständig auseinanderzusetzen. Was zeigen die Analysen vor diesen Hintergrundüberlegungen mit dem Blick auf „Gegen-Handeln“?

Die qualitative Analyse der rechtspopulistischen Parteien in Niedersachsen und Bremen zeigt auf, dass rechtspopulistische Argumentationsfiguren sich zum einen gegen die etablierten demokratischen Parteien, zum anderen gegen das „Fremde“ respektive das „Nicht-Wir“ wenden. Trotz einer augenscheinlich hohen Themenvielfalt fokussieren die untersuchten Kleinparteien prinzipiell zwei Hauptsujets. Die Untersuchung rechtspopulistischer Parteien in Niedersachsen und Bremen lässt den Schluss zu, dass Rechtspopulist_innen besonders mit den Themen Zuwanderung und europäische Krisenpolitik punkten können. Dass sie die Themen erfolgreich adressieren können, ist in den Bevölkerungsmentalitäten begründet. Tatsächlich ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und hier im Besonderen die Feindseligkeiten gegenüber Muslimen, Juden und Zuwanderern ein zentrales Element rechtspopulistischer Orientierungen. Feindseligkeiten alleine erklären nicht den Rechtspopulismus, aber sie können– und hier sind Überlappungen zu rechts-extremen Orientierungen – die Person an die Agitation binden.

Das heißt auch: Gegen-Handlung muss negative Stereotype, Vorurteile und Diskriminierungsabsichten, also die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Blickpunkt rücken.

Dass Propaganda so gelingt, dass sich Gruppen etablieren können, so eine erste Erklärung, scheint vor allem durch politische und mediale Gelegenheitsstrukturen begründet zu sein. So herrscht einerseits auf lokaler Ebene kein zuwanderungspolitischer Konsens zwischen den etablierten Parteien. Andererseits findet eine mediale Skandalisierung des Themas Europa und ESM statt. Gleichzeitig stellen die etablierten, demokratischen Parteien in ihren lokalen und bundesrepublikanischen Wahlkämpfen nur einen marginalen Bezug zur EU-Krisenpolitik her. In der Konsequenz erscheinen die Themen entweder als ungelöstes oder als politisch vernachlässigtes Problem. Mittels rigider Komplexitätsreduktion problematisieren und skandalisieren die fokussierten rechtspopulistischen Parteien zum einen die Zuwanderung und verknüpfen dieses Thema mit Kriminalität, Extremismus, archaischen Praktiken, Integrationsverweigerung und der Ausnutzung

der Sozialsysteme. Auch hier ist eine Entsprechung in Bevölkerungsmentalitäten zu finden, insbesondere wenn die autoritären auf Strafe-und-Gesetz gerichteten Überzeugungen bedacht sind.

Zum anderen problematisieren sie mit ähnlich diskursiven Mitteln die EU beziehungsweise den ESM. In beiden Fällen wird versucht an gesellschaftlichen Problemfeldern respektive gesellschaftlichen Diskursen teilzunehmen und komplexitätsreduzierte, Orientierung stiftende, jedoch undemokratische Lösungen anzubieten. Besagte Lösungen bauen zumeist auf einem konstruierten Feindbild auf und produzieren und kanalisieren Abstiegs- und Überfremdungsängste der Bürger_innen. Gleichzeitig beinhalten die imaginierten Feindbilder einen völkisch geprägten Kulturalismus sowie ein sozialdarwinistisches Gesellschaftsverständnis. Beide Aspekte korrespondieren mit rechtsextremen Positionen. Rechtsextreme Parteien profitieren insofern von den diskursiven, skandalisierenden und protestbehafteten Kommunikationsstrategien rechtspopulistischer Parteien, da sie diese medienwirksamen Agitationsformen kopieren können. Zudem verschaffen sich rechtsextreme Parteien einen Vorteil, indem sie auf den rechtspopulistischen Themenzug aufspringen. Mit dem Übernehmen populistischer Agitationsformen und Themenfelder schaffen sich rechtsextreme Parteien einen Zugang zu einem Publikum, das ihnen für gewöhnlich vorenthalten ist.

Es bleibt die Frage, welche Potenziale die hier dargestellten Ergebnislagen für den Umgang mit rechtspopulistischen Argumentationsfiguren und Rhetoriken im demokratischen Miteinander bereithalten. Die Brisanz dieser Fragestellung zeigt sich vor allem darin, da Rechtspopulist_innen, ähnlich einem Seismographen, demokratische und politische Defizite aufdecken und für sich nutzbar machen. Reale Probleme der bürgerlichen Mitte werden aufgegriffen und mit unterkomplexen Feindbildern beantwortet. Rechtspopulistische Parteien entfalten auf Basis dieser Verschränkung realer Problemlagen und rechtspopulistischen Lösungsangeboten ihre politische Wirkungsmächtigkeit in der Mitte der Gesellschaft. In diesem Sinn kann sich eine Vorbeugung gegen rechtspopulistische Einflussnahme auf demokratische Problemfelder und Diskurse nur auf den Nexus zwischen politischen Gelegenheitsstrukturen, demokratischen Defiziten, realen Problemen, Ängsten und Mentalitätsbeständen der bürgerlichen Mitte sowie rechtspopulistischer Rhetoriken und Kommunikationsstrategien beziehen. Demnach zielen die folgenden Vorschläge zur Prävention und Intervention gegen rechtspopulistische Einflussnahme nicht auf einzelne Akteur_innen beziehungsweise Akteursgruppen, Fokus sollen die Interaktionsprozesse lokal relevanter zivilge-

sellschaftlicher und politischer Akteur_innen sein. Um der Einflussnahme rechtspopulistischer Semantiken auf das demokratische Miteinander und das darin enthaltene Gefahrenpotenzial für den Sozialraum Niedersachsen und Bremen vorzubeugen, bedarf es selbstreflexive, öffentliche Debatten zu initiieren, die wiederum die demokratische Qualität des Zusammenlebens vor Ort zum Thema machen. Die folgenden Handlungsvorschläge gegen rechtspopulistische Einflussnahme richten sich dementsprechend an die Medien, die Kommunalpolitik, die Schulen, die Vereine, Kirchen und engagierter Gruppen. Die Vorschläge zielen in erster Linie auf den Aufbau eines politisch-zivilgesellschaftlichen Reflexionsraumes ab.

Auch wenn Wissenschaft und Praxis oftmals aneinander verzweifeln, liegt in der vermeintlichen Unvereinbarkeit der Sichtweisen zugleich ein großer Vorteil - nur so kann ein kontinuierlicher dialogischer Prozess zwischen Wissenschaft und Praxis entstehen, der innovative Lösungen hervorbringt. Demnach sind die folgenden Vorschläge nicht als Handlungsdirektiven, sondern als Anregungen zu verstehen. Vielmehr geht es darum der Praxis einen Rahmen, zur Gestaltung eines dialogischen Reflexions- und Interventionsraums, bereitzustellen. Inwieweit dieser Rahmen für lokale Verhältnisse tatsächlich eine Gestaltungsmöglichkeit darstellt beziehungsweise welche konkreten Formen dieser Raum annehmen kann, ist eine Frage, die von den lokalen Akteur_innen vor Ort zu beantworten ist. Die Antwort der Praxis dient der Wissenschaft dann wiederum als Orientierungs- und Reibungspunkt weiterer Überlegungen.

1. Einschätzung der Situation vor Ort, Bildung von Partnerschaften

In einem ersten Schritt zur Stärkung der lokalen demokratischen Kultur geht es darum zu klären, welche politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure sich vor Ort mit dem Thema demokratischer Kultur und undemokratischer Einflussnahme auf lokale Diskurse beschäftigen. Das Ausloten der Offenheit und des Engagements für Demokratie und gegen rechtspopulistische Beeinflussung erwähnter Akteure dient als erster Orientierungspunkt zur Organisation und Strukturierung der eigenen Aktivitäten. Verhalten sich z.B. die lokalen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure in der Stadt, Gemeinde oder Kommune dem Thema gegenüber passiv oder sogar ablehnend, gilt es zunächst einen Kooperationspartner zu suchen und Kontakt aufzubauen. Findet sich ein schwach ausgeprägtes Engagementpotenzial bei einem zivilgesellschaftlichen Partner, gilt es diesen zu stärken. Bei einem starken zivilgesell-

schaftlichen und lokalpolitisch schwachen Engagement richtet sich die Handlungsperspektive verstärkt auf die lokalpolitischen Akteure. Letztendlich geht es in diesem Punkt darum, beide lokalen Ebenen so zu aktivieren, dass sie sozusagen Hand in Hand gegen rechtspopulistische Beeinflussung und Propaganda zusammenarbeiten. Dazu bedarf es allerdings folgender Schritte.

2. Rahmenbedingung zur Gestaltung einer lokalspezifischen Vorbeugung

Da die Gestaltung einer erfolgsversprechenden Vorbeugung nur gelingen kann, wenn sie aus dem Ort, der Gemeinde beziehungsweise der Nachbarschaft heraus entwickelt wird, gilt es nicht nur für die Diskussionen der wissenschaftlichen Erkenntnislagen, sondern insbesondere auch für die Gestaltungsaufgabe, eine breite Bürgerschaft zu aktivieren. Letztgenanntes meint, dass Diskussionen und die Entscheidungen zur Vorbeugungsgestaltung im Kontext einer demokratischen Kultur nur dann wirklich erfolgreich sein können, wenn alle demokratisch orientierten Akteur_innen beziehungsweise Akteursgruppen an den Diskussionen und Entwicklungen beteiligt sind. In diesem Sinn geht es somit darum alle sozialräumlichen demokratischen Kräfte und Institutionen in einem Netzwerk zusammenzuführen, um so die vorhandenen Engagementpotenziale für die Aufgabe koordiniert zu bündeln. Darüber hinaus gilt es Regeln zu entwickeln, die die Diskussionen und Auseinandersetzungen über die wissenschaftlichen Befunde sowie über die Form der Vorbeugungsmaßnahmen im Rahmen eines demokratisch fundierten Sachkonfliktes halten. Es bedarf allerdings nicht nur integrativer und Vielfalt anerkennender Strukturen, sondern auch solcher, die zu verbindlichen Entscheidungen führen und die Beteiligten in eine „echte“ Verantwortung nehmen. Die Gestaltung vorbeugender Maßnahmen gegen rechtspopulistische Einflussnahme ist demnach auch immer eine Frage der strukturellen Gestaltung eines Netzwerks demokratisch Engagierter.

3. Ressourcen für die Netzwerkgestaltung und ein koordiniertes Engagement

Der Aufbau und die Aufrechterhaltung von Netzwerken, in dem bürgerschaftliches und politisches Engagement für eine Sache koordiniert und geplant eingesetzt werden kann, lebt von den Menschen, die sich einbringen. Dies bedeutet nicht nur, dass Personen immer wieder motiviert werden müssen, es bedarf ebenso einer Wertschätzung und Anerkennung des ein-

gebrachten Engagements. Netzwerkarbeit ist in erster Linie Beziehungsarbeit. Es erfordert zeitliche und personale Ressourcen wesentliche Austauschakte wie z.B. Informationsaustausch, Projektplanung, Aktivitätenkoordination etc. zu koordinieren. Demnach ist es für den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines Netzwerkes sehr vorteilhaft hauptamtliche Personen einzusetzen, um Ehrenamtliche von ressourcenaufwendigen Koordinationsaufgaben zu entlasten.

4. Integration, politischer Grundkonsens, positive Ausrichtung und Arbeitsorganisation

Die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und somit mit rassistischen und diskriminierenden Sichtweisen dient der Stärkung der lokalen demokratischen Kultur.

Ein Netzwerk, das sich für einen gesellschaftlichen Pluralismus einsetzt, sollte, wie schon erwähnt, keine Akteur_innen beziehungsweise Akteursgruppen ausgrenzen. Dies bedeutet allerdings auch, dass sich netzwerkinern über einen demokratisch fundierten, ansonsten jedoch voraussetzungsarmen Rahmen der Partizipation, abgestimmt werden sollte. Ein derartiger Kooperationsrahmen kommt nicht ohne Mindeststandards und demokratische Werte aus, die wiederum als Grundlage der Netzwerkarbeit dienen.

Darüber hinaus zeigen die am IKG gesammelten Erfahrungen mit dem Aufbau von Netzwerken, dass eine positiv formulierte Zielsetzung von Vorteil ist. Anstatt „gegen Rechts“ beziehungsweise „gegen Rechtspopulismus“ bietet die Zielsetzung der Stärkung der lokalen demokratischen Kultur ein wesentlich höheres Partizipationspotenzial. Darüber hinaus fokussiert eine positiv formulierte Ausrichtung das eigentliche Problem. Solange eine lokale demokratische Kultur sich lösungsorientiert mit ihren konkreten Defiziten auseinandersetzt, haben undemokratische und somit auch rechtspopulistische Sichtweisen keine Haftungsfläche. Ein weiterer Punkt ist hier von wesentlicher Bedeutung: Für eine erfolgreiche Arbeit sind feste Regeln für Tagesordnungen, Arbeitsteilung, Protokollierung von Beschlüssen und die Dokumentation der Arbeitsschritte unabdingbar. Auch ein minimales Berichtswesen dient der Orientierung und liefert eine Auskunft darüber, inwieweit Ziele erreicht werden und die gewünschten Wirkungen entfalten.

5. Strategische Ausrichtung des Netzwerkes

Die Organisation der Vorbeugung rechtspopulistischer Einflussnahme auf das demokratische Gemeinwesen in einem Netzwerk braucht klare Vorstellungen über die zu erreichenden Ziele. Eine derartige strategische Ausrichtung des Netzwerkes basiert letztendlich auf einer soliden Vertrauensbasis, der aus unterschiedlichen Institutionen und Kontexten stammenden, involvierten Akteur_innen. Dies bedeutet allerdings auch, dass die Arbeit zur Vorbeugung auf der Ebene der Selbstorganisation und -steuerung Einfühlungsvermögen und vor allem die Geduld der jeweiligen Akteure erfordert, damit sich Vertrauen ausbilden und entfalten kann.

6. Rückgriff auf wissenschaftliche Erkenntnislagen

Wissenschaftliche Studien und ihre Befunde können wesentliche Erkenntnisse für die Stärkung der demokratischen Kultur beinhalten. Die vorliegende Studie informiert z.B. nicht nur über rechtspopulistische Kommunikationsstrukturen sowie über die Inhalte der politischen Programme rechtspopulistischer Parteien in Niedersachsen und Bremen, sondern sie zeigt ebenfalls auf, wie Rechtspopulist_innen ihre Themen in Abhängigkeit zum demokratisch orientierten politischen Umfeld finden und für sich nutzbar machen. So treten die untersuchten rechtspopulistischen Parteien in Niedersachsen und Bremen in erster Linie mit den Themen Zuwanderung und ESM an. Eine mögliche Konsequenz hieraus wäre, Zuwanderung nicht unbedingt im lokalen Wahlkampf zu politisieren. Die kommunale Integrationspolitik ist für das friedliche Zusammenleben in multi-ethnischen Ländern, Kommunen und Gemeinden von zentraler Bedeutung, da rechtspopulistische Deutungen der Zuwanderung umso schwieriger einen Zuspruch finden, wenn die lokale Politik die Integration von Zuwander_innen als Querschnittsaufgabe versteht.

Ferner zeigte die Untersuchung, dass Rechtspopulist_innen mit Zerrbildern zur Diffamierung muslimischer Migrant_innen beitragen, um damit wiederum Ängste vor einer kulturellen Überfremdung zu schüren. Demnach sind also öffentlich zugängliche Informationen respektive Informationsveranstaltungen, die rechtspopulistische Kommunikationsmuster und -strategien aufzeigen von wesentlicher Bedeutung. Darüber hinaus gilt es ebenfalls einer politischen Instrumentalisierung des Islams als Religion und als Kultur, entgegenzuwirken. Hierzu bedarf es Veranstaltungen, die der gesellschaftlichen Integration des Islams in Nie-

dersachsen und Bremen dienlich sind. Hierbei kann es nur darum gehen, einen sachlichen Umgang mit Schwierigkeiten zu finden, um so einen Dialog des respektvollen Miteinanders auf Augenhöhe zu realisieren, der soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten, statt religiöse Differenzen in den Vordergrund stellt. Ein derartiger auf demokratischen Prinzipien beruhender Austausch muss ebenso dazu in der Lage sein, kritische Fragen des politischen Fundamentalismus, integrationspolitische Probleme des Zusammenlebens in einem interkulturellen Klima, das heißt, unter aktiver Einbeziehung von Interessengruppen von Zugewanderten, zu bearbeiten. Ähnliches gilt für das Thema ESM und Europa. Auch hier sollten kritische Diskussionen geführt werden, die bestehende Ängste und Sorgen ernst nehmen. Dabei gilt es aufzuzeigen, dass die aufgeführten Lösungsvorschläge rechtspopulistischer Parteien Scheinlösungen sind, die zur Lösung der eigentlichen Problemlagen nichts beitragen, sondern lediglich nationalchauvinistische und sozialdarwinistische Weltbilder transportieren.

7. Aufklärung betreiben

Es sind wesentliche Kenntnisse und Erkenntnisse, über rechtspopulistische Kommunikationsmuster und –strategien öffentlich aber auch in Schulen und Vereine zu thematisieren. Dabei geht es darum aufzuzeigen wie Rechtspopulist_innen mittels Umdeutungen, Verzerrungen und überzogenen Komplexitätsreduktionen gesellschaftliche und soziale Realitäten für ihre Zwecke erklären. Ferner gilt es aufzuzeigen welche rassistischen und sozialdarwinistischen Feindbilder mittels rechtspopulistischer Praktiken erzeugt werden, und wie diese das demokratische Miteinander unterwandern und vergiften können.

8. Informationen bereitstellen

Der 8. Schritt ist eng mit dem 7. Schritt verknüpft. Während der 7. Schritt sich eher auf eine allgemeine Ebene bezieht, geht es hier um die kommunale beziehungsweise regionale Situation. Demnach gilt es das Thema Rechtspopulismus nicht nur auf die öffentliche Agenda zu heben, sondern zu informieren, welche rechtspopulistischen Parteien beziehungsweise Akteure im kommunalen respektive regionalen Raum vertreten sind, welche Themen sie besetzen, welche regionalen Probleme sie vorgeben zu bearbeiten, und welche Lösungen sie anbieten. Über die Strukturen, Organisation und inhaltliche Ausrichtung rechtspopulistischer

Parteien im kommunalen und regionalen Rahmen müssen in einem kontinuierlichen Prozess aktuelle Informationen erstellt, aufgearbeitet und gepflegt werden.

9. Reflexion der Abwertungspraxis der Bevölkerung

In diesem Schritt geht es darum aufzuzeigen, dass sich der Ansatzpunkt für ein Entgegentreten der Beeinflussung des demokratischen Gemeinwesens durch rechtspopulistische Rhetoriken, in den Mentalitätsbeständen der lokalen Bevölkerung findet. Langjährige Studien des interdisziplinären Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und auch die vorliegende Untersuchung zeigen deutlich auf, dass es weder nur die Extremisten, die ökonomisch Frustrierten oder die gewaltbereiten jungen Männer sind, die Menschen aus gesellschaftlich schwachen Gruppen, abwerten. Vielmehr sind menschenfeindliche Einstellungen schon längst in der gesellschaftlichen Mitte nicht nur angekommen, sondern zum akzeptierten Normalzustand geworden. Die Negation der Toleranznormen, aber auch das infrage stellen der Gleichwertigkeit, das Pochen auf Vorrechte für Deutsche und die steigende Bereitschaft Machtansprüche durch Abwertung von Schwächeren durchzusetzen, korrespondiert in höchstem Maße mit dem Gesellschafts- und Menschenbild rechtspopulistischer Parteien. Demnach bedeutet die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus auch immer eine Auseinandersetzung mit der eigenen Abwertungspraxis hinsichtlich bestimmter gesellschaftlicher Gruppen.

10. Aktivitäten sichtbar machen und Etablierung einer Anerkennungskultur

Ein wesentlicher Aspekt für eine erfolgreiche Stärkung der lokalen demokratischen Kultur in einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit. Es geht um die Sichtbarmachung der eigenen Aktivitäten im jeweiligen Sozialraum. Die Öffentlichkeitsarbeit kann z.B. von lokalen Medien sowie von der demokratischen Lokalpolitik unterstützt werden. Darüber hinaus ist die Etablierung einer Kultur der Wertschätzung und Anerkennung unabdingbar. Engagement sollte, bei aller notwendigen Ernsthaftigkeit, auch Spaß bereiten. Für eine erfolgreiche Arbeit ist es sehr wichtig, dass Engagierte erleben, dass ihre Arbeit anerkannt wird und für sie neue Erfahrung- und Handlungshorizonte bereithält.

Literatur

- Adamek, Sascha/ Goll, Jo/ Siegmund, Norbert, 2012: Sarrazins Deutschland – Wie eine Debatte das Land spaltet. In: RBB, 10.01.2012 – letzter Aufruf: 16.12.2012
<http://www.ardmediathek.de/rbb-fernsehen/dokumentation-und-reportage/sarrazins-deutschland?documentId=9223722>
- Angenendt, Steffen, 2003: Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich. In: Internationale Politik, 58/4: 3-12
- Anhut, Reimund, 2002: Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich: 381-407
- Anhut, Reimund/ Heitmeyer, Wilhelm, 2000: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Dies. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/ München: Juventa: 17-76
- Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven, 2012: Bildung – Migration – soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen. Bremen – letzter Aufruf: 01.08.2013
http://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Bildungsbericht_Bremen_2012_komplett.pdf
- Baier, Dirk et al., 2009: Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN (KFN-Forschungsbericht Nr. 107). Hannover – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb107.pdf>
- Barakat, Halim, 1993: The Arab World. Society, Culture, and State. Berkeley: University of California Press
- Bauer, Werner T., 2010: Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? In: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Internationale Politikanalyse. Juni 2010 – 14. Juli 2012
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf>
- Bauer, Werner T., 2012: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Aktualisierte Fassung. In: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) (Hrsg.): Rechte Parteien. Wien, Mai 2012 – 14. Juli 2012
http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf
- Bell, Günther, 2004: Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“. Eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen. In: Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, Heft 4 – letzter Aufruf: 28.08.2013
http://soziologie.uni-duisburg.de/forschung/DuBei_0404.pdf
- Benz, Wolfgang, 2012: Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet. München: C. H. Beck Verlag

-
- Berger, Jens, 2013: Die deutsche Tea-Party. In: TAZ.de, 25.04.2013 – letzter Aufruf: 14.08.2013
<http://www.taz.de/!115108/>
- Betz, Hans-Georg, 1994: Radical Right-Wing Populism in Western Europe. New York: St. Martin's Press
- Betz, Hans-Georg, 2001: Rechtspopulismus und Ethnonationalismus. Erfolgsbedingungen und Zukunftschancen. In: Leggewie, Claus/ Münch, Richard (Hrsg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 122-138
- Boettcher, Alexander, 2011: Rechtspopulismus in Europa. Fragen und Antworten. In: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Perspektive. August 2011 – 14. Juli 2012
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08363.pdf>
- Bohnenkamp, Christian, 2011: Ratsherren der Hannoveraner waren früher beide Republikaner. In: Neue Presse Hannover – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.die-hannoveraner.org/wp-content/uploads/2011/09/Presseberichte-HAZ-und-NP-zum-Erfolg-der-HANNOVERANER.pdf>
- Brettfeld, Katrin/ Wetzels, Peter, 2007: Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Hamburg – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139732/publicationFile/14975/Muslime%20in%20Deutschland.pdf>
- Brücker, Herbert, 2013: Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. Gütersloh – letzter Aufruf: 01.08.2013
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcx/SID-9C910D20-2219E532/bst/xcms_bst_dms_37927__2.pdf
- Bude, Heinz, 2008: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Hanser
- Budler, Kai, 2011: Störungsmelder. In: Zeit.de, 19.05.2011 – letzter Aufruf: 04.08.2013
http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/05/19/burgerschaftswahl-bremen-rechtspopulisten-mit-hilfe-von-ganz-rechts-ausen_6362
- Bühl, Achim, 2010: Islamfeindlichkeit in Deutschland. Ursprünge – Akteure – Stereotype. Hamburg: VSA-Verlag
- Butterwegge, Christoph, 2011: Was ist Rechtspopulismus? In: Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hrsg.): Rechtspopulismus in Berlin. Rassismus als Bindeglied zwischen der ‚Mitte‘ der Gesellschaft und Neonazismus?. Berlin, Juli 2011: 8-12 – 14. Juli 2012
http://zfa.kgw.tu-berlin.de/mitarbeiter/pdfs/broschuere_rechtspopberlin_web.pdf
- Cantow, Matthias et al., 2013: Landtagswahl am 20. Januar 2013 in Niedersachsen. In: wahlrecht.de, 01.02.2013 – letzter Aufruf: 17.08.2013
<http://www.wahlrecht.de/news/2013/landtagswahl-niedersachsen-2013.html#absolut>

-
- Conrad, Naomi, 2013: Erstes Zentrum für Frauen mit Genitalverstümmelung, 12.09.2013 – letzter Aufruf: 14.09.2013
<http://www.dw.de/erstes-zentrum-f%C3%BCr-frauen-mit-genitalverst%C3%BCmmelung/a-17084931>
- Das Gupta, Oliver, 2011: Der Erfolg des Geert Wilders von Bremen. In: Süddeutsche.de, 23.05.2011 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.sueddeutsche.de/politik/wahl-in-bremen-buerger-in-wut-der-erfolg-des-geert-wilders-von-bremen-1.1100646>
- Decker, Frank, 2004: Der neue Rechtspopulismus. Opladen: Leske + Budrich
- Decker, Frank, 2006: Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Ders. (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie öder nützlich Korrekтив?. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 9-32
- Decker, Frank/ Hartleb, Florian, 2006: Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie öder nützlich Korrekтив?. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 191-115
- Decker, Frank/ Lewandowsky, Marcel, 2009a: Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ), 62/5-6: 9-15
- Decker, Frank, 2011: Demokratischer Populismus und/ oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigem Verhältnis. In: Wielenga, Friso/ Hartleb, Florian (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. Münster: Waxmann Verlag: 39 – 58
- Donsbach, Rainer, 2013: Ex-Linke wird Wutbürgerin. In: Nordsee-Zeitung.de, 30.03.2013 – letzter Aufruf: 23.08.2013
http://www.nordsee-zeitung.de/region/bremerhaven_artikel,-Ex-Linke-wird-Wutbuergerin-_arid,895819.html
- Flaig, Berthold Bodo, 2008: Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft. Ein Forschungsprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2008 – letzter Aufruf: 02.08.2013
http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/forschung_sprojekt_diskriminierung_im_alltag.pdf?__blob=publicationFile
- Foroutan, Naika, 2010 (Hrsg.): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland. Berlin – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.heyamat.hu-berlin.de/sarrazin2010>
- Friedrichs, Jürgen/ Blasius, Jörg, 2012: Sozial-räumliche Integration von Türken in zwei Kölner Wohngebieten. In: Göschel, Albrecht (Hrsg.): Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Band 1: 48-67

-
- Geden, Oliver, 2007: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. In: Deutsches Institut für Internationale Politik. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie). Berlin – 14. Juli 2012
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S17_gdn_ks.pdf
- Geden, Oliver, 2009: Die Renaissance des Rechtspopulismus in Westeuropa. In: Internationale Politik und Gesellschaft Online. Bonn: IPG-Redaktion, 2/2009
http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-2/2-09_a_geden_d.pdf
- Gensing, Patrick, 2013: Populismus-Vorwurf gegen Anti-Euro-Partei. In: tagesschau.de, 14.04.2013 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.tagesschau.de/inland/antieuro104.html>
- Grau, Andreas/ Groß, Eva Maria/ Reinecke, Jost, 2012: Abgehängte Sozialräume. Die Bedeutung von Jugendarbeitslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin: Suhrkamp: 129-150
- Groß, Eva/ Gundlach, Julia/ Heitmeyer, Wilhelm, 2010: Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 9. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 138-157
- Hafez, Farid, 2009: Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettverbote österreichischer Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Harbart, Felix, 2011a: „Hannoveraner“ werben ganz rechts. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 22.11.2011 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Hannoveraner-werben-ganz-rechts>
- Harbart, Felix, 2011b: Weil „Hannoveraner“ nicht verharmlosen. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 23.11.2011 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Weil-Hannoveraner-nicht-verharmlosen>
- Hartleb, Florian, 2004: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Hartleb, Florian, 2011: Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.): Zukunftsforum Politik. Berlin
- Häusler, Alexander, 2008: Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten. In: Ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 37-54
- Häußler, Alexander, 2011: Die „PRO-Bewegung“ und der antimuslimische Kulturrassismus von Rechtsaußen. Berlin – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://library.fes.de/pdf-files/do/08253.pdf>
- Häusler, Alexander, 2012: Feindbild Moslem: Türöffner von Rechtsaußen in die Mitte? In: Botsch, Gideon/ Glöckner, Olaf/ Kopke, Christoph/ Spieker, Michael (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin; Boston: Walter de Gruyter GmbH: 169-191

-
- Havlicek, Teresa, 2012: „In Hannover nicht willkommen“. In: TAZ.de, 27.07.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.taz.de/!98203/>
- Heitmeyer, Wilhelm, 2007: Individuelle Desintegrationsprozesse und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ihre Relevanz für sozialräumliche Entwicklungen. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 4: 171-176 – letzter Aufruf: 01.08.2013
http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/IKG_2007_Heitmeyer_Sozialraum_Desintegration_GMF.pdf
- Heitmeyer, Wilhelm, 2012: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin: Suhrkamp: 15-41
- Heitmeyer, Wilhelm et al., 2012: Situationen in den Stadtteilen im Vergleich. Ergebnisse quantitativer Beschreibungen. In: Dies., 2012: Gewalt in öffentlichen Räumen. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS: 55-108
- Hellmuth, Thomas, 2002: ‚Patchwork‘ der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich. In: Hauch, Gabriella/ Hellmuth, Thomas/ Pasteur, Paul (Hrsg.): Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich. Innsbruck: StudienVerlag: 9-43
- Herb, Verena, 2011: Eine Mischung aus Euro-Skepsis und D-Mark-Nostalgie, 15.12.2011 – letzter Aufruf: 09.08.2013
<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/dlfmagazin/1629636/>
- Hickel, Rudolf, 2012: Der Tunnelblick der „Wutökonomen“. In: Handelsblatt.com, 16.07.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-der-tunnelblick-der-wutoekonomen/6877168.html>
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1987: Gastarbeiterwanderungen und soziale Spannungen. In: Reimann, Horst (Hrsg.): Gastarbeiter. Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems. Opladen: Westdeutscher Verlag: 46-66
- Hohl, Karina, 2013: Bürgerbewegung pro Deutschland. Parteiprofil, 29.08.2013 – letzter Aufruf: 30.08.2013
<http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestag-2013/165517/pro-deutschland>
- Höge, Helmut, 2012: Parasitenpartei. In: TAZ/Blogs, 06.07.2012 – letzter Aufruf: 25.02.2013
<http://blogs.taz.de/hausmeisterblog/2012/07/06/parasiten-partei/>
- Holtmann, Everhard/ Krappidel, Adrienne/ Rehse, Sebastian, 2006: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Hüpping, Sandra/ Reinecke, Jost, 2007: Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklung für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 85-111

-
- Janzen, Cornelius, 2013: Gegen Multi-Kulti. Die „Identitäre Bewegung“, 06.03.2013 – letzter Aufruf: 06.08.2013
<http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/themen/168266/index.html>
- Klein, Anna/ Küpper, Beate/ Zick, Andreas, 2009: Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 93-112
- Klein, Anna/ Heitmeyer, Wilhelm, 2012: Demokratie auf dem rechten Weg? Entwicklung rechtspopulistischer Orientierungen und politischen Verhaltens in den letzten zehn Jahren. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin: Suhrkamp Verlag: 87-104
- Köcher, Renate, 2011: Produzieren wir eine Schicht sozialer Verlierer? Allensbach-Umfrage für die FAZ. In: FAZ.net, 17.08.2011 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-fuer-die-f-a-z-produzieren-wir-eine-schicht-sozialer-verlierer-11112464.html>
- Kröhnert, Steffen/ Medicus, Franziska/ Klingholz, Reiner, 2006: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München: Deutscher Taschenbuch Verlag
- Latané, Bibb/ Darley, John M., 1970: The unresponsive bystander: Why doesn't he help? New York: Appleton-Century-Crofts
- Lau, Jörg, 2010: „Schweinefresser“. Was tun, wenn Migrantenkinder deutsche Kinder unterdrücken? Berliner Lehrer sind verzweifelt. In: Die Zeit Online, 08.10.2012 – letzter Aufruf: 09.12.2012
<http://www.zeit.de/2010/41/Schule-Mobbing-Gewalt>
- Leisering, Lutz, 2000: Die Rückkehr der Gerechtigkeitsfrage. In: Hans Böckler Stiftung, Mitbestimmung, 1-2/2000: 45-47 – letzter Aufruf: 10.12.2012
http://www.boeckler.de/pdf/Mitbestimmung-2000-01_02-p45.pdf
- Lochocki, Timo, 2012: Immigrationsfragen: Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien. In: bpb, 26.01.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.bpb.de/apuz/75858/immigrationsfragen-sprungbrett-rechtspopulistischer-parteien?p=all>
- Marth, Julia/ van de Wetering, Denis, 2012: Die Bedeutung von ethnischer Konstellation und Raumperzeption für Gewaltbereitschaft in benachteiligten Sozialräumen. In: Heitmeyer, Wilhelm et al., 2012: Gewalt in öffentlichen Räumen. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 110-133
- Meyer, Thomas, 2006: Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 81-98
- Mietke, Hannah, 2012: Rechtspopulismus in Niedersachsen. Universität Bielefeld: Unveröffentlichtes Manuskript, 29.08.2012

-
- Mirbach, Thomas et al., 2011: Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen. Berlin u.a. – letzter Aufruf: 06.08.2013
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Zwangsverheiratung-in-Deutschland-Anzahl-und-Analyse-von-Beratungsf_C3_A4llen,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf
- Mudde, Cas, 2004: The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, 39/3: 541-563
- Müller, Dirk, 2013: 4,7 % als „Traumergebnis“. In: Deutschlandfunk, 23.09.2013 – letzter Aufruf: 05.10.2013
http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/2261145/
- Müller, Yves/ Winkler, Benjamin, 2012: Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts. In: Weise, Katharina (Hrsg.): Crashkurs Kommune 6. In Kooperation mit der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hamburg: VSA Verlag
- Neu, Viola, 2013: Bundestagswahl in Deutschland am 22.September 2013. Wahlanalyse. Konrad Adenauer Stiftung – letzter Aufruf: 01.08.2013
http://www.kas.de/wf/doc/kas_10769-1442-1-30.pdf?130927104802
- Neugebauer, Gero, 2010: Einfach war gestern. Zur Strukturierung der politischen Realität in einer modernen Gesellschaft – Essay. In: bpb.de, 28.10.2010 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.bpb.de/apuz/32412/einfach-war-gestern-zur-strukturierung-der-politischen-realitaet-in-einer-modernen-gesellschaft-essay?p=0>
- Niedermayer, Oskar, 2012: Bürger in Wut, 08.06.2012 – letzter Aufruf: 19.08.2013
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/135179/buerger-in-wut?p=all>
- o.A./ Aktionsbündnis direkte Demokratie, 2013 – letzter Aufruf: 12.08.2013
<http://aktionsbuenndnis-direkte-demokratie.de/index.php?id=2>
- o.A./ Alternative für Deutschland, 2013: Wahlprogramm. Parteitagbeschluss vom 14.04.2013 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<https://www.alternativefuer.de/pdf/Wahlprogramm-AFD.pdf>
- o.A./ Bayerisches Fernsehen, 2012: Der Eurokurs der freien Wähler, 23.07.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/kontrovers/120725-kontrovers-freie-waehler100.html>
- o.A./ Bild, 2010: Pleite-Griechen brauchen 80 Milliarden Euro. In: Bild.de, 20.04.2010 – letzter Aufruf: 23.08.2013
<http://www.bild.de/politik/wirtschaft/euro/pleite-griechen-brauchen-80-milliarden-euro-12267596.bild.html>
- o.A./ Bürger in Wut, 2007: Dr. Udo Ulfkotte tritt BÜRGER IN WUT bei, 20.06.2007 – letzter Aufruf: 13.08.2013
<http://www.buerger-in-wut.de/pressemitteilungen,42,dr-udo-ulfkotte-tritt-buerger-in-wut-bei>
- o.A./ Bürger in Wut, 2011: Programm der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW). Letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://buerger-in-wut.de/media/user/Programm.pdf>

-
- o.A./ BMFSFJ, 2013: Aktionsplan II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, 06.03.2013 – letzter Aufruf: 18.08.2013
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=73000.html>
- o.A./ Die Freiheit, 2011: Infos zum Treffen in Hannover, 29.11.2011 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.diefreiheit-nds.de/pw/?p=1314>
- o.A./ Die Freiheit, 2012a: Grundsatzprogramm Die Freiheit, Landesverband Niedersachsen – letzter Aufruf: 01.08.2013
http://www.diefreiheit-nds.de/pw/?page_id=8
- o.A./ Die Freiheit, 2012b: Nachlese zum Infostand in Hannover, 23.01.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.diefreiheit-nds.de/pw/?p=2887>
- o.A./ Die Hannoveraner, 2013a: Stellungnahme der HANNOVERANER zu einer Pressemitteilung des Bezirksrats Mitte, 20.02.2013 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.die-hannoveraner.org/stellungnahme-der-hannoveraner-zu-einer-pressemitteilung-des-bezirksrats-mitte/>
- o.A./ Die Hannoveraner, 2013b: Programm. Mutige Politik für Hannover! Letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.die-hannoveraner.org/unsere-forderungen-zur-kommunalwahl-am-11-9-2011/>
- o.A./ Freie Wähler Bremen, 2013a: Freie Wähler Bremen – letzter Aufruf: 19.08.2013
<http://www.freiewaehler-bremen.de/14.html>
- o.A./ Freie Wähler Bremen, 2013b: Frischer Wind für Bremen – Freie Wähler Bremen – letzter Aufruf: 17.08.2013
<http://www.freiewaehler-bremen.de/2.html>
- o.A./ Handelsblatt, 2012: Wutbürger sammeln sich zum Euro-Angriff. In: handelsblatt.com, 29.05.2012 – letzter Aufruf: 16.08.2013
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/allianz-gegen-merkels-rettungsschirm-politik-wutbuenger-sammeln-sich-zum-euro-angriff-seite-all/6684206-all.html>
- o.A./ Indymedia, 2012: Lüneburg: Aktionstag gegen falsche Freiheit, 25.02.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://de.indymedia.org/2012/02/325447.shtml>
- o.A./ Junge Freiheit, 2012: „Bürger in Wut“ gegen Staatsvertrag mit Moslemverbänden, 12.12.2012 – letzter Aufruf: 15.08.2013
[http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M59ee15cde5a.0.html?&tx_ttnews\[swords\]=timke](http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M59ee15cde5a.0.html?&tx_ttnews[swords]=timke)
- o.A./ Junge Freiheit, 2013: *http://www.jungefreiheit.de/Suche.620.0.html?&no_cache=1*
- o.A./ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2013: Parteien – letzter Aufruf: 30.08.2013
<http://www.bundestagswahl-bw.de/parteien1.html>

-
- o.A./ NDR, 2012: Asylpolitik: Unmenschlich oder gesetzestreu? 17.12.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/landtagswahl_niedersachsen_2013/wahl-themen/fluechtlinge203.html
- o.A./ Partei der Vernunft, 2012: Partei der Vernunft. Grundsatzprogramm, 17.06.2012 – letzter Aufruf: 03.08.2013
<http://www.parteidervernunft.de/sites/default/files/grundsatzprogramm.pdf>
- o.A./ Pax-Europa, 2013a: Bürgerbewegung PAX EUROPA – letzter Aufruf: 10.08.2013
<http://www.paxeuropa.de/>
- o.A./ Pax-Europa, 2013 b: Bürgerbewegung PAX EUROPA – letzter Aufruf: 13.08.2013
<http://www.paxeuropa.de/bpe/>
- o.A./ Pax-Europa, 2013c: Für europäische Werte und Freiheiten. Gegen eine Islamisierung Europas – Aufruf: 14.08.2013
<http://www.paxeuropa.de/wp-content/uploads/2013/07/bpe-grundsätze2013.pdf>
- o.A./ PI-News, 2013a: „Die Hannoveraner“ – Infostand in Garbsen, 23.08.2013 – letzter Aufruf: 26.08.2013
<http://www.pi-news.net/2013/08/die-hannoveraner-infostand-in-garbsen/>
- o.A./ PI-News, 2013 b: Politically Incorrect – letzter Aufruf: 05.08.2013
<http://www.pi-news.net/leitlinien/>
- o.A./ PI-News, 2013 c: Rede von Geert Wilders in Bonn, 02.02.2013 – letzter Aufruf: 25.08.2013
<http://www.pi-news.net/2013/02/rede-von-geert-wilders-in-bonn/>
- o.A./ Piratenpartei Hannover, 2013: Pressestatement der Piratenpartei Deutschland – Regionsverband Hannover – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.piratenhannover.de/3101/pressestatement-der-piratenpartei-deutschland-regionsverband-hannover/>
- o.A./ Pro Deutschland, 2012a: Erklärung von Jorg Böttcher, 28.09.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=157>
- o.A./ Pro Deutschland, 2012b: Es geht voran! 17.12.2012 – letzter Aufruf: 28.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=238>
- o.A./ Pro Deutschland, 2013a: Die Mitglieder des Bundesvorstands – letzter Aufruf: 05.08.2013
http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=42&Itemid=34
- o.A./ Pro Deutschland, 2013b: Unser Oberbürgermeisterkandidat, 03.04.2013 – letzter Aufruf: 11.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=338>
- o.A./ Pro Deutschland, 2013c: Erfolg beim politischen Kampf, 24.03.2013 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=334>

-
- o.A./ Pro Deutschland, 2013d: Linke Chaoten bedrängen Infostand von pro Deutschland, 17.03.2013 – letzter Aufruf 25.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=326>
- o.A./ Pro Deutschland, 2013e – letzter Aufruf: 12.08.2013
<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=177841002370630&set=a.152026314952099.34225.131470653674332&type=1&theater>
- o.A./ Pro Deutschland, 2013f: Das Demokratieverständnis von Grünen und Linken, 17.04.2013 – letzter Aufruf: 08.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=346>
- o.A./ Pro Deutschland, 2013g: Kann man beim Kehrwieder nicht bis drei zählen? 27.06.2013 – letzter Aufruf: 09.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=367>
- o.A./ Pro Deutschland, 2013h: Skandal bei Hildesheimer OB-Wahl, 13.08.2013 – letzter Aufruf: 20.08.2013
<http://www.pro-hildesheim.de/?p=422>
- o.A./ Pro Deutschland, 2013i: Programm, 23.03.2010 – letzter Aufruf: 16.08.2013
www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=5&Itemid=26
- o.A./ Publikative.org, 2011: Ein „Bürger in Wut“ kann sich freuen, 22.05.2011 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.publikative.org/2011/05/22/buerger-in-wut-mpd210/>
- o.A./ Radio Bremen, 2012: Zwei CDU-Mitglieder wechseln zu Wutbürgern, 09.01.2012 – letzter Aufruf: 19.08.2013
<http://archive.is/qT3t>
- o.A./ Radio Bremen, 2013a: Neue rechtsextreme Gruppe in der Region, 18.02.2013 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/identitaere-bewegung100.html>
- o.A./ Radio Bremen, 2013b: Neue Heimat für alte NPD-Anhänger, 18.02.2013 – letzter Aufruf: 02.08.2013
<http://www.radiobremen.de/politik/themen/identitaere100.html>
- o.A./ Samtgemeinde Harsefeld, 2011a: Wahlergebnis Gemeinderatswahl Flecken Harsefeld 2011 – letzter Aufruf: 14.08.2013
<http://www.harsefeld.de/rathaus-burgerservice/politik/kommunalwahl/kommunalwahl-2011/wahlergebnis-gemeinderatswahl-flecken-harsefeld-2011/>
- o.A./ Samtgemeinde Harsefeld, 2011b: Wahlergebnis Samtgemeinderatswahl Harsefeld 2011 – letzter Aufruf: 22.08.2013
http://samtgemeinde-harsefeld.de/?page_id=6820

-
- o.A./ Spiegel Online, 2010: Schröder warnt vor Deutschenfeindlichkeit, 10.10.2012 – letzter Aufruf: 04.12.2012
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familienministerin-schroeder-warnt-vor-deutschenfeindlichkeit-a-722342.html>
- o.A./ Spiegel Online, 2013: Abstimmung im Bundestag: Härtere Strafe bei Genitalverstümmelung, 28.06.2013 – letzter Aufruf: 14.08.2013 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/haertere-straefe-bei-genitalverstuemmung-a-908283.html>
- o.A./ Stadt Bremervörde, 2012: Kommunalwahl 2011 – letzter Aufruf: 18.08.2013
http://www.bremervoerde.de/index.php?option=com_content&view=article&id=502&Itemid=260
- o.A./ Stadt Hannover, 2011: Wahlbericht zu den Kommunalwahlen 2011 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Wahlen-Statistik/Wahlen-Wahlrecht/Informationen-zu-Wahlen-und-zum-Wahlrecht2/Wahlberichte-von-Stadt-und-Region-Hannover/Wahlbericht-zu-den-Kommunalwahlen-2011>
- o.A./ Süddeutsche.de, 2010: Integrationsdebatte. Merkel: „Multikulturell ist absolut gescheitert.“. In: Süddeutsche.de. Integrationsdebatte, 16.10.2010 – letzter Aufruf: 17.09.2012
<http://www.sueddeutsche.de/politik/integration-seehofer-sieben-punkte-plan-gegen-zuwanderung-1.1012736>
- o.A./ Tagesschau, 2011: Bürgerschaftswahl Bremen 2011, 22.05.2011 – letzter Aufruf: 25.08.2013
<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/index.shtml>
- o.A./ TAZ, 2009: Personal mit Vergangenheit, 25.03.2009 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digital-artikel/?ressort=ra&dig=2009%2F03%2F25%2Fa0182&cHash=5d88428f2c54ed2d4333007418548bc5>
- o.A./ Zivile Koalition, 2013: Der Kampf der Zivilen Koalition. Chronik, 17.07.2013 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.zivilekoalition.de/print.php?id=1072>
- o.A., 2013: Atlas zur Bundestagswahl 2013 – letzter Aufruf: 05.09.2013
<http://vis.uell.net/btw/13/atlas.html>
- Parker, Ian, 2007: Die diskursanalytische Methode. In: Flick, Uwe/ von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 5. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt: 546-555
- Pelinka, Anton, 2009: Geleitwort. In: Hafez, Farid: Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettverbote österreichischer Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 5-6
- Rensmann, Lars, 2006: Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 59-80
- Riehl, Katharina, 2012: Freispruch und Ende. In: Süddeutsche.de, 03.04.2012 – letzter Aufruf: 10.08.2013
<http://www.sueddeutsche.de/medien/stinkefinger-aphrodite-freispruch-und-ende-1.1325563>

-
- Sacks, Harvey, 1992: Lectures on conversation. Oxford: Blackwell
- Sarrazin, Thilo, 2010: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. 9. Auflage. München: Deutsche Verlags-Anstalt
- Schaefer, Dagmar/ Mansel, Jürgen/ Heitmeyer, Wilhelm, 2002: Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 123-144
- Schinkel, Andreas, 2011: Freie Fahrt und Deutschpflicht – die Parolen der „Hannoveraner“. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.die-hannoveraner.org/wp-content/uploads/2011/09/Presseberichte-HAZ-und-NP-zum-Erfolg-der-HANNOVERANER.pdf>
- Schneider, Jens, 2013: AfD-Chef warnt vor „sozialem Bodensatz“. In: Süddeutsche.de, 13.09.2013 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.sueddeutsche.de/politik/zuwanderung-als-wahlkampfthema-afd-chef-warnt-vor-sozialem-bodensatz-1.1769714>
- Schönfelder, Sven, 2008: Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag
- Sebald, Christian/ Szymanski, Mike, 2010: Die Freien Wähler und ihr rechter Rand. Kleines Problem, ganz groß. In: Süddeutsche.de, 17.05.2010 – letzter Aufruf: 06.08.2013
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/die-freien-waehler-und-ihr-rechter-rand-kleines-problem-ganz-gross-1.390666>
- Seils, Christoph, 2012: Euro-Krise. Deutschland ist reif für den Rechtspopulismus. In: Der Tagesspiegel, 02. Juli 2012 – 14. Juli 2012
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/euro-krise-deutschland-ist-reif-fuer-den-rechtspopulismus/6824808.html>
- Shooman, Yasemin, 2011: Der Topos „Deutschenfeindlichkeit“ in rechtspopulistischen Diskursen. In: Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hrsg.): Rechtspopulismus in Berlin. Rassismus als Bindeglied zwischen der ‚Mitte‘ der Gesellschaft und Neonazismus?. Berlin, Juli 2011: 45-47 – letzter Aufruf: 14.07.2012
http://zfa.kgw.tu-berlin.de/mitarbeiter/pdfs/broschuere_rechtspopberlin_web.pdf
- Sieber, Roland, 2012a: Nachgemachter PR-Coup. In: Publikative.org, 17.07.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.publikative.org/2012/07/17/nachgemachter-pr-coup/>
- Sieber, Roland, 2012b: Attacke auf den Sozialstaat. In: Publikative.org, 08.06.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.publikative.org/2012/06/08/attacke-von-rechts-auf-den-sozialstaat/>
- Sieber, Roland, 2012c: National-chauvinistische Rückbesinnung. In: Publikative.org, 15.06.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.publikative.org/2012/06/15/national-chauvinistische-ruckbesinnung/>
- Stäheli, Urs, 2007: Spektakuläre Spekulationen. Das Populäre der Ökonomie. Frankfurt am Main: Suhrkamp

-
- Stanicic, Sascha, 2005: Lafontaine, WASG und die „Fremdarbeiter“-Rede. In: Sozialistische Alternative (SAV), 08.07.2005 – letzter Aufruf: 25.02.2013
- Stegemann, Dirk, 2011: ‚Rechtspopulismus‘ keine Randerscheinung, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. In: Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hrsg.): Rechtspopulismus in Berlin. Rassismus als Bindeglied zwischen der ‚Mitte‘ der Gesellschaft und Neonazismus?. Berlin, Juli 2011: 5-8 – letzter Aufruf: 14.07.2012
http://zfa.kgw.tu-berlin.de/mitarbeiter/pdfs/broschuere_rechtspopberlin_web.pdf
- Stegemann, Thorsten, 2012: Gemeinsam gegen die Euro-Zone, 18.10.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.heise.de/tp/artikel/37/37815/1.html>
- Stoldt, Till-R., 2008: „Stürmer-Stil“: Publizist Ulfkotte verlässt islamkritische Bewegung. In: Welt.de, 02.12.2008 – letzter Aufruf: 16.08.2013
http://www.welt.de/welt_print/article2813789/Stuermer-Stil-Publizist-Ulfkotte-verlaesst-islamkritische-Bewegung.html
- Sturm, Richard, 2002: Rechtspopulismus. In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2. München: Beck-Verlag
- Thiedig, Johannes, 2012: Reflektionen über den verbotenen Infostand in Lüneburg. In: Die Freiheit Niedersachsen, 12.02.2012 – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.diefreiheit-nds.de/pw/?p=3510>
- Timke, Jan, 2012: „Das Schweigen brechen“. In: jungefreiheit.de, 27.01.2012 – letzter Aufruf: 12.08.2013
[http://www.jungefreiheit.de/?id=154&print=1&type=98&tx_ttnews\[tt_news\]=89852&no_cache=1](http://www.jungefreiheit.de/?id=154&print=1&type=98&tx_ttnews[tt_news]=89852&no_cache=1)
- Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (Hrsg.), 2011: Programm der BÜRGER IN WUT (BIW). 2. Auflage. Bremerhaven, 05.2011 – letzter Aufruf: 09.08.2013
http://www.biw-bremen.de/userfiles/uploads/Programm-Bremen_Mai%202011.pdf
- Westerwelle, Guido, 2010: Gastbeitrag. An die deutsche Mittelschicht denkt niemand. In: Die Welt, 11.02.2010 – letzter Aufruf: 16.12.2012
<http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html>
- Wettig, Hannah, 2013: Film über Genitalverstümmelung in Kurdistan räumt mit Tabus auf. In: Publikative.org, 28.10.2013 – letzter Aufruf: 09.08.2013
<http://www.publikative.org/2013/10/28/film-ueber-genitalverstuemmung-in-kurdistan-raeumt-mit-tabus-auf/>
- Wielenga, Friso/ Hartleb, Florian (Hrsg.), 2011: Einleitung. In: Dies.: Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. Münster: Waxmann Verlag: 7 – 16
- Wolf, Dieter, 2011: Freie Wähler Bremen. Parteiprofil, 27.04.2011 – letzter Aufruf: 22.08.2013
<http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bremen-2011/45969/freie-waehler-bremen>

-
- Zick, Andreas/ Wolf, Carina/ Küpper, Beate/ Davidov, Eldad/ Schmidt, Peter/ Heitmeyer, Wilhelm, 2008: The syndrome of Group-focused Enmity. The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. In: Journal of Social Issues, 64/2: 363-383.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate, 2009a: Rechtspopulistische Mentalitäten und ihre Motive. In: Beelmann, Andreas/ Jonas, Kai J. (Hrsg.): Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 283-302
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate, 2009b: Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. Eine Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld – letzter Aufruf: 01.08.2013
<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gfepressrelease.pdf>
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Legge, Sandra, 2009: Nichts sehen, nichts merken, nichts tun. Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus in Ost und West. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 168-189
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate, 2012: Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zusammenhängen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin: Suhrkamp Verlag: 152-176